



ISS Lagebild



Strategie Sicherheitspolitik

Akteure und Mächte

Frühjahr 2024

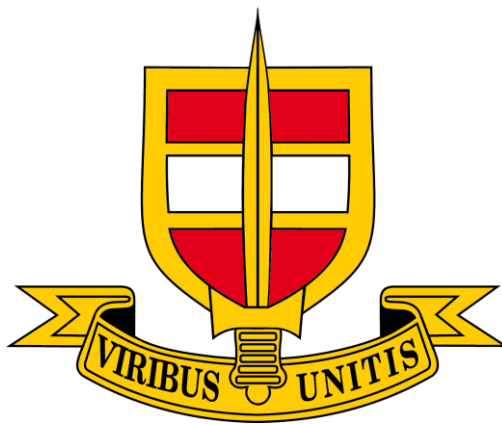


ISS Lagebild 2/24

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik

Akteure und Mächte

Frühjahr 2024





Zur Logik des Kartenmaterials:

Die Kartenskizzen dienen dem besseren Verständnis des jeweiligen Kapitels. Farblich gekennzeichnet sind daher nur jene Staaten, welche im Text analysiert werden. Die Graphiken bieten daher keine vollständige Auflistung aller Akteure des jeweiligen geographischen Raumes. Die Kartendarstellungen zeigen dabei die realpolitischen Gegebenheiten und berücksichtigen keine völkerrechtlichen Beurteilungen bzw. Auseinandersetzungen bezüglich territorialer Grenzziehungen.

Impressum:

Amtliche Publikation der Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/Bundesminister für
Landesverteidigung, BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie
Februar 2024

Druck:

ReproZ Wien 24-xxxx

ISBN: 978-3-903359-87-1

Vorwort

Geschätzte Leserinnen und Leser!

Begrifflichkeiten wie „Zeitenwende“, „Epochenbruch“, „Zäsur“, „Paradigmenwechsel“, „Umbruch“ oder „Diskontinuität“ dominieren bereits seit den letzten beiden Jahren nicht nur die internationale sicherheitspolitische Diskussion, sondern haben es mittlerweile auch mitten in die Gesellschaft geschafft. Zweifellos durch eine mediale Überrepräsentanz ausgelöst, durch politische Strömungen verstärkt und wohl auch „aktivistisch“ missbraucht wird heute in allen Bereichen und Gruppierung der Öffentlichkeit wieder über „Sicherheit“ im Allgemeinen, aber auch ganz nach dem eigenen persönlichen Empfinden gesprochen und diskutiert. Für jene, die sich mit dem Themenkomplex von „Sicherheit“ wissenschaftlich – sei es nun aus einer sicherheitspolitischen oder strategischen Perspektive – beschäftigen, sicherlich eine positive Entwicklung, zumal die Thematik damit auch einen breiteren Ansatz und eine höhere Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung einnimmt. Zu dieser durchaus zu begrüßenden Entwicklung treten aber nun auch extremere Begleiterscheinungen oder Folgewirkungen, die oftmals jenes Maß an wissenschaftlicher, strukturierter und geregelter Überschaubarkeit zu verlassen scheinen, welche bisher zukünftige Entwicklungen mit einem hohen Grad an Berechenbarkeit, vielleicht auch Vorhersehbarkeit versehen hatten. Zu Recht wurde das diesjährige Risikobild 2024 des Bundesministeriums für Landesverteidigung mit dem Zusatz „Welt aus den Fugen“ untertitelt, gleichsam auch als eine deutliche Bestätigung einer in Bewegung geratenen, alle Bereiche der Gesellschaft und des Lebens umfassenden Entwicklung. Es scheint, dass mit dieser Entwicklung auch der Methoden-Kanon von Gesellschaft und Wissenschaft ein wenig in den Sog von Unsicherheit und Selbstzweifel geraten ist. Natürlich stellen die allgemein spürbare Polarisierung des öffentlichen Lebens sowie die augenscheinlichen Vertrauensverluste in die regelbasierte nationale und internationale Ordnung erhebliche Herausforderungen dar – die daraus von nicht immer klar erkennbaren Akteuren (und ihren Interessen) abgeleiteten bzw. entwickelten Zukunftsszenarien vermutlich sogar in weit höherem Ausmaß. Krisen und Chaos neigen immer zu dystopischen Interpretationen, oftmals von historischen Analogien unterfüttert. Dass gerade diesen Analogien, also „angewandte“ Geschichtswissenschaft und der fälschliche Grundsatz, dass man aus der Geschichte „lernen“ könnte, ein erhebliches Maß an Unzulänglichkeit innewohnt, darf vorausgesetzt werden. Denn es gilt, bei der Beurteilung von historischen Ereignissen der früheren Vergangenheit noch ihre damals ungewisse Zukunft zuzugestehen, also „ergebnisoffen“ zu bewerten, und den darauf erfolgenden Ablauf der Ereignisse auch nicht als lineare Entwicklung zu verstehen, sondern als eine Variante aus einem Spektrum an Möglichkeiten. Das Einfordern von wissenschaftlicher Nüchternheit, eine Betrachtung „sine ira et studio“ und die Hintanhaltung von Emotionalisierung und Polarisierung sind wohl das Gebot der Stunde. Polemisch könnte man etwa Regisseur Edward Zwick heranziehen, der seinen Protagonisten im bekannten Film „Blood Diamond“ (2006) angesichts von Chaos, Tod, Verwüstung, Hilflosigkeit, Ohnmacht und – daraus abgeleitet – offensichtlich kurz bevorstehenden globalen Apokalypse lapidar feststellen lässt, wann denn die Welt einmal nicht untergegangen wäre. Aber wie auch immer man sich dieser „Welt aus den Fugen“ annähern möchte, so bleibt es – wie oben erwähnt – die maßgebliche Aufgabe der Wissenschaft, durch Darstellung und Offenlegung der Faktenlage, Trennung bzw. Kennzeichnung von Interpretation und Meinung jene Grundlagen zu schaffen, um Schlüsse für Politik und Gesellschaft zu ermöglichen. Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (ISS) der Landesverteidigungsakademie folgt diesen Grundsätzen seit seiner Gründung und ermöglicht mit seinen mehrmals im Jahr erscheinenden Publikationen einen leicht lesbaren Zugang zu geopolitisch und strategiebezogen interessanten Themenkomplexen der Gegenwart und Zeitgeschichte. Die Beiträge, für welche die jeweiligen Verfasser:innen die wissenschaftliche Verantwortung tragen, sollen bewusst Multiperspektivität und Interdisziplinarität innerhalb der Strategie- und sicherheitspolitischen Forschung widerspiegeln, wofür Autor:innen unterschiedlicher Fachbereiche gewonnen werden konnten. Für ihre unkomplizierte und entgegenkommende Bereitschaft darf ihnen an dieser Stelle besonders gedankt werden.

Hofrat Dr. Mario Christian Ortner

Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien

Akteure und Mächte

Frühjahr 2024

Die westliche Welt

Weltmacht USA – Vorwahlkampf in einer Welt im Umbruch

Andreas WenzelS. 5

Strategische Positionierung der EU im Vorfeld der Wahlen 2024

Rastislav BáchoraS. 12

Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Otto NadererS. 19

Der postsowjetische Raum

Christoph Bilban.....S. 24

Militärstrategische Analyse des russisch-ukrainischen Krieges

Albin Rentenberger.....S. 32

Der indopazifische Raum

Auswirkungen des Gaza-Krieges

Chinas Führungsanspruch im Bereich der Künstlichen Intelligenz

Chinas standardisierte Landkarten und die zugrundeliegende Strategie

Babara Farkas.....S. 39

Der Israel-Hamas Konflikt aus afrikanischer Perspektive

Lorenz Sack.....S. 51

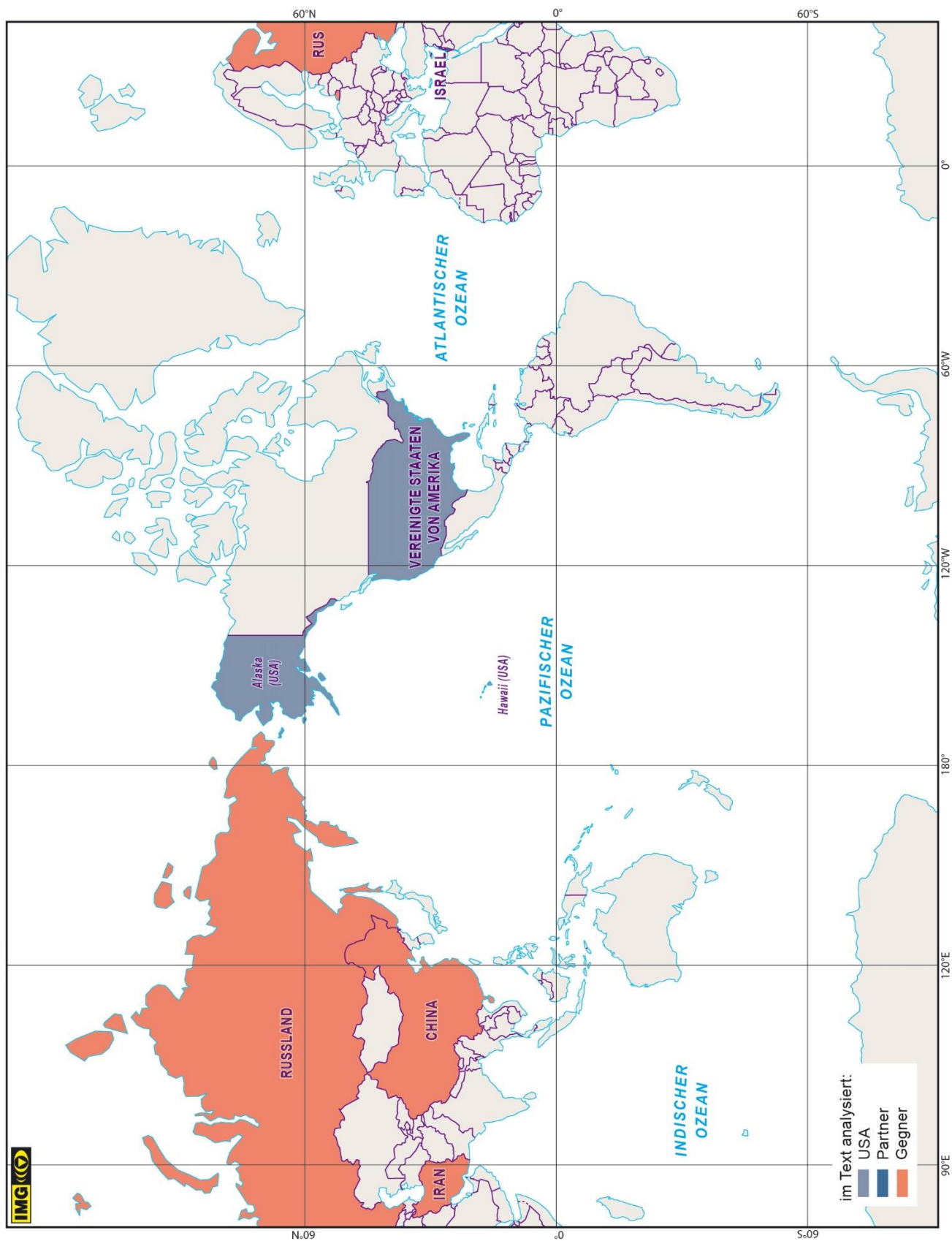
Schwieriger Anlauf für Lateinamerikas neue Präsidenten

Alexander Panzhof.....S. 58

Cyberlage

EUropäische und globale Entwicklungen im Cyberraum

Walter Unger, Daniel Hikes-Wurm...S. 67



Vereinigte Staaten von Amerika

Die westliche Welt...

Weltmacht USA – Vorwahlkampf in einer Welt im Umbruch

Andreas Wenzel

Neben den Wahlen 2024, die einen neuerlichen ideologischen Paradigmenwechsel einleiten könnten, ist die Biden-Administration an mehreren sicherheitspolitischen Schauplätzen gleichzeitig in ihrer Führungsrolle als Hegemon gefordert. Der Krieg Israels gegen die Hamas in Gaza nimmt eine regionale Dimension an. Das Bedrohungspotenzial der vom Iran unterstützten Hisbollah im Libanon und auch der Huthi-Rebellen im Jemen hat zugenommen. Die US-Regierung versucht mit diplomatischen und militärischen Interventionen, einen Flächenbrand im Nahen Osten zu verhindern. Angesichts der hohen Opferzahlen unter den Palästinensern und der desaströsen humanitären Lage stößt die Unterstützung für Israel zunehmend auf Kritik innerhalb der US-Bevölkerung. Zudem schwindet die Zustimmung für Hilfspakete an die Ukraine und an Israel. Innenpolitisch stehen neben den anstehenden Wahlen die hohen Lebenserhaltungskosten und die zunehmende illegale Migration aus Mexiko im Vordergrund.

Innenpolitische Entwicklungen

US-Präsident Joseph Biden kämpft vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen, welche am 5. November 2024 abgehalten werden, mit sinkender Zustimmung nach Umfragen. Im Dezember 2023 befürworteten 39 % der Befragten die politische Arbeit der Biden-Administration, und 59 % zeigten sich mit der Arbeit des US-Präsidenten nicht zufrieden. Dies, obwohl der Demokrat wesentliche Pakete seiner Gesetzesvorhaben umsetzen konnte. Vor allem seine Maßnahmen gegen die Inflation zeigen Wirkung. Zwar lag die Teuerungsrate im Dezember 2023 mit 3,4 % deutlich über dem proklamierten 2-Prozent-Ziel und hat im Vergleich zum November um 0,3 % leicht zugelegt, ist aber weit unter den 9,1 % vom Juni 2022. Dennoch werden die hohen Preise weiter steigen – wenn auch nur langsam. Zudem befindet sich, nach Informationen des Arbeitsministeriums, die Arbeitslosenquote mit 3,7 % weiterhin auf niedrigem Niveau.

Derzeitige Herausforderungen im Überblick

Als Gründe der fallenden nationalen Unterstützungswerte sind vordergründig die fragliche physische und psychische Eignung des 81-Jährigen sowie die Auswirkungen seiner Einwanderungspolitik anzuführen. Seit mehreren Monaten ist die Biden-Regierung mit einer Zunahme unkontrollierter Migration aus Mittel- und Südamerika konfrontiert. Bidens Versuch, eine geordnete Migration mittels „Abschreckung“ bei Verstoßen (u. a. rasche Abschiebung und fünf Jahre Einreiseverbot) zu erreichen, schlug fehl. Im Jahre 2023 sollen insgesamt über 2 Mio. Personen über die Südgrenze illegal in die USA gelangt sein. Im Kongress knüpfen Republikaner Zugeständnisse bei der Asylpolitik und Grenzsicherung an ihre Zustimmung für Hilfspakete an Israel und die Ukraine. US-Präsident Biden setzte im Jänner 2024 eine Arbeitsgruppe für die Erarbeitung von geeigneten Maßnahmen gegen die unkontrollierte Migration ein. Mögliche Kurskorrekturen bei der Migrations-Agenda sind derzeit nicht bekannt, und auch eine stärkere Unterstützung aus Mexiko ist nicht erwartbar. Der mexikanische Präsident, López Obrador, spricht sich hingegen v. a. für eine Erhöhung der US-Hilfen zur Bekämpfung der Armut aus, denn Mauern und Zäune lösen die Ursachen nicht. Der republikanische Gouverneur von Texas, Greg Abbott, reagiert mit „Lone-Star-Operationen“, indem er in den vergangenen Monaten zigtausende Migranten mit Bussen in demokratisch regierte Städte transportierte. Nach Umfragen unterstützen derzeit nur rd. 30 % der US-Amerikaner Bidens Einwanderungspolitik. Des Weiteren wird Joseph Biden des Amtsmissbrauchs wegen seiner mutmaßlichen Involvierung in die Geschäfte seines Sohnes, Hunter Biden, bezichtigt. Republikanische Kongressabgeordnete treiben Ermittlungen zu einem möglichen Amtsenthebungsverfahren voran. Am 13. Dezember 2023 stimmte das republikanisch geführte US-Repräsentantenhaus für die formale Genehmigung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen den amtierenden Präsidenten. Mit 221 zu 212 Stimmen wurde eine entsprechende Resolution von den Republikanern beschlossen. Dem Präsidenten wird v. a. Korruption, Bestechung und Amtsmissbrauch, während seiner Amtszeit als Vizepräsident in den Jahren 2009 bis 2017, vorgeworfen. Demnach soll Biden sein öffentliches Amt zum finanziellen Vorteil seiner Familie missbraucht haben, indem er die ukrainische Regierung unter Druck gesetzt hat, ihren obersten Staatsanwalt zu entlassen, um eine Untersuchung des Energieunternehmens Burisma zu stoppen. Sein Sohn Hunter Biden

fungierte damals im Vorstand dieses Unternehmens. Sowohl die beschlagnahmten Bankunterlagen als auch die Zeugenaussagen konnten die Korruptionsvorwürfe gegen den Präsidenten nicht bekräftigen.

Präsidentenwahlen 2024:

Biden vs. Trump?

2024 wird die 60. Wahl zum Präsidenten und Vizepräsidenten der USA abgehalten. Zusätzlich wird das gesamte Repräsentantenhaus (435 Sitze), ein Drittel des Senats (34 von 100) und zahlreiche Gouverneure gewählt. Zwischen Jänner und Juni 2024 finden die parteiinternen Vorwahlen (*Primaries*) und in einigen Bundesstaaten Abstimmungen durch Versammlungen (*Caucuses*) statt. In diesem Verfahren werden die Kandidaten für die anstehenden Präsidentenwahlen gewählt. Für die Demokraten geht der amtierende US-Präsident Joseph Biden als Spitzenkandidat in das Rennen um eine zweite Amtszeit. Die beiden weiteren Bewerber, Deane Phillips und Marianne Williamson, sind de facto chancenlos. Die Demokraten haben – im Gegensatz zu den Republikanern – in den vergangenen Jahren die Regeln für die parteiinternen Vorwahlen adaptiert. Diesbezüglich wurde das „Winner takes it all“-Prinzip abgeschafft und die Parteiführung als letztes Entscheidungsgremium etabliert, um etwaige radikale Bewerber, wie im Falle von Bernie Sanders im Jahre 2020, verhindern zu können. Die Vorwahlen der Demokraten begannen am 3. Februar in South Carolina. Vom 19. bis 22. August werden im Zuge des Parteitages in Chicago (Illinois) insgesamt 4.500 Delegierte über die offizielle Nominierung des Spitzenkandidaten entscheiden (mindestens 1.895 Stimmen erforderlich).

Im Lager der Republikaner führt nach landesweiten Umfragen – trotz vieler Skandale, zivil- und strafrechtlicher Anklagen – Donald Trump mit über 60 % Zustimmung. Mit großem Abstand folgt die aus South Carolina stammende ehemalige Botschafterin bei den VN, Nikki Haley, mit etwa 12 %. Der Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, hat bereits kurz nach Beginn der Vorwahlen seinen Rücktritt bekannt gegeben. Im Falle eines derzeit unwahrscheinlichen frühen Ausscheidens Trumps würde die verbleibende Kandidatin nachrücken. Haley werden nach Umfragen sogar reale Siegeschancen bei einem Zweikampf mit Biden zugesprochen.

Bei den Vorwahlen werden Delegierte gewählt. Von den landesweit voraussichtlich 2.467 Delegiertenstimmen müssen mindestens 1.234 gewonnen werden, um als offizieller republikanischer Kandidat nominiert zu werden. Aufgrund des „Winner takes it all“-Prinzips entscheiden faktisch bereits die ersten Vorwahlstaaten über eine Nominierung. In diesem System haben Wähler, die ihre Stimme erst nach der ersten Vorentscheidung, dem „Super Tuesday“ am 5. März 2024, bei dem gleichzeitig in 15 Staaten gewählt wird, abgeben können, kaum Einfluss auf das Gesamtergebnis. Die Vorwahlen der Republikaner begannen am 15. Jänner 2024 beim *Caucus* in Iowa. Dabei konnte Donald Trump mit 51 % seine Führung untermauern. Ron DeSantis erreichte 21,2 %, gefolgt von Nikki Haley mit 19,1 %. Nach dem Iowa-Erfolg schlug Trump neue Töne an, demnach sinngemäß: „Es sei Zeit, dass Demokraten und Republikaner zusammenkommen, das Land einen und die Welt in Ordnung bringen.“ Bei den Vorwahlen in New Hampshire erreichte Trump ebenfalls über 50 % der Stimmen und konnte seinen Erfolgskurs fortsetzen. Der Nominierungsparteitag wird vom 15. bis 18. Juni 2024 in Milwaukee (Wisconsin) abgehalten.

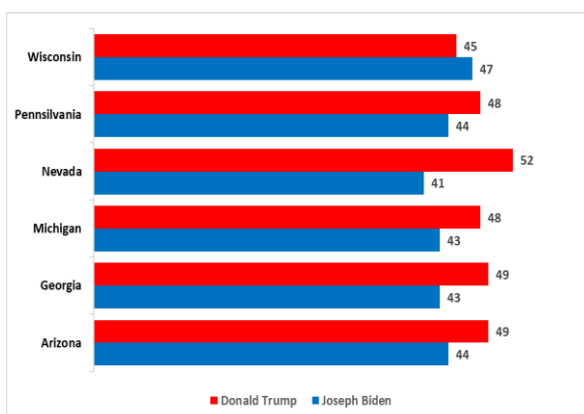
Trump's Kritiker liebäugeln mit seinem Ausschluss von den Präsidentenwahlen durch die Justiz, denn er ist v. a. in Washington im Zusammenhang mit versuchtem Wahlbetrug und mutmaßlicher Beteiligung beim „Sturm auf das Kapitol“ vom 6. Jänner 2021 angeklagt. Nachdem die zuständige Richterin den Antrag seiner Anwälte auf die Einstellung der Anklage abgelehnt hatte, soll nun ein Berufungsgericht klären, ob Trump auf Bundesebene strafrechtlich verfolgt werden kann, oder ob er durch Immunität als damaliger Präsident geschützt ist. Nach der noch offenen Entscheidung der drei Richter des Berufungs-



gerichtet müsste sich der Oberste Gerichtshof mit dieser Causa befassen.

Eine rasche (falls überhaupt) Klarstellung der Immunitäts-Frage insbesondere durch den *Supreme Court*, wie es sich der Sonderermittler Jack Smith vorstellt, ist jedoch nicht zuletzt aufgrund der politischen Brisanz im Wahlkampf wenig wahrscheinlich und der bisher anvisierte Prozessbeginn Anfang März wenig realistisch. Des Weiteren wurde im Bundesstaat Georgia gegen Trump und achtzehn Personen Anklage wegen versuchter Wahlbeeinflussung erhoben. Die Immunitäts-Frage steht auch hier im Vordergrund, der Prozessbeginn wurde für August 2024 angesetzt. Nach dem Ergebnis einer CBS News/YouGov-Umfrage vom Jänner 2024 gaben 69 % der Befragten aus den Reihen der republikanischen Wählerschaft an, dass sie Trumps Immunität vor der Justiz unterstützen.

Aus derzeitiger Sicht ist ein Zusammentreffen der beiden Erzrivalen immer wahrscheinlicher. Nach landesweiten Umfragen (@ *Race to the WH* vom 12. Jänner 2024) zur Präsidentschaftswahl 2024 liegt der Herausforderer Donald Trump mit 44,8 % Zustimmung knapp vor Joseph Biden, mit 43,6 %. Ein besonderes Augenmerk liegt bei den umkämpften „Swing States“, denn Ende 2023 lag Donald Trump in fünf von sechs dieser essenziellen Bundesstaaten vor dem amtierenden Präsidenten. Nur in Wisconsin konnte Joseph Biden mit 47 % der Befragten, vor Donald Trump mit 45 % punkten. Trump überzeugte seine Unterstützer bei dieser Umfrage v. a. mit seiner Agenda in den Bereichen Wirtschaftspolitik, Migrationspolitik, innere Sicherheit und internationale Sicherheitspolitik.



NY Times/SCRI-Umfrage zu den Präsidentschaftswahlen 2024 in den Swing States

Ein bemerkenswerter Trend, denn bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2020 konnte Joseph Biden in allen sechs „Swing States“ gewinnen.

In seiner Kampagne im diesjährigen Rennen um das Weiße Haus setzt Joseph Biden auf den „Schutz der Demokratie“ und ihrer Werte. Nicht Inflation oder gestiegene Kosten für Treibstoff dürfen im Vordergrund stehen, sondern eine „heilige Sache“, für die George Washington kämpfte – die „Demokratie steht auf dem Spiel“.

Außen- und Sicherheitspolitik

Konfliktraum Naher Osten

Am 7. Oktober 2023 überfiel die Hamas Israel und tötete, nach israelischen Angaben, mehr als 1.200 Menschen. Zudem wurden rd. 250 Personen aus Israel entführt, von denen bis dato etwa die Hälfte freigelassen wurde. Beim militärischen Vernichtungskrieg Israels gegen die Hamas im Gazastreifen kamen, Medienangaben zufolge, über 24.000 Menschen ums Leben, darunter rd. 9.000 islamistische Kämpfer. Zusätzlich trugen rd. 60.000 Zivilpersonen Verletzungen davon. Angesichts der „Unverhältnismäßigkeit“ der hohen Opferzahlen an Zivilisten, darunter viele Kinder, forderte US-Außenminister Antony Blinken eine Änderung des Einsatzes militärischer Mittel. Demnach soll von der Phase flächen-deckender Bombardierungen zu Operationen mit geringer Intensität übergegangen werden. Für Israels Ministerpräsident, Benjamin Netanjahu, steht der Kampf gegen die Hamas im Gazastreifen „in voller Übereinstimmung mit dem internationalen Recht“. Auch die von Südafrika eingebrachte Völkermord-Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag wird seitens Israel entschieden zurückgewiesen. Die israelische Armee kündigte jedoch an, den „Modus Operandi“ des militärischen Einsatzes zu überprüfen und Schritte zu unternehmen, um die Zahl ziviler Opfer zu minimieren. Ein schwieriges Unterfangen, denn die Hamas verfolge eine Guerillataktik, getarnt als Zivilisten unter Abstützung auf die lokale Bevölkerung (Aufklärung) und zivile Infrastruktur (Waffen-depots).

Medienberichten zufolge sei der US-Präsident „zunehmend frustriert“ über die Ablehnung seiner Vorschläge durch den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Darunter befinden sich Maßnahmen zur Verbesserung der humanitären Lage im Gazastreifen und der US-Plan für eine reformierte „Palästinensische Autonomiebehörde“ nach dem Ende der

Kampfhandlungen. Netanyahu beabsichtigt eine komplette Entmilitarisierung und den Verbleib des israelischen Militärs im Gazastreifen. Die USA sind dennoch Israels wichtigster Verbündeter. Einerseits deckt die Biden-Regierung den enormen Bedarf Israels an Waffen und Munition ab, andererseits wirkt die hohe US-Militärpräsenz abschreckend gegenüber dem Iran und seinen Verbündeten. Die USA unterstützen zudem mit starken Seestreitkräften die Einsatzführung Israels.

Im wachsenden Konflikt zwischen Israel und der vom Iran unterstützten Hisbollah im Norden des Landes fordern die USA, nach Angaben des US-Gesandten Amos Hochstein vom 11. Jänner 2024, eine zügige diplomatische Lösung. Dies soll eine rasche Rückkehr der Vertriebenen in die jüngst beschossenen Gebiete im Norden Israels und im Süden des Libanons ermöglichen. Doch die Spannungen nehmen zu. Täglich werden Schusswechsel sowie Raketenbeschuss gemeldet, welche bereits mehrere Tote forderten. Es handelt sich um die schwerste Eskalation seit dem 2. Libanon-Krieg im Jahre 2006. Etwa 80.000 Israelis und 76.000 Bewohner des Südlibanon mussten ihre Häuser verlassen oder wurden evakuiert. Nach Aussagen von Generalstabschef Herzi Halevi vom 17. Jänner 2024 sei die Wahrscheinlichkeit, dass es in den kommenden Monaten zu einem Krieg kommen könnte, „viel höher“ als zuvor. Israel fordert, mit Unterstützung der USA, den Rückzug der Hisbollah aus dem Südlibanon.

Die vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen im Jemen gefährden seit dem militärischen Einschreiten Israels gegen die Hamas den freien Schiffsverkehr im Roten Meer und somit das Funktionieren von internationalen Lieferketten – etwa 12 % des globalen Handels. Tausende Handelsschiffe wurden faktisch gezwungen, einen zeit- und kostenintensiven Umweg um das südafrikanische Kap der Guten Hoffnung zu machen. Am 19. Dezember 2023 initiierten die USA eine internationale Militärkoalition zum Schutz der Seefahrt. Die *Operation Prosperity Guardian* beinhaltet u. a. gemeinsame Patrouillen sowie nachrichtendienstliche Unterstützung und umfasst nach US-Angaben etwa 20 Teilnehmerstaaten – darunter Bahrain, Frankreich, Italien, Kanada, Niederlande, Norwegen, Seychellen und das Vereinigte Königreich.

Aufgrund von insgesamt 27 Angriffen (auch mit ballistischer Antischiffsrakete) auf internationale Handelsschiffe entschied sich US-Präsident Biden am 11. Jänner 2024, konkrete militärische

Gegenmaßnahmen gemeinsam mit den Verbündeten einzuleiten. Gemäß den Nachrichtensendern CNN und BBC wurden in der Nacht auf den 12. Jänner 2024 etwa 60 Ziele der Huthi-Rebellen an 16 unterschiedlichen Lokationen, darunter auch in Sanaa, aus der Luft angegriffen.

Die für Joseph Biden „erfolgreiche“ Militärintervention erfolgte nach einer gemeinsamen Erklärung der USA und des Vereinigten Königreiches im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen. Die militärische Maßnahme sei eine Reaktion auf die „illegalen, gefährlichen und destabilisierenden“ Angriffe der Huthi-Rebellen und beruhe auf dem Recht der Selbstverteidigung. Aufgrund des ungebrochenen Widerstandes wurden bis dato über 100 Angriffe auf Stellungen und Depots der Huthi-Rebellen geflogen. Medienberichten zufolge beabsichtigt die US-Regierung, die Huthi-Rebellen auf die US-Liste von Terrororganisationen zu setzen.

Unterstützung für die Ukraine fraglich

Die aktuellen Entwicklungen im Ukraine-Krieg in Verbindung mit dem Rückgang westlicher Waffenlieferungen und dem Widerstand im US-Kongress gegen weitere Hilfgelder spielen Russland in die Hände. US-Präsident Biden schwenkt auch angesichts des anstehenden Wahlkampfes und der zusätzlichen Waffenlieferungen an Israel zu einem zurückhaltenden Engagement gegenüber der Ukraine. Gemäß seiner Aussage vom Dezember 2023 beabsichtigt die US-Regierung nun, Kiew so lange zu unterstützen „wie wir können“ – zuvor „wie es notwendig ist“. Kurz vor Jahreswechsel haben die USA ihre vorerst letzten Hilfgelder an die Ukraine, Militärhilfe im Wert von 250 Mio. USD (Luftabwehr- und Artilleriemunition), freigegeben. Im Oktober 2023 hatte der US-Präsident den Kongress um rd. 60 Mrd. USD gebeten. Teile der Republikaner lehnen dies ab und verlangen ihrerseits härtere Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration aus Mexiko. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, drohen sie mit einer Blockade im mehrheitlich konservativ besetzten Repräsentantenhaus und mit ihrer Sperrminorität im Senat. Medien zufolge soll Joseph Biden bereits Zusagen gemacht haben, eine Einigung gestaltet sich dennoch schwierig. Donald Trump nutzt seinen wachsenden Einfluss innerhalb der Partei, um einen Deal zu verhindern. Für die Republikaner hat insbesondere im Wahlkampf die Sicherheit der eigenen Bevölkerung Priorität – vor der Lage in der Ukraine oder Israel.

Kommunikation mit China

Mitte November 2023, am Rande des Gipfels der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC), erfolgte das Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Biden und dem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping in San Francisco. Zuletzt hatten sich Biden und Xi beim G-20-Gipfel im November 2022 auf der indonesischen Insel Bali gesehen. Seitdem war der direkte Kontakt abgebrochen.

Vor dem Hintergrund der ansteigenden Zahl an militärischen Zwischenfällen, mit der Gefahr von Missverständnissen, konnte eine Einigung im Bereich der Militär-Kommunikation erzielt werden. Demnach sollen Kommunikationskanäle eingerichtet und operative Gespräche ranghoher Militärs stattfinden. Nach Angaben des Pentagon sprachen am 21. Dezember 2023 der US-Generalstabschef Charles Brown mit seinem chinesischen Kollegen Liu Zhenli in einer Video-Konferenz miteinander. Zusätzlich wurden im Zuge des Gipfeltreffens konkrete Maßnahmen im Kampf gegen die Droge Fentanyl beschlossen, die in den USA jährlich zigtausende Opfer fordert. Im Jahre 2023 sind in den USA etwa 90.000 Menschen an einer Drogenüberdosis gestorben, jeder zweite konsumierte Fentanyl, das häufig aus China stammte. Dennoch bleiben die Beziehungen unterkühlt.

Nach dem Wahlsieg der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) in Taiwan gratulierte am 15. Jänner 2024 eine US-Delegation den Wahlsiegern in Taipeh persönlich und versicherte ihre „felsenfeste“ Unterstützung. Zuvor gratulierte US-Außenminister Antony Blinken dem Spitzenkandidaten Lai Ching-te zum Wahlsieg und der Bevölkerung Taiwans, „dass sie einmal mehr die Stärke ihres robusten demokratischen Systems und ihres Wahlprozesses unter Beweis gestellt hat“. Peking reagierte erzürnt und sprach von einer ernsthaften Verletzung des „Ein-China-Prinzips“.

Resümee und Ausblick

Der seitens der Republikaner aufgrund der Korruptionsvorwürfe lancierten Amtsenthebung Präsident Bidens mangelt es bis dato an Beweisen und würde auch nicht die nötige Unterstützung im Kongress erhalten. Denn dafür bedarf es auch der Zwei-Drittel-Zustimmung des mehrheitlich von Demokraten geführten Senats. Es handelt sich in dieser Causa daher vordergründig um eine Wahlkampfstrategie der Republikaner, um Bidens

Ansehen zu diskreditieren und damit potenzielle, unentschlossene Wähler zu lukrieren.

Aufgrund Bidens fortgeschrittenen Lebensalters bestehen Zweifel an seiner Eignung für eine zweite Amtszeit. Doch welche Möglichkeiten haben die Demokraten bei einem vorzeitigen „Ausscheiden“ ihres Spitzenkandidaten vor den Hauptwahlen am 5. November 2024?

Medien zufolge sind folgende Szenarien grundsätzlich denkbar: Im Falle, dass Biden im laufenden Vorwahlkampf seine Absichten auf eine Verlängerung seiner Amtszeit zurückzieht, oder gesundheitlich ausscheidet, könnte ein Ersatzkandidat im Zuge des Parteitages vom 19. bis 22. August 2024 in Chicago nominiert werden. Sollte Biden jedoch erst nach seiner offiziellen Nominierung am Parteitag seine Kandidatur zurückziehen, könnte das nationale Organisationsgremium der Demokratischen Partei (*Democratic National Committee, DNC*) einen weiteren Kandidaten bzw. Kandidatin bestimmen.

Neben diesen grob skizzierten Szenarien im Wahlkampf ist ein „Ausfall“ für die laufende Amtszeit des Präsidenten jedenfalls klar geregelt. Diesbezüglich würde Vizepräsidentin Kamala Harris als Nachfolgerin gemäß dem 25. Zusatzartikel der Verfassung bis zum Ende der Amtszeit vereidigt werden.

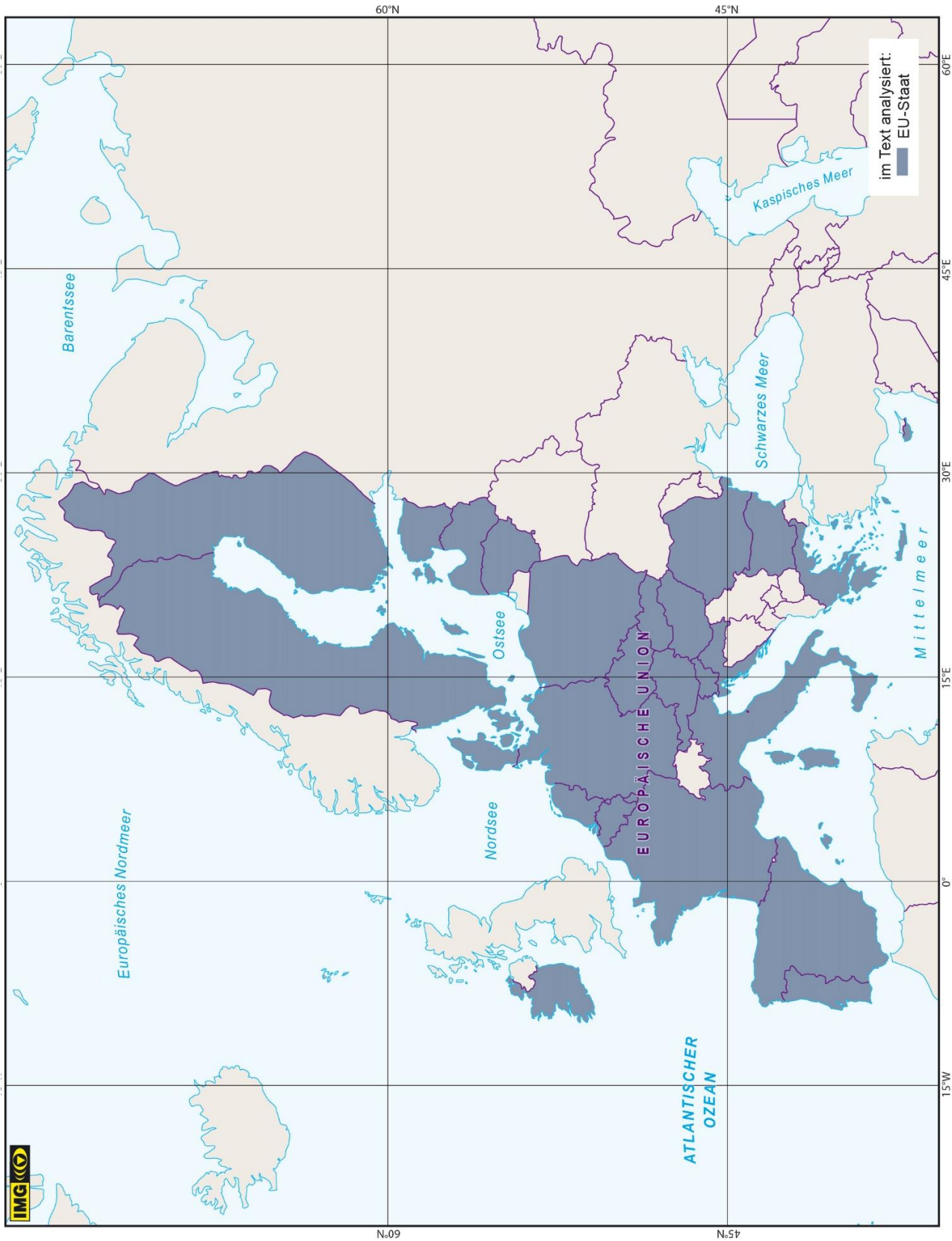
Der Herausforderer, Donald Trump, nutzt die zahlreichen Anklagen gegen ihn, um die mediale Präsenz hochzuhalten und seinen Rückhalt in der Bevölkerung zu stärken – mit Erfolg, denn auch im eigenen Lager verstummen die Kritiker. Mit dem Narrativ der „Hexenjagd“ verstärkt er die Wahrnehmung, Opfer des Establishments in Washington zu sein. Denn Biden versuche mit unlauteren Mitteln seine bevorstehende Niederlage abzuwenden. Trump setzt alles daran, die vier anstehenden strafrechtlichen Gerichtsverfahren bis nach seiner avisierten Wiederwahl zu verzögern, um diese dann zu seinen Gunsten beeinflussen oder sogar einstellen zu können.

Außenpolitisch ist US-Präsident Biden gefordert, parallel zu den innenpolitischen Herausforderungen die Vormachtstellung der USA als Hegemon zu erhalten. Die geopolitischen Spannungen zwischen den USA mit China und Russland nehmen zu.

China strebt vordergründig eine friedliche Wiedervereinigung mit Taiwan an. Der außenpolitische Kurs wird jedoch härter. Erst im Jahre 2027 soll Peking die Fähigkeiten besitzen, Taiwan militärisch anzugreifen. Daher wird derzeit

trotz der anhaltenden Spannungen und Zwischenfälle die Gefahr eines militärischen Angriffs als gering eingeschätzt.

Vom Iran unterstützte Gruppierungen, die Hamas sowie die Huthi-Rebellen im Jemen und die Hisbollah im Libanon, haben sich zur „Achse des Widerstands“, einem Netzwerk im Kampf gegen Israel und die USA, zusammengeschlossen. Angriffe des Irans auf Ziele im Irak, Syrien und Pakistan steigern das Potenzial einer Nahost-Eskalation.



Europäische Union

Strategische Positionierung der EU im Vorfeld der Wahlen 2024

Rastislav Báchora

Das Jahr 2024 dürfte aufgrund der anstehenden Wahlentscheidungen die politischen Dynamiken mit weitreichenden Konsequenzen für die nächsten Dekaden maßgeblich beeinflussen. Diese expressive Aussage zur Beschreibung des Zustandes der internationalen Beziehungen zu Jahresbeginn 2024 scheint deshalb realpolitische berechtigt zu sein, da Parlaments- und/oder Präsidentschaftswahlen in rund 60 Staaten mit 2 Mrd. Einwohnern vorgesehen sind. Nicht nur wegen der künftigen Ausprägung der vielen Krisen der Demokratie als Herrschaftsform, sondern insbesondere im Hinblick auf die Regulierung von Konflikten und kriegesischen Auseinandersetzungen werden die diesjährigen Resultate der Wahlprozesse einen essenziellen Einfluss auf die internationalen Beziehungen haben. Gerade aus der Perspektive der Sicherheitspolitik sind die Verhältnisse zwischen Großmächten für die Bewertung der „strategischen Standortbestimmung“ der EU als global agierende Akteurin bedeutsam und die jeweils vorherrschenden nationalstaatlichen Zustände somit ausschlaggebend. Für die künftige Ausgestaltung der europäischen Sicherheitspolitik sind neben den Prozessen zur Bestätigung der EU-Kommission infolge der neuen Machtverhältnisse im Europäischen Parlament nach dem Wahlausgang 6. bis 9. Juni 2024 vor allem der Machtkampf um das Präsidentenamt in den USA entscheidend. Diese beiden Parameter dominieren auch die strategische Standortbestimmung der EU im Wahljahr.

Dominierende Dynamiken im Überblick

Neben der Wahl des Präsidenten in den USA stellt sich auch der russische Machthaber Wladimir Putin der Abstimmung. Während der innenpolitische Machtkampf um das Weiße Haus trotz einer Tendenz nicht entschieden ist, muss im autoritären Russland die aktuelle Kremlführung keinen ernst zu nehmenden Mitbewerber fürchten, wodurch eine Fortsetzung der innen- und außenpolitischen Konflikte zu erwarten ist. Vor diesem Hintergrund erhalten die vielen innenpolitischen Entscheidungen auf nationalstaatlicher Ebene eine essenzielle sicherheitspolitische Kenngröße für die EU-27, in der ebenfalls 2024 gewählt wird. Im Beobachtungs-

raum sind Initiativen politischer Akteure in der EU erkennbar, die als Vorbereitung auf mögliche Eventualitäten hindeuten, sollte ab 2025 Donald Trump erneut die Amtsgeschäfte im Weißen Haus übernehmen. Daher wird die strategische Positionierung der Union vor allem im Hinblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament auf die internationalen Umfeldbedingungen einzugehen sein. Hervorzuheben sei somit die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).

Ein Verschieben des sicherheitspolitischen Diskurses hin zur Betonung der Notwendigkeit der künftigen Stärkung der GASP/GSVP im Sinne der strategischen Autonomie und weniger ein alleiniges Abstützen auf Bündnisverpflichtungen im Rahmen der NATO erscheint, insbesondere im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament in der ersten Jahreshälfte 2024, als wahrscheinlich. Dabei spielen innenpolitische Unsicherheiten in den USA eine entscheidende Rolle. Neben den gesellschaftspolitischen Verhältnissen in den USA sind für die strategische Positionierung der EU weiterhin der Krieg in der Ukraine sowie auch die im Oktober 2023 begonnene Militärintervention Israels im Gazastreifen infolge des terroristischen Überfalls der Hamas auf israelisches Kernland ausschlaggebend. Während das einheitliche Vorgehen der EU im Falle Russlands in Form der Verhängung des 12. Sanktionspaketes gesichert werden konnte, gab es keine Gemeinsamkeit in der Positionierung gegenüber Israel im Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen. Der nicht vorhandene Konsens äußerte sich im unterschiedlichen Abstimmungsverhältnis von EU-Staaten zu einer Resolution in der UN-Generalversammlung, in der Israel zum sofortigen Waffenstillstand aufgerufen wurde. Die Mitgliedsländer der EU, sowie Österreich auch, welches sich gegen die Annahme der Resolution aussprach, dürften neben außenpolitischen Zielen auch innenpolitischen Befindlichkeiten bei der Abstimmung gefolgt sein. Dies sei an dieser Stelle kurz erwähnt, wird jedoch deshalb nicht weiter ausgeführt, da in der vorliegenden Analyse Aspekte der Innenpolitik in einem anderen sicherheitspolitischen Kontext thematisiert werden.

Um scheinbar gewissen gesellschaftspolitischen Spannungen in einzelnen EU-Staaten entgegenzuwirken und in weiterer Folge auch eine Vertiefung von Interessenkonflikten zwischen Mitgliedsländern selbst vorzubeugen, wurden Kompromisse in den umstrittenen Bereichen des

Migrations- und Asylwesens erzielt. Weitreichende Verschärfungen der Maßnahmen gegen irreguläre Zuwanderung in die EU haben deshalb eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, weil die zu implementierenden Vorkehrungen auch auf vorherrschende Wählerstimmungen innerhalb der EU abzielen. Dadurch wird indirekt Einflussnahme auf die künftigen realpolitischen Machtverhältnisse innerhalb der politischen Organe der EU beabsichtigt. Vor allem sollen Auswirkungen auf die Fraktionsstärken im Europäischen Parlament und somit die künftigen Gestaltungsmöglichkeiten der Kommission eine politische Kontinuität in den zentralen außen- und sicherheitspolitischen Agenden der Legislaturperiode 2019-2024 garantieren.

Eine analytische Zwischenbeurteilung lautet daher, dass aus der Erwartungshaltung, eine mögliche Fortführung der wesentlichen Vorhaben über die Beendigung der Regierungsperiode 2024 hinaus gewährleisten zu können, bereits in der zweiten Jahreshälfte 2023 entsprechende Entscheidungen in EU-Gremien beschlossen wurden. Diese Aussage bedarf jedenfalls weiterführender empirischer Grundlagen und bleibt somit interpretativ. Einige Maßnahmen können sich durchaus als „strategische Weichenstellungen“ für künftige politische Maßnahmen interpretieren lassen. Unabhängig der fehlenden Kenntnis über genaue taktische Überlegungen von höchsten politischen Entscheidungsträgern bei Beschlussfassungen wurden im Beobachtungszeitraum einschneidende Vorkehrungen unter anderem hinsichtlich der Erweiterungspolitik, aber auch der künftigen strategischen Agenden 2024-2029 getroffen. In beiden Politikfeldern haben die politischen Entscheidungen Einfluss auf Folgeprozesse über die laufende Legislaturperiode hinaus. Wobei die GASP/GSVP in beiden Fällen im Mittelpunkt der Maßnahmen steht und unmittelbar mit dem Krieg in der Ukraine sowie dem übergeordneten geopolitischen Konflikt zwischen dem Westen und Russland in Verbindung steht.

Erweiterungspolitik als geopolitische Maßnahme

Im Beobachtungszeitraum war die EU sowohl auf der supranationalen als auch auf der intergouvernementalen Ebene bemüht, die Handlungsfähigkeit im Bereich der europäischen und internationalen Sicherheit aufrechtzuerhalten. Wesentliches Merkmal waren einerseits die Aufrechterhaltung einer einheitlichen Position hinsichtlich der Annäherung der Ukraine an die EU sowie andererseits das geschlossene Auftreten

gegenüber Russland als Aggressor. Vor allem hinsichtlich des Integrationsprozesses der Ukraine und Moldaus hin zu einer stärkeren Annäherung an die EU wurden in der zweiten Jahreshälfte 2023 entscheidende politische Etappen erreicht, nachdem diesen Ländern bereits 2022 der Kandidatenstatus zugesprochen wurde. Beim Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 14. und 15. Dezember wurde der Eröffnung von Beitrittsgesprächen sowohl mit der Ukraine als auch mit der Republik Moldau zugestimmt, wodurch der EU nun auch eine größere Verantwortung im geopolitischen Konflikt mit Russland zugeschrieben wird. Die zentralen Beschlüsse wurden beim Europäischen Rat jedoch in einer angespannten politischen Atmosphäre getroffen, da vor allem Ungarn ein Veto gegen die Eröffnung von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine angedroht hatte. Eine Blockade durch Ungarn konnte schließlich abgewandt werden, da der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán kurz vor der Abstimmung den Sitzungssaal verlassen hatte. Zuvor sagte allerdings die Kommission der Freigabe von 10,2 Mrd. EUR aus dem Kohäsionsfonds an Ungarn zu. Ein Erpressungsversuch von Orbán wurde offiziell verneint und die Auszahlung der Hilfspakete wurde damit erklärt, dass Ungarn eine Forderung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) hinsichtlich der umstrittenen Justizreform umgesetzt hatte. Allerdings forderte die ungarische Regierung von der EU die Freigabe von insgesamt 30 Mrd. EUR. Obwohl Viktor Orbán die Verleihung des Kandidatenstatus an die Ukraine und auch an Moldau nicht verhinderte, weigerte er sich, ein Hilfspaket von 50 Mrd. EUR für den ukrainischen Staat mitzuschließen. Dieses Vorgehen deutet unter anderem darauf hin, dass für Ungarn nationalstaatliche Interessen gegenüber der außenpolitischen Handlungsfähigkeit der EU Vorrang haben. Dieses Taktieren des ungarischen Premierministers wurde vom Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, als „Verrat“ bezeichnet. Aus der außen- und sicherheitspolitischen Perspektive heraus betrachtet wurde Ungarns öffentlichkeitswirksames Auftreten deshalb negativ gewertet, da die Unterstützung der EU für die Ukraine auch als eine macht- und geopolitische Demonstration gegenüber Moskau zu verstehen ist.

Nur wenige Tage nach Beginn des russischen Aggressionskriegs gegen die Ukraine reichte Kiew das Ansuchen für einen EU-Beitritt ein. Bereits im Juni 2022 wurde der Ukraine sowie Moldau der Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt. Generell scheinen dabei geopolitische Überle-

gungen eine wesentliche Rolle zu spielen. Dazu meint Mark Leonard, dass die EU einen „*großen Kompromiss zwischen geopolitischen Zwängen und liberalen Werten*“ wird bewerkstelligen müssen. Zu berücksichtigen wären auch die enormen Kosten, die mit der Integration der Ukraine in die EU verbunden sind. Der sicherheits- und geopolitische Charakter der EU-Erweiterungspolitik bekommt zunehmend einen höheren Stellenwert, und zwar nicht nur auf die Ukraine bezogen, sondern sowohl in der konzeptuellen Ausrichtung als auch in der realpolitischen Anwendung der Erweiterungsinstrumente. Beim Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs im Dezember 2023 wurde Georgien ebenfalls der Kandidatenstatus zugesprochen. Reinhard Vesper schreibt in der FAZ dazu: „*Damit bekräftigt die EU symbolisch, dass sie diese Länder nicht dem russischen Revanchismus überlassen will.*“ Die Konnotation der Integrations- und Erweiterungspolitik mit der Geopolitik stellt in dieser Form für die EU ein absolutes Novum dar. Obwohl Stabilisierungsversuche des Umfeldes im Rahmen der GASP/GSVP bis zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine normativ und nicht primär geopolitisch im Sinne einer Machtprojektion verstanden wurden, waren gewisse Überschneidungen der EU-Interessenspolitik mit machtpolitischen Überlegungen bereits zu Beginn der Legislaturperiode 2019-2024 erkennbar. Schließlich bezeichnete Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre Kommission bereits 2019 als eine „*wahrhaft geopolitische*“. Es ist davon auszugehen, dass auch die neue Kommission nach der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2024 einen Schwerpunkt auf GASP/GSVP legen wird. Diesbezüglich haben die EU-Entscheidungsträger im Beobachtungszeitraum unter der spanischen Ratspräsidentschaft (Juli-Dezember 2023) mit der „Strategischen Agenda 2024-2029“ entsprechende Weichenstellungen für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik gestellt.

Strategische Agenda 2024-2029

Während des spanischen Ratsvorsitzes haben Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel in Grenada am 6. Oktober 2023 erstmals die künftige „Strategische Agenda“ der Jahre 2024-2029 unter der Leitung des Ratspräsidenten Charles Michel erörtert und einen entsprechenden politischen Prozess zu ihrer Beschlussfassung definiert. Die „Strategische Agenda“ legt die politischen Prioritäten der EU für die nächsten fünf Jahre fest, und damit bereits für die kommende Legislaturperiode. Im Rahmen einer „kollektiven Anstrengung“ definieren die Staats- und

Regierungschefs unter Einbindung der Kommission und des Europäischen Parlaments die EU-Schwerpunkte. Ausdrücklich erfolgt dies im Vorfeld der bevorstehenden Wahlen und somit vor der Zusammensetzung der künftigen Kommissionsspitze und des Parlaments, wodurch die bereits oben angesprochene Kontinuität der wesentlichen Maßnahmen und Agenden gewährleistet werden soll. Aufgrund des Krieges in der Ukraine und der damit einhergehenden verschärften Konfliktlage mit Russland haben sich allerdings die Themenschwerpunkte der künftigen „Strategischen Agenda“ gegenüber der Legislaturperiode 2019-2024 deutlich verändert. Die eher auf traditionellen normativen Zielen basierte Agenda 2019 verfolgte eine deutlich andere Schwerpunktsetzung:

- Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Freiheiten,
- Entwicklung einer soliden und dynamischen wirtschaftlichen Basis,
- Verwirklichung eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas,
- Förderung der Interessen und Werte Europas in der Welt.

Damit standen eher liberale Ziele im Mittelpunkt der politischen Maßnahmensetzung, was sich nun jedoch fundamental geändert hatte. So wurden beim besagten Gipfel in Grenada der geopolitischen Situation, aber auch der veränderten Stimmungslage hinsichtlich der unkontrollierten irregulären Migration nach Europa entsprechend folgende Prioritäten für 2024-2029 definiert:

- Sicherheit und Verteidigung,
- Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit,
- Energie,
- Migration,
- globales Engagement
- Erweiterung.

Dass die Bereiche der Sicherheits- und Verteidigungspolitik an erste Stelle gestellt werden, verdeutlicht die Neuausrichtung der EU in den Politikfeldern GASP/GSVP. Diesbezüglich wurde bei der informellen Tagung der Staats- und Regierungschefs in Grenada auch die politische Begrifflichkeit der strategischen Autonomie der EU wieder aufgegriffen, nachdem im Zuge des Krieges in der Ukraine die politische Aufmerksamkeit nahezu ausschließlich der NATO gegolten hatte. Vorgesehen ist, dass im Juni 2024 – also

unmittelbar mit den Wahlen zum Europäischen Parlament im Zusammenhang stehend – die „Strategische Agenda“ angenommen werden wird. Damit wird der künftigen Kommission ein konkreter Arbeitsauftrag für die nächsten fünf Jahre vorgelegt. Hinsichtlich der GSVP haben sich die Staats- und Regierungschefs auf eine „*Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der EU und einen Ausbau ihrer technologischen und industriellen Basis*“ geeinigt, wobei im Fokus vier konkrete Bereiche stehen:

- militärische Mobilität,
- Resilienz im Weltraum,
- Abwehr von Cyberbedrohungen und hybriden Bedrohungen,
- Abwehr von ausländischer Informationsmanipulation.

Anknüpfend an den EU-Gipfel fand in Grenada auch das dritte Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) unter Beteiligung von 44 Staaten statt. Die EPG verfolgt unter anderem weitreichende Absichten, welche ebenfalls im Kontext der Konfliktkonstellation mit Russland zu sehen sind. Die offizielle Zielsetzung der EPG lautet:

- Förderung des politischen Dialogs und der politischen Zusammenarbeit zur Behandlung von Fragen von gemeinsamem Interesse,
- Stärkung der Sicherheit, der Stabilität und des Wohlstands auf dem europäischen Kontinent.

Die Idee der EPG geht auf die französische Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2022 zurück. Unter dem Ratsvorsitz Frankreichs wurde nicht nur der Strategische Kompass zur Operationalisierung der EU-Globalstrategie (EUGS) angenommen, sondern auch die Gründung einer neuen politischen Plattform angedacht. Erstmals sprach der französische Präsident Emmanuel Macron im Mai 2022 über die Notwendigkeit einer „neuen“ Europäischen Gemeinschaft und bereits beim Ratstreffen am 23. und 24. Juni 2022 berieten auch die EU-Gremien über die Dringlichkeit, „*strategische Aussprache über die Beziehungen der EU zu ihren Partnern in Europa*“ führen müssen. Schließlich fand ein erstmaliges Meeting der EPG am 6.-7. Oktober 2022 unter der tschechischen Ratspräsidentschaft in Prag statt, an dem sich Staats- und Regierungschefs von 43 Staaten beteiligt haben. EU-Ratspräsident Charles Michel ließ dabei folgende Meldung verkünden: „*Ansichts der dramatischen Folgen von Russlands Krieg,*

der sich an vielen Fronten auf die Länder in Europa auswirkt, haben wir vereinbart, die europäische politische Gemeinschaft ins Leben zu rufen, um Länder auf dem europäischen Kontinent zusammenzubringen und eine Plattform für politische Koordinierung zu schaffen.“ Das zweite EPG-Treffen wurde am 1. Juni 2023 mit hochrangigen Vertretern aus 47 Staaten in der Republik Moldau abgehalten.

Im Beobachtungszeitraum nahmen am EPG-Treffen neben allen EU-Mitgliedsländern die höchsten politischen Vertreter aus folgenden Staaten teil: Albanien, Andorra, Armenien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, dem Kosovo (UN-Res. 1244), Liechtenstein, Moldau, Monaco, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, San Marino, Serbien, der Schweiz, der Ukraine und dem Vereinigten Königreich. Generell gehen Expertenmeinungen zu der EPG auseinander und reichen von einer reinen Diskussionsplattform ohne weitergehende Substanz bis hin zu einer möglichen relevanten politischen Struktur, die maßgeblichen Einfluss auf die künftige Sicherheitsarchitektur in Europa nehmen könnte. Daher bleiben die weitere Ausgestaltung und Nutzung der EPG offen, jedenfalls wäre der historische Kontext der Begrifflichkeit hervorzuheben. Die EPG geht auf das gescheiterte Vorhaben der Franzosen zu Beginn des europäischen Einigungsprozesses in den 1950er Jahren zurück.

Schatten der US-Präsidentschaftswahlen

Gerade im Zusammenhang der wieder aufkommenden Debatte um die strategische Autonomie der EU, mit Blick auch auf die innenpolitischen Spannungen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in den USA, erhalten emanzipatorische Kräfte in Europa scheinbar zunehmend Aufwind. Befürchtet wird, dass ein Sieg von Donald Trump die NATO als westliches Militärbündnis fundamental schwächen und somit nicht nur die euroatlantischen Beziehungen nachhaltig schädigen, sondern auch die von der Allianz abhängige Verteidigungsfähigkeit Westeuropas signifikant beeinträchtigen könnte.

In diesem Zusammenhang wäre auch der Vorstoß des italienischen Außenministers und ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, zur Bildung einer EU-Armee zu werten. Zu Jahresbeginn 2024 ließ Tajani damit aufhorchen, dass die Europäer eine eigene EU-Armee benötigen würden. Zwar ist diese Idee nicht neu, doch wurden im Zuge des Krieges in der Ukraine die zentralen politischen Bestrebungen im euroatlantischen Kontext auf die

Verteidigungsbereitschaft der NATO gelenkt. Forderungen nach strategischer Autonomie oder strategischer Souveränität der EU, sowie wie es in der Koalitionsvereinbarung der deutschen Bundesregierung bestehend aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), dem Bündnis 90/Die Grünen und der Freien Demokratischen Partei (FDP) zu Jahresende 2021 definiert wurde, verstummten nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine. Auch die französische Ratspräsidentschaft (Januar bis Juni 2022) sah zunächst die Stärkung der strategischen Souveränität vor, doch dieser Anspruch fand aufgrund der eingeleiteten „Zeitenwende“ keinen Widerhall. Nun aber kündigen sich im öffentlichen Diskurs Änderungen an, die die einstigen Forderungen nach Stärkung der Eigenständigkeit der EU wieder in den Mittelpunkt der politischen Agenda rücken. Der auch medial viel beachtete erste Schritt wurde vom italienischen Außenminister Tajani unternommen, in dem er Forderungen nach der Bildung einer EU-Armee stellte. Tajani ging zunächst nicht konkret auf einen möglichen Trump-Sieg bei den Präsidentschaftswahlen ein, aber in seiner Äußerung war eine deutliche Distanz zu den USA zu vernehmen: *„In einer Welt mit mächtigen Akteuren wie den Vereinigten Staaten, China, Indien und Russland – mit Krisen vom Nahen Osten bis zum Indopazifik – können italienische, deutsche, französische oder slowenische Bürger nur durch etwas geschützt werden, das bereits existiert, nämlich die Europäische Union.“* Explizit sagte er: *„Wenn wir Garanten für den Frieden in der Welt sein wollen, brauchen wir ein europäisches Militär.“*

Angesichts des möglichen Wiedereinzugs von Donald Trump in das Weiße Haus werden bereits Überlegungen angestellt, was im Falle eines Austritts der USA aus der NATO für die Verteidigung des westlichen Europas notwendig wäre. In einem möglichen Szenario wäre auch der nukleare Schutzschirm der USA über die westlichen Partner nicht mehr garantiert und so würden die französischen Atomwaffen erheblich an Bedeutung gewinnen. Angesprochen auf die Möglichkeit einer zweiten Amtszeit, äußerte sich der einflussreiche CDU-Sicherheits- und Verteidigungspolitiker im Europäischen Parlament, Michael Gahler, deutlich. Er geht eher davon aus, dass die USA den Nuklearschirm aufrechterhalten würden, aber was die Unterstützung der Ukraine anbelangt, favorisiert er eine Unabhängigkeit von den USA. *„Wir müssen sowieso, unabhängig vom Wahlausgang [in den USA, Anm. d. Verf.], sehr viel mehr langfristig aufrüsten, um dieser russischen Aggression effektiv glaubwürdig entgegenzutreten zu können.“* Diese Aussage erscheint

vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache wichtig zu sein, dass die Republikaner im Kongress rund 60 Mrd. USD an Militärhilfe für die Ukraine blockieren. Die von Donald Trump kontrollierten Vertreter der Republikaner weigerten sich, ein Hilfspaket der Administration von Präsident Biden zu unterstützen, solange nicht mehr Geld für den Grenzschutz und der Bekämpfung der irregulären Migration – aus Lateinamerika über Mexiko in die USA kommend – ausgegeben wird. Den Wegfall der Zahlungen für militärische Güter für die Ukraine wird die EU nicht einfach kompensieren können. Auch einem mühsam ausverhandelten Kompromiss zwischen Republikanern und Demokraten hinsichtlich der Ukrainehilfe und den Forderungen nach effektiverem Grenzschutz hat Donald Trump zu Jahresbeginn 2024 nicht zugestimmt. Sein Kalkül dabei ist, dass ihm eine Beruhigung des Migrationsaufkommens in die USA im Wahlkampf nicht nützen würde. Angesichts der günstigen Umfragewerte für Trump scheint seine Wiederwahl zu Jahresbeginn nicht ausgeschlossen zu sein.

Asyl- und Migrationspakt

Nicht nur hinsichtlich der möglichen sicherheits- und verteidigungspolitischen Konsequenzen einer erneuten Präsidentschaft von Donald Trump schaut man derzeit gespannt in die USA, sondern auch wegen der angespannten innenpolitischen Lage bezüglich der Eindämmung der irregulären Migration. Diesbezüglich scheinen Amerikaner und Europäer eine ähnliche Wahrnehmung der Situation zu haben, sodass auch in der EU Beschlüsse getroffen wurden, um die Zahl der irregulär eingereisten Menschen zu verringern. Zu diesem Zweck wurde am 20. Dezember 2023 eine Einigung zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament erzielt. Der Kompromiss sieht vor, dass Grenzverfahren außerhalb der EU stattfinden sollen. Die ARD-Tagesschau – eine der wichtigsten meinungsbildenden Sendungen im deutschsprachigen Raum zur Vermittlung von politischen Inhalten – fasst die beschlossenen Regelungen der Grenzverfahren auf das Wesentliche zusammen: *„Die Migranten sollen in Grenznähe festgehalten und von dort aus direkt abgeschoben werden. Juristisch werden sie dabei als nicht eingereist betrachtet. Das Asylverfahren und die Abschiebung sollen in der Regel je zwölf Wochen dauern. Die Mitgliedsländer wollen zunächst 30.000 Plätze in Grenzlagern schaffen, nach vier Jahren sollen es 120.000 sein.“* Insgesamt sind fünf konkrete Gesetzesänderungen geplant:

- **Screening-Verordnung:** Verfahren werden vor der Einreise stattfinden und Informationen eingeholt (Staatsangehörigkeit, Alter, Fingerabdrücke etc.). Zudem sollen „Gesundheits- und Sicherheitskontrollen“ durchgeführt werden.
- **Eurodac-Verordnung:** Speicherung von „biometrischen Daten“, „um Mehrfachanträge unter demselben Namen zu verhindern“.
- **Verordnung über Asylverfahren:** Ziel ist die Beschleunigung von Grenzverfahren in der maximalen Dauer von 12 Wochen.
- **Verordnung zur Verwaltung von Asyl und Migration:** Eingeführt werden soll ein System der „obligatorischen Solidarität“. Staaten können:
 - a) eine bestimmte Anzahl von Asylbewerbern aufnehmen,
 - b) einen Beitrag für ablehnten Antragsteller zahlen,
 - c) operative Unterstützung finanzieren.
- **Krisenverordnung mit Ausnahmeregelungen:** Bei einer Krise wie z. B. während der Migrationskrise 2015-2016 oder der COVID-19-Pandemie können auf nationaler Ebene dann strengere Vorkehrungen eingeführt werden.

Bei einigen osteuropäischen Mitgliedsländern ist die „obligatorische Solidarität“ sehr umstritten. Die Einigung schreibt „eine jährliche Quote von 30.000 Umsiedlungen“ und einen Beitrag von „20.000 Euro für jeden abgelehnten Asylbewerber“ vor. Während der mühsam ausverhandelte Kompromiss zwischen Staaten und den jeweiligen EU-Organen sowie Institutionen mehrheitlich auf Zuspruch stößt, kommt bisweilen heftige Kritik von unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen. Massive Ablehnung und Proteste kommen unter anderem von Amnesty International Österreich sowie der Seenotrettungsorganisation Sea-Watch zusammen mit weiteren 17 Initiativen. Sea-Watch spricht dabei vom endgültigen „Todesurteil für das europäische Asylrecht“. Das beschlossene Asyl- und Migrationspaket muss allerdings im Zusammenhang der gesellschaftspolitischen Stimmungslage in den EU-Staaten gewertet werden. Andreas Ernst bringt es in der Neuen Züricher Zeitung auf den Punkt: „Unter dem Druck erstarkender Rechtsaußenparteien hat die Mitte sich zusammengerauft.“

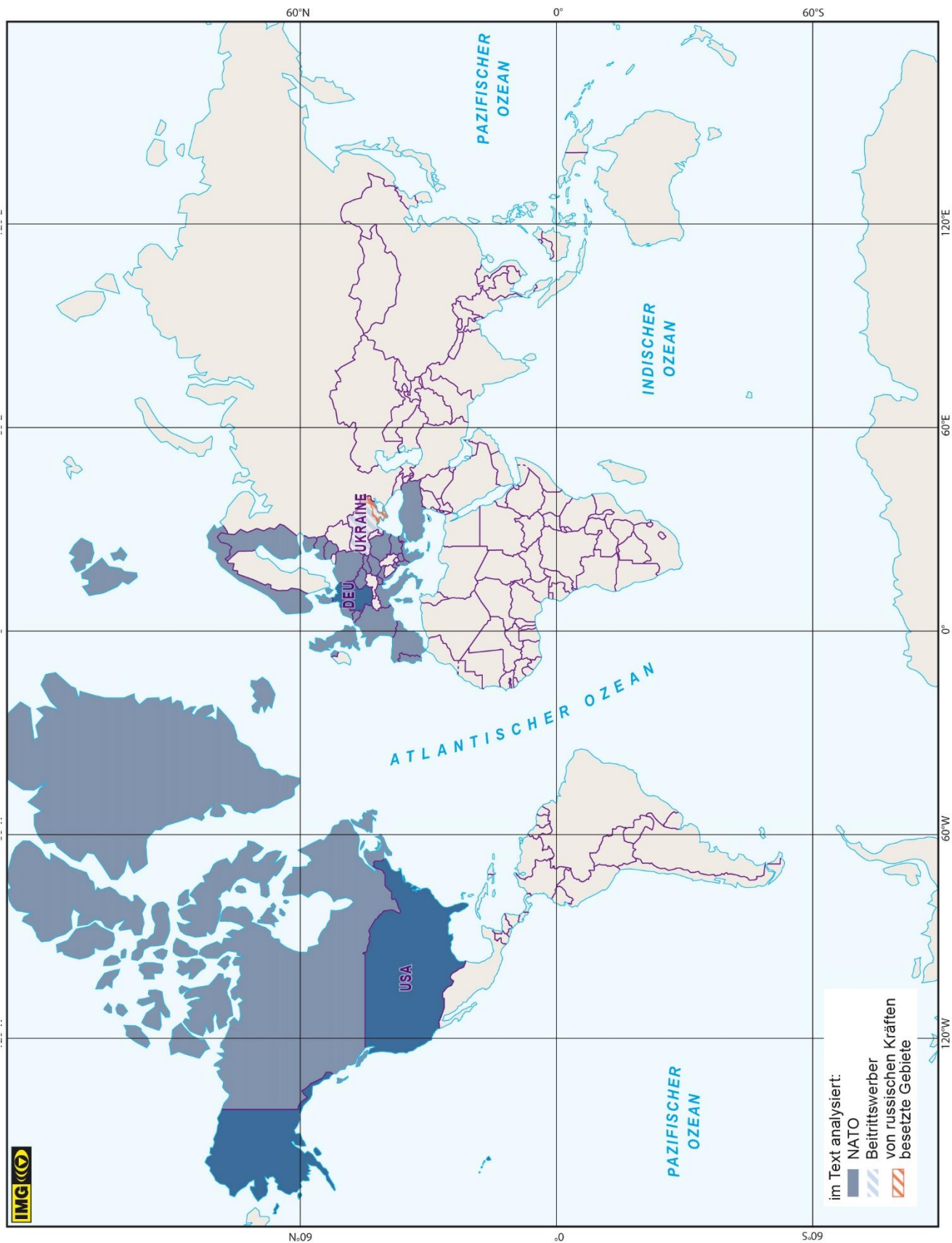
Seine Analyse spricht die unterschiedlichen Interessensphären an: „Die Reformen erfolgen gegen den Widerstand und den Protest von Rechtsaußenparteien und

linken NGO, die beide von der Bewirtschaftung der Missstände in der Asylpolitik leben. Doch dagegen hat sich jetzt erstmals eine breite Koalition von Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien durchsetzen können.“

Mit den Beschlüssen in den Politikbereichen der Migration und Asyl versuchen jedenfalls die höchsten politischen Entscheidungsträger auf der Ebene der Nationalstaaten, der Kommission sowie dem Europäischen Parlament im Vorfeld der EU-Wahlen politisch auf die Tatsache zu reagieren, dass im gesamten Jahr 2023 insgesamt 274.404 „Ankünfte“ als „irreguläre Einreisen“ in die Union registriert wurden. Eine weiter anhaltende irreguläre Migration würde bereits mittelfristig die politische Stabilität der EU gefährden.

Fazit

Generell scheint die Sorge vor einer weiteren Präsidentschaft von Donald Trump innerhalb der EU zu überwiegen und beeinflusst auch die letzte Phase der zu Ende gehenden Legislaturperiode. Im Untersuchungszeitraum weisen einige Anzeichen deshalb darauf hin, dass die strategische Autonomie der EU deutlich an politischer Bedeutung gewinnen könnte. Mit der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau sowie der Verleihung des Kandidatenstatus an Georgien wird die Erweiterungspolitik verstärkt unter geopolitischen Gesichtspunkten gewertet. Auch die Fortsetzung der weiteren politischen Absprachen der Europäischen Politischen Gemeinschaft mit 44 Staaten sowie die Hervorhebung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der „Strategischen Agenda“ 2024–2029 deuten auf die Absicht, die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU stärken. Im Sinne der Denkschule des Liberalismus erhalten hinsichtlich der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament demokratiepolitische Prozesse innerhalb der EU-Staaten einen nennenswerten sicherheitspolitischen Charakter und müssen somit in die Gesamtbeurteilung der strategischen Ausgangslage der EU als Akteurin in den internationalen Beziehungen berücksichtigt werden. Dabei ist die Aufmerksamkeit auf die Handhabung der irregulären Migration in die EU zu legen.



North Atlantic Treaty Organization (NATO)

Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Otto Naderer

Das NATO-Gipfeltreffen im vergangenen Juli in der litauischen Hauptstadt Vilnius bildete zweifelsohne das wichtigste Ereignis im abgelaufenen Halbjahr. Dafür sorgte schon die Tagesordnung mit der Frage nach einer zukünftigen Mitgliedschaft der Ukraine, deren weiterer Unterstützung im Kampf gegen Russland und die fortgesetzte Erhöhung der Abschreckung. Ministertreffen im Herbst führten anschließend zu ersten Umsetzungsschritten der im Sommer gefassten Beschlüsse.

Ergebnisse des NATO-Gipfeltreffens

Der Wunsch Kiews nach NATO-Mitgliedschaft wurde in Vilnius erwartungsgemäß nicht erfüllt. Als eine gewisse Kompensation dafür wurde ebenso erwartungsgemäß die „alte“ NATO-Ukraine Kommission zu einem NATO-Rat aufgewertet. Das bedeutet, dass Kiew zu Gesprächen nicht nur eingeladen werden, sondern selbst Ratstreffen anberaumen kann. Eine derartig privilegierte Stellung wurde bisher nur Russland bis zum Kriegsbeginn 2022 gewährt. Mit dieser Aufwertung soll Kiew eine verbesserte Möglichkeit erhalten, seine Sicherheitsinteressen im Rahmen der NATO vorbringen zu können, was mit der Eröffnungssitzung noch am Gipfel unterstrichen wurde. Auf die wieder verweigerte Einladung zur Mitgliedschaft im Bündnis reagierte Präsident Selensky ziemlich verärgert, da die Ukraine in dieser Frage seit Bukarest 2008 formell keine Fortschritte erzielen konnte. Eine kleine Erleichterung bedeutete hingegen die Erlassung des mitunter langwierigen „Membership Action Plan“, eine Art Katalog zur Erfüllung der Kriterien im NATO-Beitrittsprozess, sobald die Einladung ausgesprochen wird. Obwohl immer Klarheit herrschte, dass die Ukraine ohnehin erst nach Beendigung des Krieges NATO-Alliierter hätte werden können, verhinderte die fehlende Einstimmigkeit unter den 31 Verbündeten diese Zusage. Offenbar fürchteten einige Mitglieder die Wirkung dieses Signals in Moskau. Einigkeit bestand aber darin, dass die ukrainischen Streitkräfte weiter in deren Abwehrkampf unterstützt werden, womit vor allem über Ausbildungs- und Reformprogramme die Interoperabilität mit den NATO-Verbänden verbessert wird, was wiederum wichtig für einen

späteren Beitritt ist. Diese Hilfe schließt auch die Schulung ukrainischer Piloten am Kampfflugzeug F-16 ein, wofür sich eine Koalition von elf Alliierten unter Führung der Niederlande und Dänemarks bildete. Ab Herbst soll damit auf einem rumänischen Fliegerhorst begonnen werden, mit einem Wirksamwerden im Kriegsgebiet ist aber aufgrund der umfangreichen Aufgabe erst 2024 zu rechnen. Diesen positiven Nachrichten zum Trotz muss aber auch die NATO eine nachlassende Bereitschaft ihrer Mitgliedsstaaten in der Unterstützung der Ukraine registrieren, allen voran der durch einen innenpolitischen Streit blockierten USA, dem Hauptverbündeten Kiews. In Bezug auf die Erhöhung der Abschreckung wurden die schon bekannte räumliche Zuordnung von Verteidigungsplänen an konkrete Verbände sowie die dafür notwendigen Übungen bestätigt. Aktuell sind etwa 40.000 Soldaten an der Ostflanke stationiert, die meisten auf Rotationsbasis. Um die Munitionserzeugung rasch zu steigern und der Rüstungsindustrie eine mehrjährige Planungssicherheit zu geben, wurde der „Defence Production Action Plan“ beschlossen. Zur Finanzierung all dieser Vorhaben soll die seit 2014 geltende Referenz von 2 % des BIP nun nicht mehr Ziel, sondern Ausgangsbasis der nationalen Budgetaufwendungen für die Verteidigung sein. Damit soll auch der durch Russlands Krieg massiv verschlechterten Sicherheitslage in Europa Rechnung getragen werden. Derzeit erfüllen elf Alliierte die „alte“ Zielgröße und gesamt gesehen stiegen die Verteidigungsausgaben gegenüber dem letzten Jahr um 8,3 %. Leider konnte Schweden am Gipfeltreffen wieder nur als Beitrittskandidat und nicht als Alliiertes teilnehmen. Die vom türkischen Präsidenten Erdoğan im Vorfeld geweckten Hoffnungen erfüllten sich sogar bis zum Jahresende 2023 nicht, womit Stockholm nun schon seit mehr als 18 Monaten an der vollen Mitgliedschaft gehindert wird. Wie bei Finnland „segelt“ auch hier Ungarn im Windschatten der Türkei, sodass noch immer zwei parlamentarische Ratifizierungen fehlen.

Trotz der unverändert verweigerten NATO-Beitritte Schwedens und der Ukraine und trotz der auch bei den Alliierten nachlassenden Hilfe für Kiew geht die NATO in guter Verfassung zur Feier des 75. Geburtstags im Juli 2024. Dennoch steht die weitere Zukunft unter einem ungewissen Stern, könnte doch ein Wahlsieg D. Trumps das baldige Ende der Allianz bedeuten. Österreich verstärkte hingegen in den vergangenen Monaten seine Position als Partner zum transatlantischen Bündnis.

Umsetzung der Gipfelergebnisse

Die Erhöhung der Abschreckung betreffend, fasste das NATO-Mitglied Deutschland vermutlich den bedeutendsten Beschluss. In Litauen soll die bereits seit 2017 eingesetzte multinationale Kampfgruppe nicht mehr rasch durch eine im Heimatland befindliche Brigade verstärkt, sondern es sollen knapp 5000 Bundeswehrsoldaten dauerhaft dort stationiert werden. Bis es soweit ist, wird es noch einige Jahre dauern, müssen doch noch Voraussetzungen wie die dafür nötige Infrastruktur erfüllt werden. Die erforderlichen bilateralen Verträge sind aber schon unterzeichnet. Neben umfassenden Hilfspaketen zeigt die Maßnahme, wie ernst die aktuelle Bundesregierung den Krieg in Europa mittlerweile nimmt. Als Vergleich mögen die 5000 Helme dienen, die Berlin kurz vor Angriffsbeginn an Kiew lieferte. Und in Rumänien meldete das in Sibiu (Hermansstadt) gebildete multinationale Korps Südost die erste Einsatzbereitschaft. Dessen Aufgabe besteht v. a. in der Führung von bis zu fünf alliierten Divisionen in Rumänien und Bulgarien, der Großteil dieser Kräfte muss aber im Anlassfall erst zugeführt werden.



Einsatz einer niederländischer F-16 „Fighting Falcon“ im Rahmen der Nuklearwaffenübung „Steadfast Noon“

Beim Treffen der Außenminister Ende November konnte die zwei Wochen zuvor erfolgte Eröffnung des in Rumänien eingerichteten Ausbildungszentrums vermeldet werden, das vorwiegend den zukünftigen ukrainischen F-16 Piloten als Basis dienen wird. Zusätzlich stimmen sich 20 Verbündete zur Lieferung von Flugabwehrsystemen an Kiew ab und weitere Waffenlieferungen sowie finanzielle Hilfen von Deutschland und den Niederlanden wurden bestätigt.

Neben der Absicherung im Osten ist das nordatlantische Bündnis aber auch durch die wieder aufkommende Instabilität am Westbalkan gefordert. Unruhen im Nordkosovo veranlassten

einige NATO-Alliierte wie Großbritannien und Rumänien, ihre KFOR-Kontingente zu verstärken. Auch die Besuchsdiplomatie in Bosnien-Herzegowina wurde intensiviert, und der NATO-Generalsekretär Stoltenberg selbst stattete der gesamten Region eine mehrtägige Visite ab. Aus Sicht der NATO läge der Schlüssel zur stabilen Weiterentwicklung des Raums im friedlichen Zusammenwirken der Ethnien Sarajewos und in der Fortführung des EU-geführten Dialogs zwischen Belgrad und Pristina. Äußere Einflüsse und lokale nationalistische Politik verhindern aber einen derartigen Zugang, was zur fortgesetzten Stationierung von Truppen im Sinne der geltenden UN-Mandate förmlich zwingt. In diesem Zusammenhang ist die Entscheidung der österreichischen Bundesregierung, die KFOR-Präsenz ab Frühjahr 2024 um 110 Soldaten zu reduzieren, nur schwer verständlich. Dies vor allem, da der Westbalkan unverändert zur sicherheitspolitischen Schwergewichtsregion zählt und unser Land ja sonst nicht zur Abschreckung im Osten Europas gefordert ist.

Auf anderen Gebieten erfolgte aber eine gewisse Verstärkung der nationalen Position als Partner zur NATO. Im Sommer 2023 beschloss der Ministerrat in Wien eine Beteiligung an der „NATO Mission Iraq“ (NMI) sowie die Teilnahme an der von Deutschland geführten Initiative „Sky Shield“. NMI wurde von der NATO 2018 eingerichtet und unterstützt die Sicherheitssektorreform Iraks im Großraum Bagdad, um Streitkräfte und Polizei in die Lage zu versetzen, selbständig gegen den Terrorismus im Lande vorgehen zu können. Und „Sky Shield“ ist im ersten Schritt eine gemeinsame Beschaffungsplattform im Bereich der Luftabwehr, die dem Bundesheer einen gesicherten Zugang zu Systemen wie „Patriot“ und „IRIS-T“ erlaubt, die derzeit sehr gefragt sind. Da die FPÖ hier aber ihren entschiedenen Widerstand angekündigt hat, bleibt abzuwarten, ob diese Teilnahme einen eventuellen Wahlsieg der Partei übersteht.

75 Jahre NATO – der Anfang vom Ende?

Die erneut verweigerte Zustimmung zum NATO-Beitritt der Ukraine setzte die Allianz einem Stresstest aus, da zuvor besonders osteuropäische Alliierte drohten, dann eigene Truppen in das angegriffene Land zu entsenden. Das passierte nicht, das Bündnis hat den Test bestanden und die Einigkeit bewahrt. Auch die vor Kurzem erfolgte Zustimmung des außenpolitischen Ausschusses des türkischen Parlaments zum NATO-Beitritt Schwedens deutet hier eine positive Entwicklung

an. Somit geht die NATO, der Sicherheitsgarant seit 1949 für die USA und vor allem für Europa, mit einer guten inneren Verfassung zur Feier des 75. Geburtstags in Washington, dem Schauplatz des nächsten Gipfeltreffens. Doch das Jubiläumsjahr 2024 hält im Herbst auch ein Ereignis bereit, das die Zukunft des Bündnisses direkt bedrohen kann. Ein Wahlsieg Donald Trumps, der aus heutiger Sicht sogar als sehr wahrscheinlich scheint, gefährdet die weitere Verankerung der USA in der NATO und damit deren Fortbestand. Mit der Blockadehaltung der Republikanischen Partei im Kongress bei der Waffenhilfe für die Ukraine signalisieren die Vereinigten Staaten schon jetzt, dass sie nicht mehr uneingeschränkt bereit sind, die Führungsverantwortung für die Verteidigung der liberalen, regelbasierten Ordnung zu übernehmen. Ein Signal, das sicher von Russland, China, Iran, Nordkorea und anderen Mächten, die diese Ordnung beseitigen wollen, aufmerksam registriert wird.

Ein Ende der NATO durch das Ausscheiden der USA wäre für den „Westen“ eine Katastrophe, da damit dessen Sicherheit aufs Spiel gesetzt würde, weil keine europäische Alternative bereitstünde. Die in den 1990er-Jahren begonnene „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) der EU existiert nur in Ansätzen und bedeutet keine gemeinsame Verteidigung, die sich wie in der NATO auf lang bestehende Kommandostrukturen, Planungen und Übungen stützen kann. Eine zu lange gelebte Haltung, dass die EU ausschließlich ein unmilitärisches Friedensprojekt sei, Widerstände, besonders osteuropäischer Staaten, die jegliche Schwächung der NATO zugunsten der EU ablehnten, aber auch der Neutralen, die nie eine wirklich funktionierende GSVP wünschten, führten zu diesem Ergebnis. Ein Ende der NATO würde daher für die Europäer rasch den Beginn äußerst unsicherer Zeiten mit all ihren negativen Folgen wie die direkte Bedrohung durch Russland bedeuten. Und das schon länger feststellbare Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen mit ihrer zumeist prorussischen Ausrichtung bedeutet eine zusätzliche Verschärfung der Lage, weil sie die nötige Einheit des europäischen Kontinents im Verteidigungsfall unterminiert.

Bleibt die Frage, wie sich Europa jetzt schon auf ein eventuelles Ende des nordatlantischen Bündnisses vorbereiten könnte. Eigentlich besteht nur eine Möglichkeit, nämlich die Beschaffung von Waffen und Mitteln, bei denen NATO-intern noch eine zu hohe Abhängigkeit von den US-

Arsenalen besteht. Dabei handelt es sich vor allem um Systeme zur Abwehr von Flugzeugen, Raketen und Drohnen, um Luft-Luftbetankungsflugzeuge und um Aufklärungsmittel auf allen Ebenen.



Türkischer Chinook während der Übung „Strong Balkan“ in Nordalbanien

Damit würde Europa den USA zeigen, dass es im Falle einer gleichzeitigen Bedrohung durch Moskau und Peking ein unverzichtbarer Partner ist, der ihnen den Rücken für die Auseinandersetzung mit China freihält. Washington könnte dann mit seinen eigenen Waffen schwergewichtsmäßig gegen China vorgehen, sollte dies einmal nötig sein. Eine strategische Entscheidung Washingtons zwischen Europa und Asien würde damit vermieden und gleichzeitig der „europäische Pfeiler“ in der Allianz gestärkt werden. Insofern ist die zu Jahresbeginn gestartete und über die NATO koordinierte Beschaffung mehrerer europäischer Staaten von 1000 „Patriot“-Luftabwehrlenk Waffen ein Schritt in die richtige Richtung. Sollte eine derartige europäische Aufrüstung Trump dennoch nicht von einem Rückzug aus der NATO abhalten, dann kämen diese Waffen eben den europäischen Staaten im Verteidigungsfall zugute.

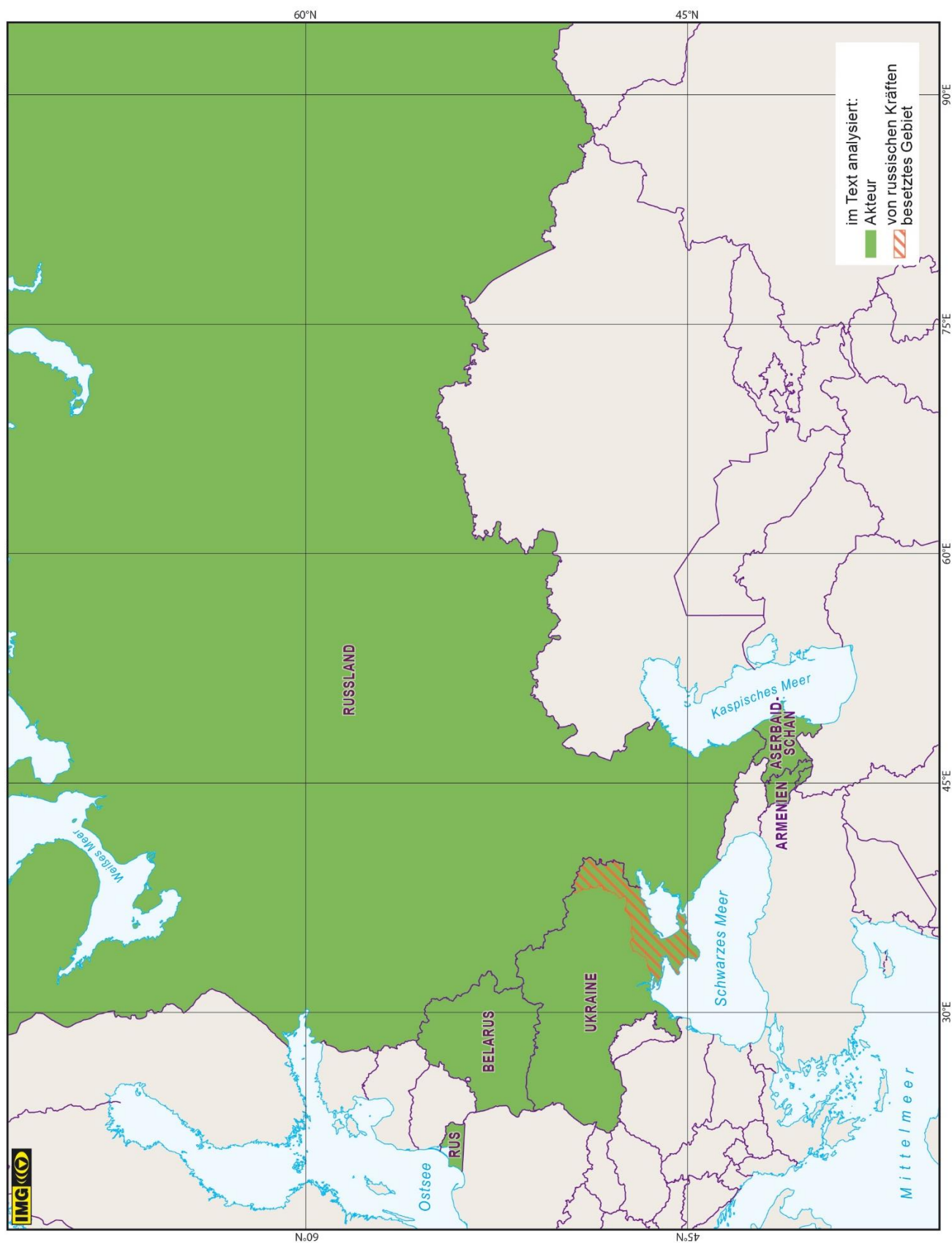
Bei all diesen Überlegungen muss dennoch klar sein, dass derartige Schritte zwar wichtig sind, aber nur einen unvollkommenen Ersatz für eine aufgelöste NATO bedeuten würden. 75 Jahre gelebte transatlantische Sicherheitsgemeinschaft können eigentlich nicht kompensiert werden, und schon gar nicht rasch.

Und Österreich?

Österreichs Bundesregierung und Nationalrat vollzogen mit der beschlossenen Aufrüstung des Bundesheers die einzig richtige Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands. Wenn es auch klüger gewesen wäre, in den letzten 20 Jahren das Bundesheer nicht derartig auszuhungern, wie es geschah, so ist es doch der pro Waffengattung erhalten gebliebene „Restitutionskern“, auf den nun aufgebaut werden kann. Beispielsweise bei der

Fliegerabwehr, bei der Systeme beschafft werden sollen, an die bis vor Kurzem ein österreichischer Offizier noch nicht einmal zu denken wagte. Es ist ja erst dreieinhalb Jahre her, als die aktuelle Ressortführung das Ende der Landesverteidigung proklamierte...

Nun bleibt nur noch zu hoffen, dass sich die Personalsituation nicht noch weiter verschärft und die vorgestellten Pläne auch alle realisiert werden. Schon konkret vereinbart wurde die Modernisierung der noch vorhandenen 35 mm Fliegerabwehrkanonen, einer trotz des hohen Alters nach wie vor ausgezeichneten Waffe schweizerischer Herkunft. Wien muss aber nun Vorkehrungen treffen, die sicherstellen, dass in einem Verteidigungsfall schier unbegrenzte Munitionsvorräte vorhanden sind, die einen längeren Abwehrkampf ermöglichen. Denn sollten sich die Eidgenossen in einem derartigen Szenario neutral erklären, könnte das Bundesheer von schweizerischen Munitionslieferungen abgeschnitten werden. Die Entscheidung Berns, Berlin aus Neutralitätsgründen die Weitergabe von in der Schweiz gefertigter 35 mm Munition an Kiew zu verweigern, möge als Warnung vor bösen Überraschungen dienen.



Postsowjetischer Raum

... und ihre Partner und Herausforderer

Der postsowjetische Raum – Superwahljahr 2024

Christoph Bilban

Der postsowjetische Raum steht 2024 vor einem „Superwahljahr“. Den Reigen eröffnet Aserbaidshan mit vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 7. Februar 2024. Russland folgt mit den ersten mehrtägigen Präsidentschaftswahlen der Geschichte vom 15. bis 17. März. Im Herbst stehen schließlich Präsidentschaftswahlen in Moldau sowie Parlamentswahlen in Georgien und Aserbaidshan an. Aber auch zwei andere Wahlen dürften sich maßgeblich auf den postsowjetischen Raum auswirken: die Europawahlen im Juni und die US-Präsidentschaftswahlen im November. Dabei dienen Wahlen in den hybriden und autoritären Systemen des postsowjetischen Raumes nicht dazu, politischen Machtwechsel herbeizuführen, sondern sollen vor allem die aktuellen Machthaber legitimieren. Dennoch sind sie für die Amtsinhaber mit einem Risiko verbunden. Schließlich können auch gefälschte Wahlen ein Regime unter massiven Druck setzen, wie zuletzt die belarussischen Präsidentschaftswahlen und anschließenden Massendemonstrationen im Sommer 2020 deutlich gezeigt haben.

Die Entscheidung des aserbaidshanischen Präsidenten Ilham Alijew, die Wahlen von 2025 auf den 7. Februar vorzuziehen, wurde erst am 7. Dezember 2023 bekannt gegeben. Diese kurze Vorlaufzeit soll, so ein aserbaidshanischer Experte, die Möglichkeiten zur Wahlbeeinflussung von außen reduzieren. Bereits kurz vor der Ankündigung der Wahlen begannen in Aserbaidshan Verhaftungen von Journalisten und Oppositionellen, die auch noch Mitte Jänner stattfanden. Durch die vorgezogenen Wahlen verhindert Baku außerdem, dass Russland nächstes Jahr möglicherweise Unruhe rund um die Wahlen stiften könnten. Aserbaidshan plant für das Jahr 2025, die russischen „Friedenstruppen“ in seit September letzten Jahres eroberten Berg-Karabach nicht weiter auf seinem Territorium zuzulassen. Den Sieg über Berg-Karabach beabsichtigt man zudem auszunutzen. So tritt der Amtsinhaber Ilham Alijew mit dem Motto „Der siegreiche Führer des siegreichen Volkes“ zur Wahl an. Als Sieger der Wahl dürfte er jedenfalls auch bereits feststehen.

Die Präsidentschaftswahlen in Russland finden heuer erstmals über drei Tage statt. Insgesamt haben 15 potenzielle Kandidaten und Kandidatinnen ihre Unterlagen eingereicht. Ob alle zur Wahl zugelassen werden, ist offen. Kandidaten einer Partei müssen erst 105.000 Unterschriften sammeln, unabhängige Kandidaten 315.000. Der Amtsinhaber Wladimir Putin hat bereits seine 315.000 Unterschriften eingereicht. Auch der oppositionelle Kandidat Boris Nadeschdin, der mit dem klaren Wahlversprechen den Krieg zu beenden antritt, hat bereits doppelt so viele wie die nötigen 105.000 Unterschriften gesammelt. Wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei diesen Unterschriften hat die Zentrale wahlkommission jedoch Nadeschdin nicht zur Wahl zugelassen. Die entgeltliche Entscheidung darüber wird dazu das Obersten Gericht der Russischen Föderation treffen. Die sonstigen Gegenkandidaten des Systems sind allesamt keine Politiker von Format. Von den Parteichefs der „systemischen Opposition“ tritt nur der Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei LDPR, Leonid Sluzki, an.

Nach Meinung einiger Kommentatoren soll jedoch die Wiederwahl Putins zu einem Spektakel werden. Vor allem die Wahlbeteiligung soll höher als bei den Präsidentschaftswahlen 2018 liegen. Ein Ergebnis von rund 80 % der Stimmen bei über 70 % Wahlbeteiligung ist wohl zu erwarten. Die dreitägige (teils online stattfindende) Wahl ließe jedenfalls viele Möglichkeiten der Manipulation zu.

Eine Wahl, die mit großer Sicherheit 2024 nicht mehr stattfinden wird, ist die ukrainische Präsidentschaftswahl. Gemäß der Verfassung der Ukraine sind alle Wahlen während des Kriegszustandes ausgesetzt. Rein verfassungsrechtlich bleibt damit Selenskyj somit bis zur nächsten Wahl im Amt. Mehr als 80 % der Ukrainerinnen und Ukrainer wollen nach Umfragen vom November 2023 auch keine Wahlen während des Krieges. Die Vorsitzenden aller ukrainischen Parlamentsparteien unterzeichneten zudem Mitte November 2023 ein Memorandum, dass nationale Wahlen erst wieder mindestens sechs Monate nach dem Ende des Kriegszustandes abgehalten werden sollen.

Bedeutender für das Schicksal der Ukraine sind auch gegenwärtig nicht die nationalen Wahlen, sondern die Europawahl im Juni 2024 sowie die US-Präsidentschaftswahlen im November. Besonders die zukünftige Zusammensetzung der EU-Kommission wird den Fortgang der Beitrittsverhandlungen mitbestimmen und auch

einen Einfluss auf das „Leadership“ der Kommission hinsichtlich der Unterstützung für die Ukraine haben. Es ist also zu erwarten, dass im Vorfeld der Wahlen Russland seine Informationskampagnen verstärkt, um die EU auch von innen heraus zu spalten und die bisherige Allianz gegen Russland zu schwächen. Deswegen sind auch die Parlamentswahlen in Österreich und Belgien im Jahr 2024 für Moskau von besonderem Interesse.

Russland: stabil fragil?

Auch nach bald 24 Monaten Krieg gegen die Ukraine zeigt sich das Regime von Wladimir Putin erstaunlich stabil. Russland hat sich während des Krieges endgültig in eine personalisierte Diktatur transformiert. Protest existiert zwar, aber nur in sehr begrenztem Ausmaß. Bislang gelingt es dem Regime, große Proteste zu unterdrücken, wie jene gegen die Verhaftung des baschkirischen Minderheitenrechtsaktivisten Fail Alsynow Anfang Jänner 2024. Gleichzeitig steht die Regierung wirtschaftlich vorerst stabil genug da, um die diversen Transferleistungen an jene rund 42 % der Bevölkerung sicherzustellen, deren wirtschaftliches Wohlergehen von Privilegien, anderen Vergünstigungen oder staatlichen Lohn- und Rentenzahlungen abhängt. Wie lange sich das Regime die Gunst der Menschen noch sichern kann, hängt auch zu einem guten Teil von der Qualität der Leistungen ab. Die massiven Ausfälle in den Fernheiznetzen in 19 russischen Regionen während der Kältewelle zum Jahreswechsel 2023/24 mit Temperaturen von unter -20 °C, darunter Moskau und St. Petersburg, sind zwar in erster Linie ein Zeichen der seit Jahrzehnten schlecht gewarteten und nie erneuerten Infrastruktur, jedoch nehmen Vorfälle dieser Art – nicht nur im Winter – immer stärker zu.

Unmittelbare Gefahren für Präsident Putin sind daher auch vorerst weiter nicht zu erwarten. Die Gruppe Wagner dürfte nach dem versuchten Putsch von Ende Juni 2023 nunmehr endgültig ausgeschaltet worden sein. Am 23. August 2023 stürzte in der Nähe der russischen Stadt Twer ein Embraer Legacy 600 Business-Jet kurz nach dem Start der Maschine in Moskau nach einer Explosion an Bord ab. Im Flugzeug befand sich die Führung der Gruppe Wagner, also Jewgeni Prigoschin, Dmitrij Utkin und Walerij Tschekalow. Zufälligerweise ereignete sich der Absturz auf den Tag genau zwei Monate nach dem versuchten Marsch auf Moskau. Anfang Oktober erklärte Putin, dass laut den Ermittlungen der Absturz auf die Explosion einer Handgranate an Bord zurückzuführen sei.

Russland bewies dafür auch 2023, dass seine Kriegswirtschaft zwar mehr schlecht als recht läuft, aber nicht vor einem Kollaps steht. Das russische BIP erzielte 2023 durch die hohe Quote an Staatsausgaben vermutlich ein Wachstum von über 2 %. Rund 45 % aller föderalen Ausgaben 2023 – oder 8 % des BIP – wurden für das Militär aufgewendet. Für 2024 wird wohl ein ähnliches scheinbares Wirtschaftswachstum zu erwarten sein; die Militärausgaben sollen jedenfalls auf rund 10 % des BIPs in Jahr anwachsen. Der hohe Arbeitskräftebedarf vor allem im produzierenden Sektor lässt zwar die Löhne wachsen, die Inflation aber auch. Der Lebensstandard ist spürbar gesunken und viele Menschen können sich teils auch grundlegende Lebensmittel nur mehr schwer leisten, wie einzelne Berichte von Ende 2023 zeigen. Bereits Mitte des Jahres berichtete die Novaya Gazeta, ein in Russland verbotenes Online-Medium, dass lediglich 9 % der verkauften Medikamente 2023 importiert wurden; im Jahr 2022 waren es noch 15 %. Rund 20 % der lebenswichtigen Medikamente, insbesondere zur Behandlung von Krebs, sind in Apotheken nicht mehr vorhanden. Auffällig ist, dass auch die Importe aus freundlichen Ländern wie Indien, China und Kasachstan massiv zurückgegangen sind.

Trotz aller Einschränkungen scheint jedoch die Unterstützung für Putins Krieg in großen Teilen der russischen Bevölkerung weiterhin vorhanden. Russland beabsichtigt nicht, den Krieg schnell zu beenden, wie die Ausweitung des Einberufungsalters bis 30 Jahre im Juli 2023 zeigt. Putin scheint jedenfalls durch die permanente Mobilisierung der Bevölkerung vorerst noch genug neue Truppen rekrutieren zu können. Falls es jedoch zu einer neuen Mobilmachungswelle – wie jener im Herbst 2022 – kommen sollte, so wäre nach den Präsidentschaftswahlen ein guter Zeitpunkt für diese Entscheidung. Damit könnte Russland sich eine neue „strategische Reserve“ schaffen und mit den aktuell vorhandenen Truppen eine Sommeroffensive vorbereiten.

Belarus: Neue Doktrin mit Atomwaffen

Während nach Prigoschins gescheiterten Putsch-Versuch wohl mehrere Tausend Söldner kurzfristig in Belarus Zuflucht gefunden haben, so dürften Anfang 2024 nur noch knapp 1.000 Wagner-Kämpfer in Belarus verblieben sein. Machthaber Alexander Lukaschenka können ihnen jedoch nichts Besonderes bieten, so ein belarussischer Experte. Daher würden auch diese Söldner auch Belarus künftig eher wieder verlassen. Andere Experten sehen in den

verbleibenden Kämpfern eine „Versicherung“ Moskaus für den Fall, dass Lukaschenka abtrünnig werden könnte oder gar gestürzt wird.

Eine solche Versicherung ist angesichts der Anfang Dezember 2023 abgeschlossenen Stationierung russischer taktischer Atomwaffen in Belarus auch plausibel. Russland hat seine Truppenkontingente, welche seit der Mobilisierung vom September 2022 auf belarussischen Übungsplätzen ausgebildet wurden, im Sommer 2023 abgezogen.

Mitte Jänner 2024 verkündete Belarus, dass es eine neue Militärdoktrin erarbeitet habe. Darin wird erstmals der Einsatz nuklearer Waffen geregelt. Im Unterschied zu Russland will sich Belarus aber nicht in einem existenziellen Kampf mit dem Westen sehen. Gemäß der neuen Militärdoktrin sei Belarus bereit, auch mit westlichen Staaten und der NATO pragmatisch zusammenzuarbeiten, vorausgesetzt diese würden ihre aggressive Rhetorik gegenüber Minsk einstellen.

EU-Osterweiterung: Ein großer Sprung vorwärts

Am 14. Dezember 2023 verkündete der Europäische Rat seine Entscheidung, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau beginnen sollen. Georgien erhielt den Kandidatenstatus. Ungarn, das dem Beitritt der Ukraine zur EU nicht zustimmt, blockierte den Prozess nicht. Premier Viktor Orbán verließ den Abstimmungssaal. Damit zeigten die europäischen Staats- und Regierungschefs, dass die EU nicht nur als normativer, sondern auch als geopolitischer Akteur agiert. Ein Beitritt der Ukraine und der Moldau hängt jedoch nun von der Erfüllung einzelner Kriterien ab. Dieser Prozess kann jedenfalls Jahre dauern. Der erfolgreiche Abschluss einzelner Kapitel bzw. Cluster mehrerer Verhandlungskapitel müssen jeweils wieder von den Staats- und Regierungschefs einstimmig angenommen werden.

Insbesondere die Entscheidung, Tiflis trotz der schwachen Fortschritte den Kandidatenstatus zu verleihen, war geopolitisch motiviert, so viele Experten. Ein Kalkül dürfte dabei die implizite Unterstützung der pro-europäischen Opposition in Georgien sein, welche sich im Herbst 2024 in Wahlen gegen die eher pragmatisch bzw. pro-russische Regierung des „Georgischen Traums“ unter Premier Irakli Gharibaschwili und dem Oligarchen Bidzina Ivanishvili durchsetzen will. Ob diese Strategie funktioniert, wird sich jedoch erst zeigen, denn die gegenwärtige Regierung weiß

den Erfolg für sich zu verkaufen, auch wenn man davor eigentlich den Kandidatenstatus verhindern wollte, um nicht den Zorn Russlands auf sich zu ziehen.



Hunderte Menschen gingen am 15. Dezember 2023, einen Tag nach der Zuerkennung des Kandidatenstatus, mit georgischen und EU-Flaggen auf die Straßen und feierten die Entscheidung des Europäischen Rates. Das Weihnachtsmotto der Stadt Tiflis war 2023 „Tiflis – Eine europäische Stadt“.

Georgien: Tödliche „Borderization“ und russische Basen in Abchasien

Wie sehr Georgien zu einem geopolitischen Faktor wird, zeigte sich durch die russische Entscheidung, in der abtrünnigen georgischen Region Abchasien einen neuen Marinestützpunkt zu errichten. In Otschamtschire soll gemäß dem Abkommen zwischen Kreml und der de-facto „Republik Abchasien“ ein neuer Hafen entstehen. Über die genauen Schiffstypen, welche dort stationiert werden sollen, ist noch wenig bekannt. Experten vermuten, dass es sich um kleinere Schiffseinheiten der Schwarzmeerflotte handeln soll. Moskau hofft, dass der neue Stützpunkt einen gewissen Schutz vor Angriffen durch ukrainische Raketen bietet. Zum einen ist er weiter entfernt, als die aktuellen ukrainischen Waffensysteme wirken können und zum anderen befindet er sich ja nicht auf russischem Territorium. Zwar haben Georgien und die Ukraine gute diplomatische Beziehungen, aber die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Georgien sind Tiflis ebenso wichtig. Folglich wird Tiflis wohl keine Angriffe dulden.

Die aktuelle georgische Regierung profitiert derzeit auch vom gestiegenen Transport-

aufkommen aus Russland Richtung Süden. Über georgische Firmen können auch sanktionierte Güter importiert und exportiert werden. So wird die sogenannte „Georgische Heerstraße“ zwischen Tiflis und dem nordossetischen Wladikawkas aktuell von zwei auf mehrere Spuren ausgebaut, um das erhöhte Verkehrsaufkommen zu bewältigen. Bautätigkeiten an einem Übergangspunkt zwischen Abchasien und Georgien entlang der administrativen Grenzlinie könnten außerdem darauf hinweisen, dass möglicherweise eine zweite Straßenverbindung Richtung Sotschi für den Transit geplant sein könnte.

Dennoch sind die zwei verschleppten Konflikte zwischen Abchasien bzw. Südossetien und Georgien nach wie vor ungelöst. Die administrativen Grenzlinien zu Abchasien und Südossetien verschieben sich täglich um teils mehrere Meter Richtung Georgien. Diese „borderization“ sorgt für Zwischenfälle. Zwar ist die Lage entlang der „Grenze“ mit Abchasien scheinbar stabiler, aber an der Grenzlinie mit Südossetien kommt es jedoch regelmäßig zu Verhaftungen und Toten. Erst am 6. November 2023 wurde ein georgischer Zivilist von russischen Grenzschützern dort erschossen. Am 16. Jänner wurde ein Georgier an der administrativen Grenzlinie verhaftet. Somit sind aktuell acht Menschen wegen „illegaler Grenzübertritte“ in Haft.

Paukenschlag im Südkaukasus: Das Ende von Berg-Karabach

In der letzten Ausgabe wurde an dieser Stelle von einer positiven Tendenz im armenisch-aserbaidshanischen Friedensprozess ausgegangen. Im Spätsommer 2023 sollte Aserbaidshan jedoch wiederum die militärische Karte ziehen. Am 19. September marschierten die aserbaidshanischen Streitkräfte unter dem Vorwand einer Anti-Terror-Operation in das noch verbleibende Territorium der „Republik Berg-Karabach“ ein. Als Auslöser wurde die Tötung von zwei aserbaidshanischen Zivilisten und vier Polizisten durch von Berg-Karabach „illegal“ verlegten Minen genannt.

Abermals keine Überraschung

Die Militäraktion zeichnete sich jedoch bereits ab. Schon am 28. Mai erklärte Präsident Alijew in einer Rede in Lachin, dass die aserbaidshanischen Streitkräfte für eine „Spezialoperation“ zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung im Gebiet von Berg-Karabach bereit wären. Im Sommer nahmen die Spannungen entlang der

armenisch-aserbaidshanischen Grenze zu. Baku erhöhte auch den Druck auf Berg-Karabach, das seit Dezember 2022 de-facto von der Außenwelt durch eine aserbaidshanische Blockade abgeschnitten war. Im Juli wurde ein Einwohner Berg-Karabachs am Weg zu einer medizinischen Behandlung in Armenien aus dem Transporter des Roten Kreuzes von aserbaidshanischen Sicherheitskräften am Checkpoint entlang des Lachin-Korridors wegen angeblicher Kriegsverbrechen während des Krieges in den 1990ern verhaftet. Immer wieder kam es zu Zusammenstößen an der Kontaktlinie. Auf der Plattform X (ehemals Twitter) war in den Tagen vor dem Angriff eine Zunahme an Aufrufen (pro)aserbaidshanischer Accounts für einen „Stopp des Minen-Terrors“ zu beobachten.

Anfang September warnten sowohl Vertreter der Republik Armenien wie auch die EU-Beobachtermission, dass die Spannungen entlang der Grenze zu Armenien zunehmen. Baku versicherte jedoch gegenüber EU- und US-Diplomaten, dass es keinen Angriff auf Berg-Karabach beabsichtige. Die Vorwürfe, dass Aserbaidshan eine „ethnische Säuberung“ oder gar einen „Genozid“ in Berg-Karabach plane bzw. durch die Blockade bereits verwirkliche, wurden häufiger. So stellte der ehemalige Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, Luis Moreno Ocampo, in einem Gutachten für die amerikanisch-armenische advocacy-NGO *Center for Truth & Justice* am 7. August 2023 fest: *„There is a reasonable basis to believe that a Genocide is being committed against Armenians living in Nagorno-Karabakh in 2023.“* Mitte August fand eine Dringlichkeitssitzung des VN-Sicherheitsrates zur Lage in Berg-Karabach statt.

Eine erfolgreiche „Spezialoperation“

Am 19. September, während in New York gerade die Generalversammlung der Vereinten Nationen stattfand, begannen aserbaidshanische Truppen mit ihrem Vormarsch. In den kurzen Kämpfen starben aufseiten Berg-Karabachs 223 Soldaten und 25 Zivilisten. Aserbaidshan meldete 192 getötete Soldaten und einen toten aserbaidshanischen Zivilisten. Über 1.000 Menschen wurden verletzt. Das russische „Friedenskontingent“ stellte sich dem Einmarsch nicht entgegen, obwohl es eigentlich den Waffenstillstand sichern sollte. Russland erklärte nur, dass sie selbst erst wenige Minuten vor Beginn der Operation von Baku über deren Absichten informiert worden wären. Die russischen „Peacekeeper“ hatten auch Verluste zu beklagen. Am 20. September wurde ein Geländewagen mit vier Insassen von aserbaidshanischen Truppen

beschossen. Unter den Toten war auch der stellvertretende Kommandeur des russischen Kontingents. Die genauen Umstände dieses Zwischenfalls sind nicht klar. Aserbaidshan beteuerte, dass das Fahrzeug, fälschlicherweise als den bergkarabachischen Selbstverteidigungskräften zugehörig identifiziert worden war.

Am 20. September wurde ein Waffenstillstand verkündet und die bewaffneten Kräfte Berg-Karabachs legten ihre Waffen nieder und wurden aufgelöst. Die Führung Berg-Karabachs verhandelte mit Aserbaidshan in den kommenden Tagen über die Bedingungen ihrer Kapitulation und am 28. September erklärte der „Präsident“ von Berg-Karabach Samvel Schachramanyan per Dekret die Auflösung der „Republik Berg-Karabach“ mit 31. Dezember 2023.

Vertreibung aus Berg-Karabach

Die Karabach-Armenier fürchteten in den ersten Tagen der Kämpfe einen Genozid, denn Aserbaidshan blockierte den Lachin-Korridor weiterhin. Erst am 24. September erlaubte Baku die Ausreise und über 100.000 Karabach-Armenier flohen Richtung Armenien. Nur wenige hundert – vorrangig alte und nicht mehr reisefähige – Menschen verblieben in Berg-Karabach. Einige Karabach-Armenier brannten ihre Häuser nieder.

Die meisten haben aktuell nicht die Absicht, wieder nach Karabach zurückzukehren, wie ein bergkarabachischer Journalist berichtete. Während Aserbaidshan zwar scheinbar derzeit noch die Häuser der geflüchteten Karabach-Armenier vor Plünderungen schützt, werden öffentliche Gebäude und armenische Kulturgüter weniger sorgsam behandelt. Die Straßennamen in Khankendi wurden – zumindest auf aserbaidshanischem Kartenmaterial – bereits umbenannt, beispielsweise nach Enver Pascha, einem türkischen Offizier und einem Hauptverantwortlichen für den Genozid an den Armeniern im Jahr 1915. Im Oktober präsentiert Baku auch den Reintegrationsplan für Karabach, der keine besonderen Rechte für die armenische Minderheit vorsieht.

Mitte Jänner 2024 hatten erst 753 Karabach-Armenier die Staatsbürgerschaft der Republik Armenien angenommen. Ein erleichtertes Verfahren für alle Geflüchteten tritt mit Ende Jänner in Kraft. 53.000 Karabach-Armenier erhielten bisher einen „temporären Schutzstatus“. Dieser ermöglicht ihnen international unter dem Schutz Armeniens zu reisen. Grundsätzlich haben zwar alle Karabach-Armenier einen offiziellen

Reisepass der Republik Armenien, doch erst der temporäre Schutzstatus verhindert, dass sie gegebenenfalls auf Reisen verhaftet und an Aserbaidshan ausgeliefert werden.

Für die Karabach-Armenier stellt sich das Leben in Armenien trotz aller Ähnlichkeiten zur Republik Armenien schwierig dar. Viele sind nur mit dem nötigsten geflüchtet. Sie müssen sich erst in den Arbeitsmarkt integrieren. Viele waren davor aber für die „Selbstverteidigungskräfte“, die Polizei oder andere „Behörden“ der „Republik Bergkarabach“ tätig und müssen sich nun neu orientieren. Armenien unterstützt die Menschen zwar mit Hilfszahlungen, die aber nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Karabach-Armenier sind daher auf die Unterstützung durch Verwandte, besonders aus der Diaspora, angewiesen.

Aserbaidshan selbst, nahm im September und Oktober einige (ehemalige) Vertreter der „Republik Bergkarabach“ fest. Darunter befinden sich der ehemalige „Staatsminister“ Ruben Vardanyan wegen „Terrorismusfinanzierung“, sowie der ehemalige „Präsident“ Arayik Harutyunyan und der ehemalige „Verteidigungsminister“ Jalal Harutyunyan wegen des Raketenangriffs auf die aserbaidshanische Stadt Ganja im 44-Tage-Krieg 2020. In Summe wurden acht Vertreter Bergkarabachs verhaftet.

Die russischen „Friedenstruppen“ passten ihre Aktivitäten in der „Wirtschaftsregion Karabach“ (russ. Karabachski ekonomitscheski rajon) – so die Bezeichnung in offiziellen Aussendungen und Karten des Kontingents ab Ende Oktober – an die geänderte Lage an. Sie leisten humanitäre Hilfe und stellen die Sicherheit für die verbleibende Bevölkerung und unterstützen die aserbaidshanischen Behörden beim Einsammeln von Waffen und militärischer Ausrüstung. Alle Aktivitäten werden nun mit Baku abgestimmt. Einige Beobachtungsposten wurden abgebaut. Berichten zufolge dürfte die Masse des russischen Kontingents sich bereits auf armenischem Territorium befinden. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, verteidigte Mitte Jänner 2024 jedenfalls das russische Vorgehen gegen die massive Kritik der letzten Wochen: *„Niemand hat das Recht, die Friedenstruppen zu beleidigen und wir werden gegen jene vorgehen, die sie bereits beleidigten“*.

Internationale Reaktionen

Die Türkei gratulierte Aserbaidshan unmittelbar nach der Kapitulation Berg-Karabachs zur Wiederherstellung der vollen territorialen Integrität. Die USA reagierten in einem Statement

von Außenminister Blinken vom 20. September „*zutiefst besorgt*“ und erklärten, dass „*die Anwendung von Gewalt zur Konfliktlösung nicht akzeptabel sei*“. Als Reaktion stellte der US-Kongress im Oktober auch die millionenschweren US-Militärhilfen für Aserbaidschan ein, indem die Ausnahme-genehmigung zum „Freedom Support Act“ nicht mehr verlängert wurde.

Das Europäische Parlament wies in seiner Entschließung vom 5. Oktober 2023 „*Aserbaidschan darauf hin, dass die Anwendung von Zwangsmaßnahmen zur Entfernung der Zivilbevölkerung aus einem Gebiet möglicherweise ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt und unter das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes fallen könnte*“. Österreichs Nationalrat verurteilte „*militärischen Handlungen von Aserbaidschan, die eine Massenflucht von über 100.000 ethnischen Armenierinnen und Armeniern aus Bergkarabach verursacht haben*“.

Ein Friedensvertrag in Sicht?

Mitte Oktober 2023 besuchte der aserbaidische Präsident Alijew die eroberten Gebiete und hisste selbst die Nationalflagge Aserbaidschans in mehreren Städten, darunter der ehemaligen Hauptstadt Berg-Karabachs Stepanakert (aserbaidschanisch: Khankendi). In einer Rede vor Ort betonte er, dass er alle seine Versprechen erfüllt und alle erklärten Ziele der vergangenen 20 Jahre erreicht habe.

Somit stellt sich jedoch die Frage, was Alijews nächste Ziele sind. US-Außenminister Blinken warnte kurz darauf vor einem möglichen Angriff auf die Republik Armenien selbst. Baku zog sich außerdem aus den multilateralen Friedensverhandlungen zurück. Präsident Alijew erklärte einen Tag vor dem nächsten geplanten Treffen mit Premier Paschinjan im EU-Format, dass er nicht am 5. Oktober in Granada sein werde. Als Grund gab er die vorgesehene Teilnahme des französischen Präsidenten Macron an und beklagte, dass die europäischen Partner einer Teilnahme der Türkei in den Gesprächen nicht zustimmten.

In den letzten Wochen nahmen in Aserbaidschan die Wortmeldungen zum sogenannten „Zangezur-Korridor“ im Vergleich zum ersten Halbjahr 2023 wieder zu. Diese geplante Verbindung zwischen dem aserbaidischen Mutterland und der Exklave Nachitschewan verläuft durch die südarmenische Provinz Sjunik, welche von aserbaidischer Seite oftmals auch als West-Aserbaidschan bezeichnet wird. Am 13. Jänner erklärte Präsident Alijew abermals in einem

Interview, dass Jerewan historisch eine aserbaidische Stadt wäre und erst 1918 an Armenien übergeben worden wäre. Auch Sjunik sei bis ins frühe 20. Jahrhundert aserbaidisch gewesen. Ebenso fordern aserbaidische Vertreter, dass eine Rückkehr aller vertriebenen Karabach-Armenier voraussetze, dass auch alle aus Südarmenien vertriebenen Aseris in ihre Dörfer zurückkehren können. Armenien fasst diese neuen Forderungen und auch Drohungen Alijews, den „Zangezur-Korridor“ notfalls zu erzwingen, als Invasionspläne auf. Ein Korridor außerhalb der Kontrolle Armeniens, so die Befürchtungen in Jerewan, könnten die wichtige Verbindung zum Iran blockieren.



Präsident Ilham Alijew hisst die Flagge Aserbaidschans in der Stadt Chodschali, wo im ersten Karabachkrieg 1992 ein Massaker an über 100 Aserbaidschanern verübt wurde.

Dennoch betonte der armenische Premier Paschinjan mehrmals, dass er zur Unterzeichnung eines Friedensvertrags in den kommenden Monaten bis Ende 2023 bereit wäre, wenn Baku auch den drei am 15. Juli 2023 in Brüssel erklärten Prinzipien zustimme:

- 1) gegenseitige Anerkennung der territorialen Integrität,
- 2) Demarkierung der Grenze gemäß dem 1991 gültigen Verlauf,
- 3) Öffnung aller regionalen Verbindungen.

Dazu präsentierte er am 26. Oktober 2023 bei einem Internationalen Forum zum Thema „Seidenstraße“ in Tiflis seinen Vorschlag für die Öffnung und den Ausbau der Verkehrswege im Südkaukasus sowohl von Nord nach Süd (Russland-Iran) wie West nach Ost (Türkei-Aserbaidschan als Teil des „Mittelkorridors“ nach China) unter dem Titel „Crossroads for Peace“.

Aserbaidschan sieht jedoch weitere Probleme im Friedensprozess. Zum einen lehnt Baku seit Oktober die Teilnahme an multilateralen Formaten ab und will bevorzugt mit Jerewan

direkt verhandeln, wobei die georgische Hauptstadt Tiflis als Treffpunkt dienen soll. Hinsichtlich der Öffnung der Verbindungswege pocht Baku weiterhin auf die Einhaltung des trilateralen Abkommens vom 9. November 2020, welches den 44-Tage-Krieg beendete. Armenien sieht sich jedoch nach der eklatanten Verletzung durch Bakus „Anti-Terroroperation“ im September und auch Russlands fehlenden Schutz durch die Friedenstruppen nicht mehr wirklich daran gebunden. Eine Öffnung könne aber jederzeit erfolgen, so Paschinjan, aber unter der Kontrolle Armeniens. Präsident Alijew will in diesem Punkt jedoch nicht nachgeben. Ohne den „Zangezur-Korridor“ werde die Grenze zu Armenien auch an keinem anderen Punkt geöffnet, machte er in einer Rede am 10. Jänner deutlich. Damit bleibt auch eine Rückkehr der geflüchteten Karabach-Armenier, wenn auch nur kurzfristig (bspw. um Eigentum zu retten), vorerst ausgeschlossen.

Aserbaidschan kritisiert auch die jüngsten Waffenkäufe Armeniens in Indien und Frankreich. So vereinbarten Jerewan und Neu-Delhi die Lieferung von Panzerartillerie, mobilen Radar-Einheiten, Raketenwerfern, Panzerabwehr- lenkwaffen und Munition. Frankreich lieferte bereits im November 20 Stück gepanzerte Fahrzeuge vom Typ „Bastion“; 24 weitere sollen 2024 geliefert werden. Armenien sieht in der Kritik aus Baku einen weiteren Beweis, dass Aserbaidschan gezielt die armenische Souveränität weiter untergraben und die Existenz des Landes infrage stellen wolle.

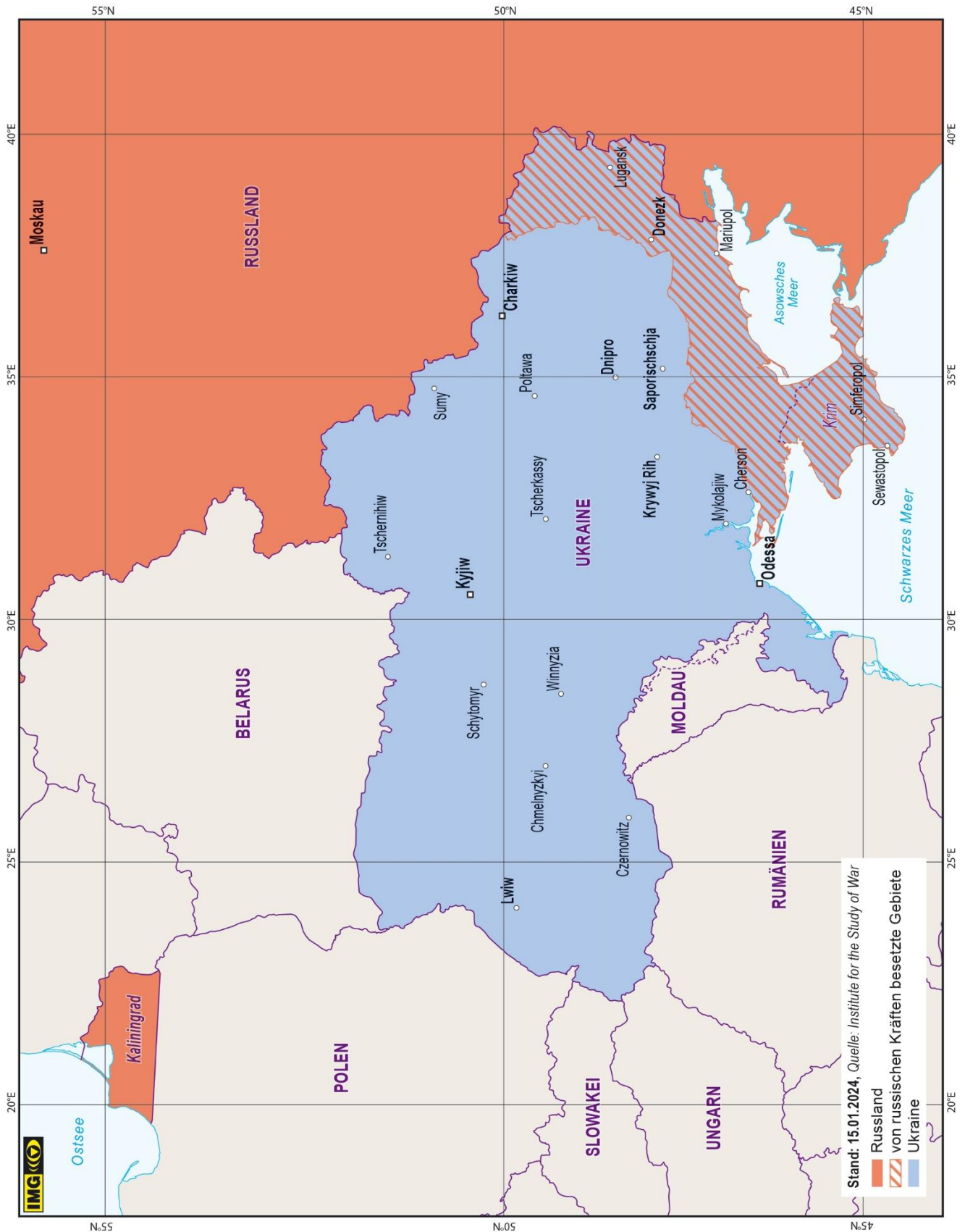
Als drittes wesentliches Hindernis am Weg zu einem Friedensvertrag zeichnete sich in den Wochen seit Oktober 2023 immer deutlich die Zukunft der armenischen und aserbaidchanischen Enklaven ab. Dabei handelt es sich um ein armenisches Dorf und drei aserbaidchanische Dörfer, die seit dem Krieg 1992 nicht mehr bewohnt sind und flächenmäßig in etwa dieselbe Größe besitzen. Ein Gebietstausch wäre daher eine einfache Lösung, jedoch sind die aserbaidchanischen Exklaven von strategischer Bedeutung, da durch sie jeweils armenische Hauptverkehrsstraßen verlaufen. Darüber hinaus hält Aserbaidschan seit 2022 rund 215 km² armenischen Territoriums besetzt. Dabei handelt es sich um mehrere Gebiete entlang der gesamten Grenze.

Der Abschluss eines Friedensvertrags ist daher aktuell nicht absehbar. Zwar zeigten beide Seiten guten Willen, als am 8. Dezember 2023 eine gemeinsame Erklärung der Büros von Premier

Paschinjan und Präsident Alijew abgegeben wurde und darin ein Gefangenenaustausch für 13. Dezember angekündigt wurde. Jedoch dürfte der Grund für die Einigung hier pragmatischer Natur sein, denn für diese Einigung gab Armenien seine Kandidatur als Austragungsort der nächsten Weltklimakonferenz COP-29 im Herbst 2024 auf und machte damit den Weg für Bakus Bewerbung frei. Positiv bemerkt werden sollte jedoch, dass diese Einigung ohne Vermittlung durch Dritte zustande kam.

Dennoch sucht Armenien gegenwärtig jede Art von Schutz, die sich bietet, denn in Jerewan fürchtet man einen weiteren Angriff Aserbaidschans. Daher wurde auch die Entscheidung der EU vom Dezember 2023, die EU-Beobachtermission personell zu verstärken, durch Jerewan begrüßt. Im selben Licht ist die Entscheidung Armeniens vom Oktober zu sehen, das Römer Statut zu ratifizieren. Mit 1. Feber 2024 unterliegt damit Armenien rückwirkend seit 10. Mai 2021 der Jurisdiktion des Internationalen Strafgerichtshofs. Russland warnte Armenien zwar schärfstens vor diesem Schritt, zeigte sich jedoch nach der Entscheidung lediglich „enttäuscht“. Jerewan versicherte Moskau aber im Vorfeld bereits, dass es – gemäß Statut – möglich sei, bilaterale Vorkehrungen zu treffen, dass Armenien den russischen Präsidenten Putin im Falle eines Besuchs in der Südkaukasus-Republik nicht verhaften müsse. Gegen Putin liegt seit 17. März 2023 ein Haftbefehl des IstGH vor.

Ein Friedensvertrag und weitere Militäraktionen gegen Armenien sind wohl derzeit beide ähnlich wahrscheinlich oder unwahrscheinlich. Ein mögliches Fenster für neue Entwicklungen bietet die Zeit zwischen den aserbaidchanischen Präsidentschaftswahlen am 7. Feber und der russischen Präsidentschaftswahlen von 15. bis 17. März 2024. Laut Experten aus Baku könnte in dieser Zeit ein Friedensvertrag erreicht werden. Armenische Beobachter sind hier vorsichtiger in ihren Erwartungen.



Der Ukrainekrieg

Militärstrategische Analyse des russisch-ukrainischen Krieges

Albin Rentenberger

2023 – intensive Kämpfe mit marginalen territorialen Auswirkungen

Die russische Invasion jährt sich in Bälde zum zweiten Mal, wobei keine Seite ihre strategischen Ziele bisher erreichen konnte. Die Ukraine ist nach der gescheiterten Gegenoffensive des zweiten Halbjahres weit davon entfernt, ihre Grenzen von 1991 wiederhergestellt zu haben. Auf der anderen Seite ist es auch den russischen Streitkräften nicht gelungen, selbst das Minimalziel, der sogenannten „Befreiung“ des Donbass, zu erreichen. Insgesamt ist das Jahr 2023 daher trotz intensiver Kämpfe und hoher Verluste auf beiden Seiten ohne große Verschiebungen des Frontverlaufs vonstattengegangen. Russland konnte zwar etwas mehr Gebietsgewinne verzeichnen als die Ukraine, im Großen und Ganzen sind diese wenigen Quadratkilometer allerdings ohne strategische Auswirkung geblieben. Abgesehen von den Städten Bachmut und Marjinka konnte Russland keine bedeutenden Ortschaften erobern. Neben den Kämpfen an der Front wird der Krieg auch in der Tiefe des Raums fortgeführt. Auf der einen Seite haben die ukrainischen Streitkräfte immer wieder erfolgreiche Schläge gegen die Krim und die dort stationierte russische Schwarzmeerflotte vollführt. Auf der Gegenseite konnten russische Drohnen- und Luftangriffe den Abwehrschirm durchdringen, Ziele im ukrainischen Hinterland bekämpfen und die dortige Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen lassen.

Im globalen Kontext haben sich die fehlenden Erfolge auf Seiten der Ukraine negativ auf den Unterstützungswillen seitens des Westens ausgewirkt. Gerade gegen Jahresende war hier eine gewisse Kriegsmüdigkeit zu erkennen, die durch die Entwicklungen im Nahen Osten zusätzlich befeuert wurde. Auch im Hinblick auf die innenpolitische Situation in der Ukraine sind erste Anzeichen eines Wankens der bedingungslosen Unterstützung für die ukrainische Regierung erkennbar. Aufgrund dieser Entwicklungen zeigen sich vor allem russische Militärblogger optimistisch hinsichtlich des Kriegsjahres 2024, zumal mit den US-Wahlen im November ein möglicher Game-Changer am Horizont

hinsichtlich der Unterstützung des Westens für die Ukraine droht.

Das Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive

Viel Hoffnung wurde vonseiten des Westens in die ukrainische Gegenoffensive gesetzt – groß war die Enttäuschung im Dezember, als schließlich auch die ukrainische Führung ein Scheitern der Rückeroberung ihres Territoriums eingestehen musste. Ziel der ukrainischen Streitkräfte war es, südlich von Saporischschja Richtung Melitopol bis zum Asowschen Meer vorzustoßen, um die logistischen Verbindungen von Russland zur Krim zu unterbrechen. Gleichzeitig wurde weiter östlich zwischen den Oblasten Saporischschja und Donezk vorgestoßen und nördlich und südlich von Bachmut angegriffen. Damit setzte die Ukraine auf einen breiter gefächerten Angriff, als von ihren amerikanischen Verbündeten gewünscht worden wäre, die ein klares Schwergewicht im Raum Saporischschja bevorzugt hätten. Dieser zu Beginn vorgesehene massierte Angriff scheiterte allerdings bereits in den ersten Tagen der Offensive an den russischen Minenfeldern und Verteidigungsanlagen, die über sechs Monate hinweg ausgebaut werden konnten, sowie den russischen Panzerabwehrfähigkeiten vor allem aus der Luft.



Die ukrainische Gegenoffensive ist gescheitert.

Die für den Ausbau der Verteidigungsanlagen notwendige Zeit konnten die russischen Streitkräfte aufgrund von zwei Faktoren generieren. Einerseits konnten durch den stetigen Druck auf die Stadt Bachmut ukrainische Reserven in den Kampf gezwungen werden, die für diese Offensive bereitstehen hätten müssen. Auf der anderen Seite erfolgten die westlichen Waffenlieferungen nicht in dem Tempo, die einen frühzeitigen Beginn eines Angriffs erlaubt hätten. Diese Verzögerung verschaffte den russischen Streitkräften die notwendige Zeit, um sich entsprechend auf die ukrainische Offensive vorzubereiten und sie erfolgreich abzuwehren.

Der ukrainische Einbruch im Raum Robotyne und Verbove auf der Hauptangriffsachse konnte nie ausgenutzt werden, da die folgenden Höhenrücken nicht genommen werden konnten. Drohnenaufklärung, Minenfelder, elektronische Kampfführung und Schläge aus der Luft sorgten für hohe Verluste bei den Angreifern – ein infanteristischer, blutiger Kampf um jeden Windschutzgürtel war die Folge, der aber keinen raschen Durchbruch der Front erlaubte.

Initiativewechsel an der Front

Mit Anfang Dezember gelang es den russischen Streitkräften die Initiative wiederzuerlangen, nachdem die ukrainische Gegenoffensive de facto zum Erliegen gekommen war. Entlang der östlichen Front konnte das russische Militär den Druck erneut erhöhen und die ukrainischen Streitkräfte Schritt für Schritt zurückdrängen. Besonders heiß umkämpft waren die Städte Marjinka und Awdijiwka, wobei erstere auch erobert werden konnte, während letztere Ende 2023 kurz vor der Einschließung stand. Obwohl Marjinka keine besondere strategische Bedeutung genießt, war es doch eine zur Festung ausgebaute Stadt, die über viele Monate hinweg im Fokus der russischen Angriffsbemühungen gestanden ist. Ihr Verlust ist daher durchaus als schlechtes Omen für den weiteren Kriegsverlauf zu verstehen, insbesondere da der Stadt Awdijiwka in absehbarer Zeit ein ähnliches Schicksal zu drohen scheint. Gerade im Hinblick auf die anstehende Wahl in Russland wäre die Eroberung Awdijiwkas eine für Putin willkommene Erfolgsmeldung, die sich hier propagandistisch gut nutzen ließe. Dementsprechend sind hier auch in den Monaten vor den Wahlen weitere Anstrengungen der russischen Streitkräfte unter Inkaufnahme hoher Verluste zu erwarten.

Die ukrainischen Streitkräfte sehen sich an der Front vor allem mit personellen und materiellen Engpässen konfrontiert, welche den russischen Vorteil hier begründen. Insbesondere der Mangel an Artilleriemunition macht sich bei den Kämpfen um den Donbass bemerkbar. Aber auch personell verfügen die russischen Streitkräfte teilweise eine fünffache Übermacht, die sie ohne Rücksicht auf Verluste ins Feld führen. Ende des Jahres mehrten sich die Anzeichen einer neuen Mobilisierungswelle in der Ukraine – ein entsprechender Gesetzesentwurf zur Rekrutierung weiterer 450.000 Soldaten gemäß den Anforderungen des Militärs wurde veranlasst. Auch mit der Herabsetzung der Altersgrenze der Reservisten von 27 auf 25 Jahre soll der Personalnot auf Seiten der Ukraine begegnet werden. Auf russischer Seite

können derzeit die Verluste ausgeglichen werden – vor den Wahlen im März ist auch aufgrund der innenpolitischen medialen Auswirkung nicht mit einer größeren Mobilisierung zu rechnen.

Aufgrund dieses Ungleichgewichts ist mit weiteren kleinen territorialen Verlusten auf Seite der Ukraine zu rechnen, da eventuell auch gewisse Frontbegradigungen in Kauf genommen werden müssen, um an verteidigungsgünstigeren Linien Russland Paroli bieten zu können. Gegen Ende des Jahres war das Errichten einer zweiten ukrainischen Verteidigungslinie in der Tiefe der östlichen Front erkennbar (sogenannte „Saluschnyj-Linie“), was verdeutlicht, dass die ukrainische Militärführung mit einer längeren eher defensiv orientierten Operationsführung rechnet.

Ukrainische Anstrengungen im Raum Cherson entlang des Dnepr

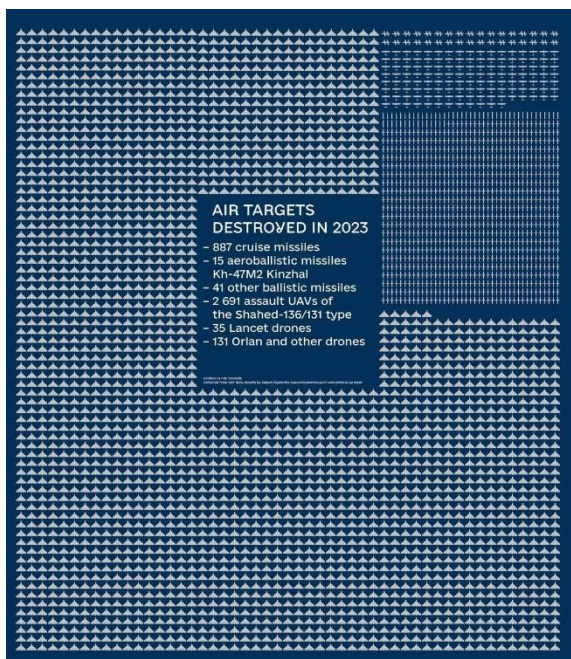
Die letzten Erfolge entlang der Front konnte die Ukraine am Dnepr im Raum Cherson vermelden, wo es immer wieder gelang, mit etwa kompaniestarken Kräften einen Fuß auf dem südöstlichen russisch besetzten Ufer zu setzen. Allerdings sind diese Verstöße aufgrund der Witterung und den russischen Artillerieschlägen sowie Drohnenangriffen mit hohen Verlusten verbunden. Auch dürfen die Auswirkungen dieser Anlandung nicht überbewertet werden, da diese Einheiten keinen Brückenkopf errichten konnten, der es größeren Verbänden ermöglichen würde, den Dnepr zu übersetzen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass diese Nadelstiche eher dazu dienen, auf der politischen Ebene Erfolge vorweisen zu können, um die westliche Unterstützung nicht zum Erliegen kommen zu lassen. Immer wieder tauchen interne kritische Stimmen auf, die diese verlustreichen und gefährlichen Manöver am Dnepr verurteilen, da ihr Nutzen in keinem Verhältnis zum Risiko für die Soldaten stehen.

Die strategische Luftkampagne gegen die ukrainische kritische Infrastruktur

Eine große Herausforderung für die ukrainische bodengebundene Luftabwehr stellen die ständigen Angriffe in die Tiefe des Raums – insbesondere auf Kiew und andere Städte im Westen beziehungsweise im Zentrum der Ukraine – dar. Ein Novum in diesem Halbjahr war die gezielte Bekämpfung der Getreideinfrastruktur (beispielsweise den Donauhäfen sowie Silos und Häfen in Odessa), um die ukrainischen Exporte herabzusetzen und den wirtschaftlichen Druck auf das ökonomisch brachliegende Land zusätzlich zu erhöhen.

Dabei wurden sowohl Bomben, Marschflugkörper als auch Drohnen eingesetzt. Insbesondere der Drohnentyp Shahed 136/131 ist hier zu nennen, von denen allein 2023 an die 2700 Stück über der Ukraine abgewehrt werden konnten.

Diese Drohnen dienen in den meisten Fällen der Sättigung der Luftabwehr, um dann mit ballistischen Raketen und Präzisionsbomben die Bekämpfung von Hochwertzielen zu ermöglichen. Gerade im Herbst 2023 war erkennbar, dass die russischen Streitkräfte gezielt Angriffe flogen, um das ukrainische Verteidigungsdispositiv aufzuklären, zu testen und Lücken zu erkennen, während Marschflugkörper wohl bewusst zurückgehalten und „aufgespart“ wurden. Die strategische Bombardierung der kritischen Infrastruktur, wie sie im Winter 2022/23 beobachtet werden konnte, begann dann kurz nach Weihnachten, als am 29. Dezember 2023 der größte Luftangriff des Krieges verzeichnet wurde. Dabei wurden einerseits militärische Produktionsstätten, aber auch die Energieversorgung ins Visier genommen. Mit diesen gezielten Schlägen gelingt es Russland einerseits die Militärlogistik zu lähmen, da der auf Elektrizität angewiesene Schienenverkehr lahmgelegt wird, andererseits wird dadurch auch die ukrainische Zivilbevölkerung zermürbt, zumal viele Angriffe – bewusst oder unbewusst – auch zivile Ziele vernichten. Das Frühjahr 2024 wird zeigen, wie resilient sich die Ukraine hinsichtlich dieser Angriffe erweisen wird.



Graphische Darstellung der durch die Ukraine zerstörten Luftziele 2023

Die große Problematik, mit der sich die ukrainische Luftabwehr konfrontiert sieht, ist die begrenzte Anzahl ihrer Abwehrsysteme beziehungsweise die beschränkte Munitionsmenge. Dadurch ist sie nicht in der Lage, sowohl alle Ziele in der Tiefe als auch eigene Hochwertziele im Nahbereich der Front zu sichern. Diese Systeme und die dazugehörige Munition stellen, gemeinsam mit Artilleriemunition, daher den wohl kritischsten Bedarf für die Ukraine im Hinblick auf westliche Unterstützung dar.

Der Kampf gegen die Schwarzmeerflotte und die Krim

Auch die Ukraine versucht mit der Bekämpfung von Zielen weitab der Front, die russischen Streitkräfte unter Druck zu setzen. Dabei kommen insbesondere Marschflugkörper des Typs SCALP oder Storm Shadow aus französischen beziehungsweise britischen Lieferungen zum Einsatz. Besonders die Krim sah sich immer wieder mit Angriffen konfrontiert, wobei vor allem die Schwarzmeerflotte im Fokus der Luftschläge stand. Durch diese Angriffe gelang es der Ukraine immer wieder Schiffe nachhaltig zu zerstören – zuletzt das Landungsschiff „Novocherkassk“ im Hafen von Feodosija. Aber auch erfolgreiche Schläge auf Kommandostrukturen, wie auf das Hauptquartier der Schwarzmeerflotte in Sewastopol, wo mehrere hochrangige russische Offiziere ums Leben kamen, gelangen den ukrainischen Streitkräften. Nicht nur aus der Luft – auch durch Seedrohnen – wurden die russischen Schiffe immer wieder angegriffen. Zum einen ist die Zielsetzung dieser Angriffe weitreichende Waffensysteme Russlands zu zerstören, die Luftschläge in die Tiefe der Ukraine vollführen können. Zum anderen war es für die Ukraine essenziell, einen Korridor für die Getreideexporte wieder zu öffnen, der durch die Schwarzmeerflotte bedroht wurde.

Insgesamt kann diese Kampagne der Ukraine durchaus als erfolgreich bezeichnet werden. Angesichts der begrenzten Anzahl der eingesetzten Mittel, werfen allerdings manche Experten die Frage auf, ob ihr Einsatz an anderen Fronten nicht zielführender gewesen wäre.

Auswirkungen des Konflikts im Nahen Osten

Die Auswirkungen des 7. Oktobers und der darauffolgende Krieg zwischen der Hamas und Israel hatte außerordentlich negative Folgen für die ukrainische Seite. Zum einen lenkte der aufflammende Nahostkonflikt die auf Neuigkeiten fokussierte mediale Aufmerksamkeit vom Osten

Europas auf die Lage im Nahen Osten. Zwar bemühten sich ukrainische Regierungsvertreter – allen voran Präsident Selenskyj – darum, das Bewusstsein für den Unterstützungsbedarf im Krieg gegen Russland im Westen aufrecht zu erhalten. Dennoch dominierte das Thema „Gaza-Konflikt“ ganz klar die Medienberichterstattung in den Monaten Oktober und November 23.

Zum anderen zeigte sich auch, dass der Westen und insbesondere die USA Schwierigkeiten hatten, zwei Konfliktparteien gleichzeitig uneingeschränkt zu unterstützen. So wurde amerikanische Artillerie-munition, welche für die Ukraine vorgesehen war, umgeleitet, um an den Verbündeten Israel geliefert zu werden. Auch innenpolitisch sorgte der Konflikt im Nahen Osten in zahlreichen Ländern für ein Lauterwerden der Stimmen, die eine Begrenzung der Unterstützung für die Ukraine forderten. Für die auf russischen Kanälen immer wieder beschworene „Kriegsmüdigkeit des Westens“ muss der Krieg im Gazastreifen sicherlich als Katalysator bezeichnet werden.

Durch die Angriffe der Huthi-Rebellen aus dem Jemen auf Handelsschiffe im Roten Meer drohen westliche Streitkräfte in einem weiteren Konflikt gebunden zu werden, der zusätzliche Ressourcen benötigen wird. Dadurch könnte die Unterstützungsbereitschaft beziehungsweise irgendwann auch die Unterstützungsfähigkeit im Westen weiter herabgesetzt werden.

Beginnende Kriegsmüdigkeit im Westen

Auch abseits des Konflikts im Nahen Osten sind nach fast zwei Jahren Krieg in vielen westlichen Staaten erste Anzeichen für eine gewisse Kriegsmüdigkeit erkennbar. Die massiven Erfolge mit den überraschenden Offensiven bei Charkiw und Cherson im Herbst 2022 hatten die westliche Unterstützung befeuert – die ausbleibenden Erfolge der ukrainischen Gegenoffensive haben nun den gegenteiligen Effekt.

Mit dem Wahlergebnis in der Slowakei ist neben Ungarn ein weiteres Mitglied der Europäischen Union als zumindest Skeptiker der Ukraineunterstützung zu bezeichnen. Aber selbst bei großen Fürsprechern wie Polen ist die Unterstützung abgeflaut. Besonders wenn eigene wirtschaftliche Interessen bedroht sind, zeigt sich, dass innenpolitischer Druck über außenpolitische Räson gestellt wird. Der Konflikt um ukrainische Getreideexporte verdeutlichte dies im September, da die ukrainischen Produkte den Agrarmarkt mancher osteuropäischer Staaten unter Druck setzten. Diplomatische Spannungen, die aufgrund

der angekündigten Klage der Ukraine gegen Polen vor der WHO entstanden waren, wurden insbesondere im russischen Informationsumfeld sofort aufgegriffen, um Bruchlinien im westlichen Bündnis aufzuzeigen.

Auch in den USA wurde die Unterstützung der Ukraine als Spielball innenpolitischer Machtkämpfe missbraucht. Obwohl es gerade auf republikanischer Seite durchaus Kritiker der uneingeschränkten militärischen Unterstützung für die Ukraine gibt, ist eine Mehrheit für eine solche nach wie vor gegeben. Dennoch knüpften die Republikaner ihre Zustimmung zu Unterstützungspaketen an innenpolitische Forderungen, wie etwa einen verstärkten Grenzschutz zu Mexiko. Trotz diplomatischer Bemühungen seitens der Ukraine und eines Besuchs des ukrainischen Präsidenten konnte dieses Dilemma bis Jahresende nicht aufgelöst werden. Dies ist umso problematischer, da die Vereinigten Staaten nun mehr der einzige westliche Verbündete sind, der über den notwendigen rüstungsindustriellen Komplex und die Reserven verfügt, um die Ukraine nachhaltig (und rechtzeitig) militärisch unterstützen zu können.

Der fehlende europäische rüstungsindustrielle Komplex

Von den seitens der Politik versprochenen Millionen Artilleriegranaten konnten die europäischen Staaten gerade einmal 300.000 Stück an die Ukraine liefern. Dies verdeutlicht das Dilemma, vor dem die europäischen Staaten stehen: Die „Friedensdividende“ und der Fokus auf Stabilisierungsoperationen in den vergangenen Jahrzehnten haben zu einem massiven Rückbau der Rüstungsindustrie in Europa geführt. Darüber hinaus fehlen Reserven an Rüstungsgütern und Munition, die in den Zeiten des Kalten Krieges noch vorhanden waren. Die oft beschworene „Zeitenwende“ hinkt in dieser Hinsicht den Erwartungen eindeutig hinterher. Aufrüstende Staaten wie Polen sind gezwungen, auf den koreanischen Markt auszuweichen, da der europäische Rüstungsmarkt nicht in der Lage ist, die entsprechenden Mengen an Rüstungsgütern zu produzieren. Obwohl die Europäische Union der Ukraine finanziell bedeutende Summen zur Verfügung stellt, fehlt es an substanzieller militärischer Unterstützung, da diese schlicht nicht (mehr) vorhanden ist. Im Gegensatz dazu ist es Russland gelungen, seine Rüstungsproduktion nicht nur entscheidend zu erhöhen, sondern mit dem Iran und Nordkorea auch durchaus potente Lieferanten zu gewinnen. Gerade Nordkorea verfügt nicht nur über die entsprechenden

Reserven, sondern liefert bereitwillig Munition und vermutlich auch ballistische Raketen im Austausch gegen moderne Technologie.

NATO und Ukraine: Aufgabe der türkischen Blockade im Hinblick auf Schweden

Die positive außenpolitische Nachricht für die Ukraine beziehungsweise für die NATO im zweiten Halbjahr war die Aufhebung der türkischen Blockade im Hinblick auf die Aufnahme Schwedens in das Militärbündnis. Nach zähen Verhandlungen und mehreren Aufschüben, die auf bilateralen Spannungen im Hinblick auf die Unterstützung beziehungsweise Nichtauslieferung kurdischer Gegner der Türkei beruhten, beschloss das türkische Parlament Ende des Jahres die Beendigung der Blockadehaltung. Die NATO selbst mit ihrem Generalsekretär Stoltenberg setzt sich nach wie vor vehement für die Ukraine ein und gelobt auch in Zukunft Unterstützung im Rahmen ihrer Möglichkeiten, ohne direkt in den Konflikt eingreifen zu wollen.

Unter diesem Blickwinkel hat der Ukrainekrieg, den der russische Präsident Vladimir Putin selbst nicht als „Territorialkrieg“, sondern als Krieg, zur Neuordnung der Welt bezeichnet, auf geopolitischer Ebene äußerst nachteilige Auswirkungen auf Russland. Zwar kann Putin aufgrund der dargestellten sinkenden Unterstützung des Westens mit etwas Optimismus auf den Krieg in die Ukraine blicken – auf globaler Ebene sieht er sich nun einer gestärkten NATO gegenüber, die – zwar langsamer als viele im Westen gehofft haben – massiv aufrüstet und zwei neue potente Partner in ihrem Bündnis aufnehmen wird. Mit Schweden und Finnland gewinnt die NATO gerade im Norden Europas an Durchschlagskraft, die aus russischer Sicht als potente Bedrohung wahrgenommen werden wird. Nicht umsonst erfolgte eine Neugliederung der Militärbezirke Russland mit der Schaffung eines Bezirks Moskau und St. Petersburg, um diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Innenpolitische Lage in der Ukraine

Nicht nur das westliche Bündnis zeigt erste Ermüdungserscheinungen nach fast zwei Jahren Krieg, auch innenpolitisch wurden erste Spannungen in der Ukraine sichtbar. Die uneingeschränkte Unterstützung für Präsident Selenskyj nimmt ab. Auch seine Popularitätswerte sind im Sinken begriffen, allerdings auf hohem Niveau – das Vertrauen in das Staatsoberhaupt lag Ende des Jahres laut Meinungsumfragen bei über 70 %. Dennoch treten alte innenpolitische Konkurrenzkämpfe, wie beispielsweise mit dem

Bürgermeister Kiews, Vitali Klitschko, deutlicher zutage, als noch zu Beginn des Krieges. Darüber hinaus beschäftigen immer wieder Korruptionsaffären das ukrainische Verteidigungsministerium betreffend die Öffentlichkeit, was zur Ablösung des zuständigen Ministers Oleksij Resnikow im September 2023 führte.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt der ukrainische Oberbefehlshaber General Walerij Saluschnyj, der in einem viel beachteten Interview mit dem Economist von einer Pattsituation an der Front sprach und somit vermeintlich eine Gegenposition zum Präsidenten einnahm. Vor allem im russischen Spektrum des Informationsumfelds war man bemüht, Zerwürfnisse in der obersten Führungsriege heraufzubeschwören. Tatsächlich genießt General Saluschnyj über ein sehr hohes Ansehen in der Bevölkerung, sodass er von manchen als zukünftiger Präsidentschaftskandidat gehandelt wird. Allerdings hat er selbst keinerlei politische Ambition deklariert. Die widersprüchlichen Aussagen zeigen das Dilemma, vor dem die ukrainische Führung steht: Einerseits muss ein optimistisches Bild des Kriegsgeschehens vermittelt werden, um Unterstützer zu werben und die Hoffnung auf einen Sieg aufrechtzuerhalten. Andererseits muss die dargestellte Lage auch realistisch betrachtet und die Bedrohung durch die russischen Streitkräfte nicht heruntergespielt werden. Diesen Spagat zu schaffen, wird sicherlich eine große Herausforderung für die ukrainische Führung 2024.

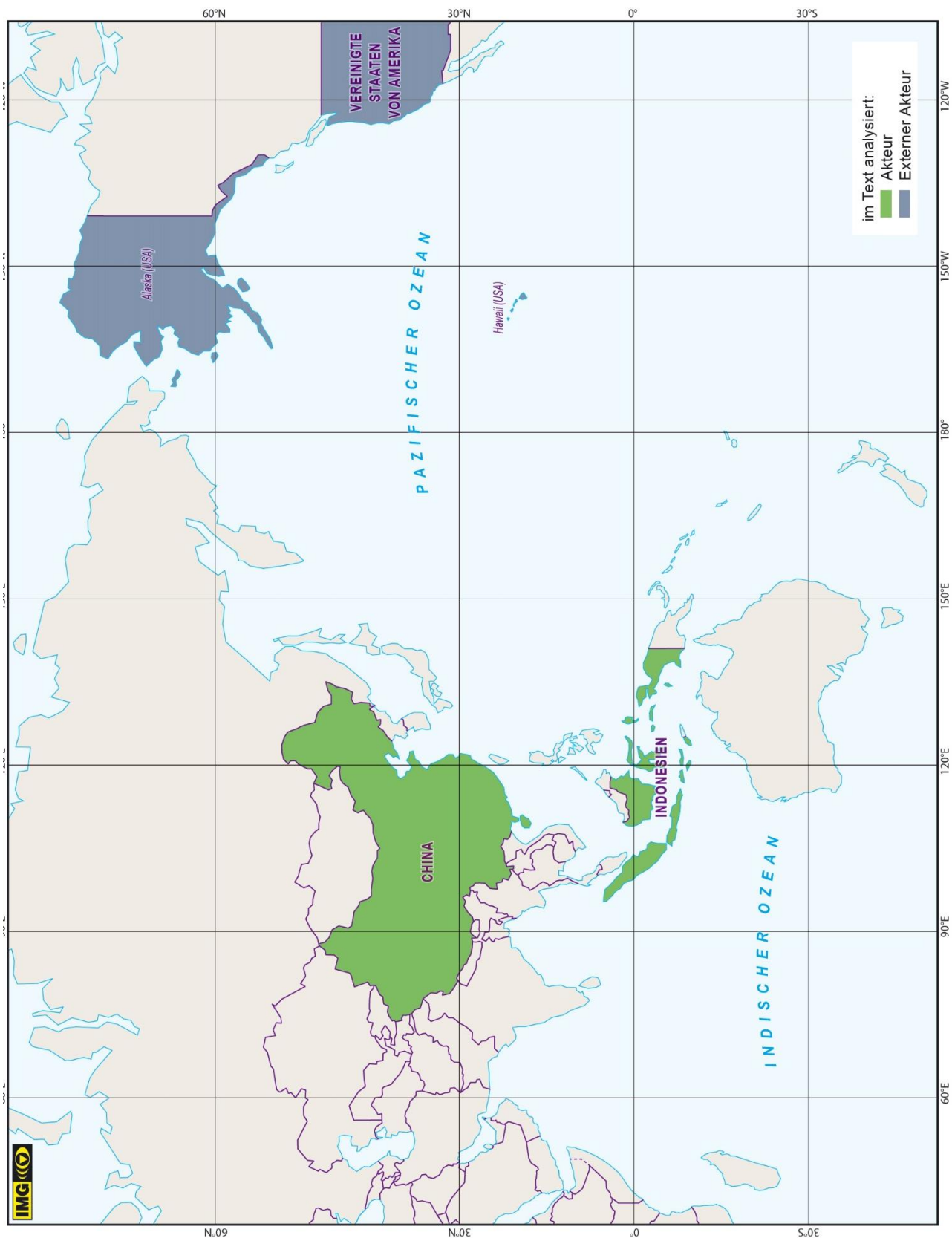


General Saluschnyj – Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte

Ausblick 2024 – Wartet Putin auf Trump?

Der Ausblick auf 2024 ist bei Weitem weniger optimistisch für die Ukraine als noch Ende 2022. Gerade die sinkende westliche Unterstützung stellt eine große Gefährdung für die Zielsetzungen der Ukraine dar. Darüber hinaus finden 2024 zahlreiche Wahlen – darunter EU- und US-Wahlen – statt. Die Gefahr, dass innenpolitische

Querelen und Wahlkämpfe auf Kosten der Unterstützung für die Ukraine gehen werden, ist äußerst wahrscheinlich. Auf der anderen Seite ist zwar auch Präsident Putin im März mit Wahlen konfrontiert, allerdings ist der Ausgang dieser Abstimmung wohl bereits vorbestimmt. Russland kann es sich daher leisten, auf Zeit zu spielen – die Humanressourcen und das Rüstmaterial hierzu stehen zur Verfügung. Mit einer Fortsetzung des Abnutzungskrieges und der einen oder anderen Erfolgsmeldung an der Front könnte es durchaus gelingen, die westliche Unterstützung weiter zu unterminieren. Besondere Bedeutung kommt den Wahlen in den Vereinigten Staaten zu. Hält man die Aussagen des Präsidentschaftskandidaten Trump für bare Münze, so ist mit einer massiven Einschränkung der Unterstützung für die Ukraine im Falle seiner Wiederwahl zu rechnen. Wladimir Putin kann es sich leisten, den blutigen Abnutzungskrieg ohne außerordentliche Anstrengungen in dieser Form fortzuführen und auf den Ausgang dieser Wahlen als möglichen Game-Changer in diesem Krieg zu warten.



Indopazifischer Raum

Der indopazifische Raum...

Auswirkungen des Gaza-Krieges auf den indopazifischen Raum

Barbara Farkas

Die unterschiedlichen Positionierungen der Länder im indopazifischen Raum im Zuge des Gaza-Krieges resultieren aus der spezifischen historischen Entwicklung und der aktuellen geopolitischen Lage. Sowohl Israel als auch Palästina werden von China, Indien, Bhutan, Kambodscha, Laos, Malediven, Nepal, Philippinen, Sri Lanka und Vietnam anerkannt. Australien, Japan, Myanmar, Neuseeland, Singapur und Südkorea unterhalten nur zu Israel diplomatische Beziehungen. Bangladesch, Brunei, Indonesien, Malaysia, Nordkorea und Pakistan unterstützen hingegen Palästina. **China** und **Indien** standen historisch stets Palästina näher, verfolgten jedoch zunehmend Wirtschafts- und Rüstungsinteressen in Israel. Beide treten, wie etwa auch Australien, Indonesien, Japan, Malaysia, Myanmar, Neuseeland, Singapur, Südkorea und Vietnam für eine Zwei-Staaten-Lösung ein und engagieren sich grundsätzlich gegen Terrorismus. Im Gegensatz zu Indien verurteilte China den Terrorangriff der Hamas auf Israel nicht ausdrücklich, sondern kritisierte die langjährige Marginalisierung des grundlegenden bilateralen Konflikts durch Israel sowie die „kollektive Bestrafung“ der Palästinenser im Gazastreifen. China betrachtet die regionalen Spannungen nicht nur im konfessionellen und ethnischen Blickwinkel, sondern vielmehr im Kontext der geopolitischen Rivalitäten und der Innenpolitiken. Es engagiert sich seit langem als Vermittler zwischen Israel und Palästina. Die Beweggründe **Malaysias** für sein deutliches Eintreten für Palästina liegen in der Innenpolitik, der langjährigen, von unterschiedlichen politischen Lagern und der Bevölkerung unterstützten Haltung sowie im zunehmenden religiösen Konservatismus. Auch **Indonesien** unterstützt seit langem Palästina, etwa mittels Infrastrukturfinanzierung und dem Kapazitätenaufbau für einen unabhängigen Staat. Der Gaza-Krieg nimmt auch Einfluss auf die indonesische Präsidentenwahl 2024.

Chinas Neuausrichtung auf den Nahen Osten

Wesentlicher externer Einfluss auf die strategische Lage im Nahen Osten entstammt der

diplomatischen Neuausrichtung Chinas auf die Region, der Restrukturierung der Regionalstrategie der USA und den Konsequenzen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Russland verlagerte seinen Fokus auf den Indopazifik, den Nahen Osten und den internationalen Nord-Süd-Korridor, der Russland über Zentralasien mit dem Indischen Ozean verbindet und nun insbesondere die Auswirkungen der westlichen Sanktionen reduzieren soll. Für China stellt der Nahe Osten seit der Einbindung in die Seidenstraße 2013 einen Schwerpunkt dar, wobei sich der anfänglich wirtschaftliche Fokus ab 2019 laufend auf den (sicherheits-) politischen Bereich erweiterte. China ist der wichtigste Handelspartner Saudi-Arabiens und des Iran, seine Rohölimporte stammen zu 40 % aus dem Nahen Osten. Chinas kumulierte Investitionen in der MENA-Region erreichten bis 2022 rund 270 Mrd. USD. 2021 floss rund ein Drittel der chinesischen Auslandsinvestitionen in den Nahen Osten, das Handelsvolumen mit dem Golf-Kooperationsrat betrug 330 Mrd. USD.

Die von China für den Nahen Osten vorgeschlagene neue Sicherheitsarchitektur ist umfassend, kooperativ und in die 2022 initiierte und im Februar 2023 aktualisierte Globale Sicherheitsinitiative Chinas eingebunden (Details zur Globalen Sicherheitsinitiative Chinas siehe ISS 1/2023 S. 58f). Sie gilt der regionalen Stabilität und insbesondere der Lösung von akuten Konflikten, dem langfristigen Aufbau einer Plattform für den Sicherheitsdialog am Golf und inkludiert, unter Vermeidung einer Parteinahme, alle regionalen Akteure. China unterstreicht die Synergien seiner Globalen Sicherheitsinitiative, der Seidenstraße und seiner Globalen Entwicklungsinitiative für den Entwicklungs-, Modernisierungs- und Sicherheitsbedarf des Nahen Ostens. Um seine Beziehung zur Region zu stärken, setzte China bewusst im Sinne eines „positiven Ausgleichs“ auf eine engere Kooperation mit ausgewählten Akteuren, insbesondere dem Iran. Gleichzeitig zu Chinas Fokusverlagerung auf den Nahen Osten richteten sich die arabischen Länder stärker in den indopazifischen Raum aus. Diese Tendenz erleichterte die diplomatischen Bemühungen Chinas um die Annäherung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran im Frühjahr 2023, die China als ersten bedeutenden Erfolg seiner Globalen Sicherheitsinitiative betrachtet. China profitierte geopolitisch und konnte seinen internationalen Status verbessern. Die mangelnde Wirksamkeit seiner Vermittlungsversuche im Syrienkrieg und im langjährigen Konflikt zwischen Israel und Palästina führt China auf die größere Anzahl an involvierten Parteien zurück, darunter die

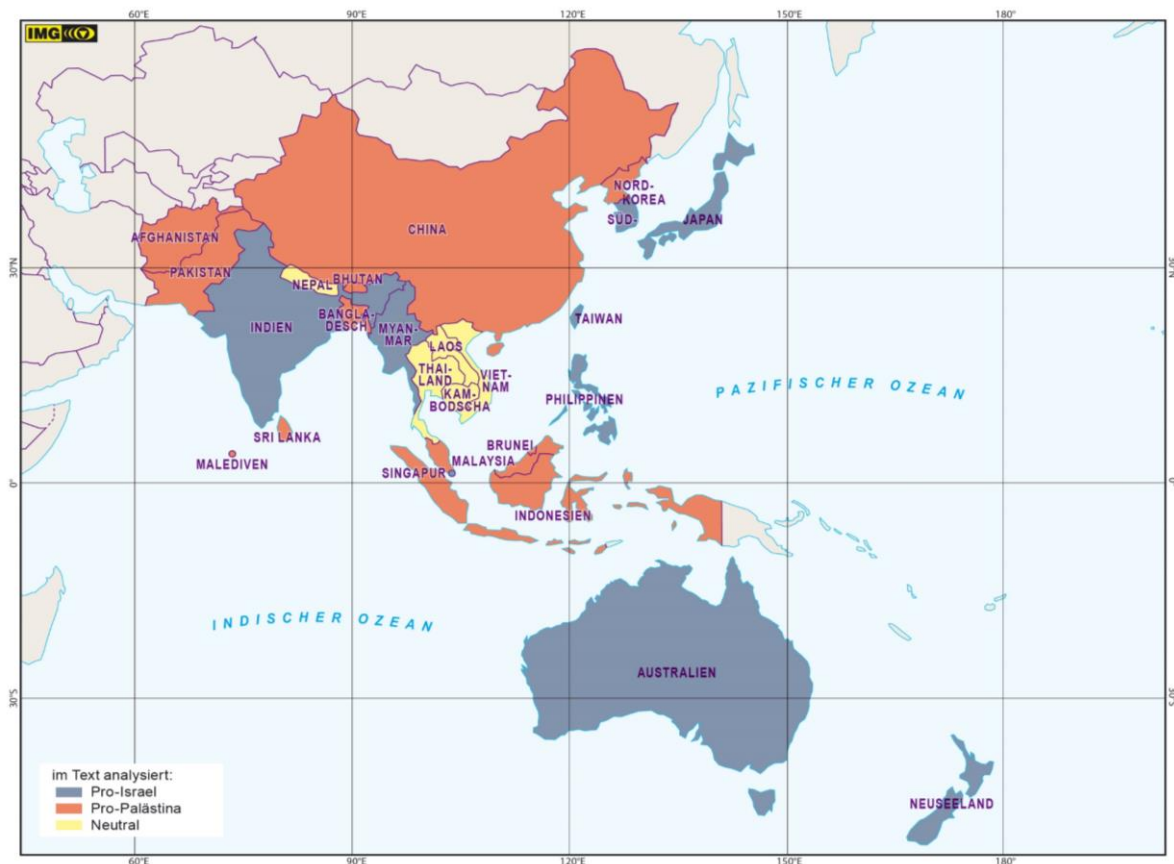
unterschiedlichen innenpolitischen Fraktionen, die Nachbarländer und die Großmächte.

Charakteristiken des globalen Großmachtkonflikts im indopazifischen Raum

Insbesondere China will die globale Dominanz der USA beenden und die traditionelle regionale Vorherrschaft in der eigenen strategischen Umgebung wiederherstellen. Der strategische Wettbewerb ist im indopazifischen Raum am intensivsten. Er resultiert aus systemischen und strukturellen Gründen sowie der Bedrohungswahrnehmung und Vulnerabilität aufgrund der stark interdependenten Beziehung. Die funktionellen Kernbereiche des Großmachtkonflikts stellen die Geopolitik, die Geoökonomie, die Hochtechnologie sowie die Ideologie und Werte dar. China dringt zunehmend in bisher von den USA dominierte Fachbereiche ein und prägt etwa die Entwicklung von neuen Technologien, in globalen Gemeinschaftsräumen und bei der Bereitstellung von Kollektivgütern. Im Zuge des fortschreitenden Reifungsprozesses seiner

Entwicklung, vor allem bei erneuerbaren Energien, der Gesundheitsindustrie und der künstlichen Intelligenz (siehe Sonderbeitrag „Chinas Führungsanspruch im Bereich der künstlichen Intelligenz“).

Den Kontext der internationalen Ordnung bilden die globalen strukturellen Veränderungen, etwa der Globalisierung oder der Wirtschaftsleistung. Das Weltwirtschaftszentrum verschiebt sich nach Asien und erhöht dadurch dessen geopolitische und geoökonomische Bedeutung. Auf der internationalen Ebene definiert die zunehmende (wirtschaftliche) Einbindung der Entwicklungsländer die bisherige Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie neu. Die globalen Visionen Chinas finden vor allem im Globalen Süden Zuspruch. Analog zum generellen Wandel des internationalen Systems verändert sich auch das strategische Machtdreieck zwischen China, den USA und Russland. Dabei verlagert sich die diffundierende globale Macht allmählich nach Asien und in den Globalen Süden.



Bewertung des israelisch-palästinensischen Konfliktes im indopazifischen Raum

Wirtschaft konzentriert sich China auf eine Qualitäts- und Innovationsführungsrolle in künftigen Schlüsselsektoren der globalen

Selektiver Multilateralismus der USA ...

Prägend für die internationale Ordnung ist insbesondere das multilaterale Engagement, insbesondere die Art der Kooperation miteinander und mit Drittstaaten.

Die USA verstärkten im Rahmen eines selektiven Multilateralismus bzw. des Friendshorings ihre Bemühungen zur Mobilisierung von Verbündeten, um mit einer teils offen gegen China gerichteten Haltung ihre geopolitischen, wirtschaftlichen und ideologischen Interessen durchzusetzen. Zu den Zielen der USA zählt die wirtschaftliche Abkoppelung von China und die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Glaubwürdigkeit als globaler und regionaler Sicherheitsgarant. Anfang September 2023 werteten sie beispielsweise ihre Beziehung zu Vietnam zu einer umfassenden strategischen Partnerschaft auf.

Wechselseitige Vernetzung der US-Partner

Beschleunigt durch den Ukrainekrieg vertieften Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea ihre seit Jahren bestehenden Partnerschaften mit der NATO (Individual Partnership and Cooperation Programme, IPCP). Im Juli 2023 schlossen die vier Länder mit der informellen Bezeichnung IP4 (Indo-Pacific Four) während des NATO-Gipfels in Vilnius individuell zugeschnittene NATO-Partnerschaften ab (Individually Tailored Partnership Programme, ITPP). Die Kooperationsbereiche basieren auf den gemeinsamen Interessen und umfassen die neuen Technologien, den Klimawandel sowie die Sicherheit im Meer, im Weltall und im Cyberraum. China kritisierte die Vernetzung der US-Bündnisysteme und der NATO-Partner im indopazifischen Raum. Denn trotz des offiziellen Fokus der ITPPs auf nichtmilitärische Bereiche weisen Kontext und Zeitpunkt auf einen starken Bezug zu geostrategischen Zielen hin.

Der Wandel der regionalen Sicherheitsumgebung und der Bedrohungswahrnehmung sowie die neue Kooperationsbereitschaft führten, trotz der historischen und territorialen Konflikte, zu einer Annäherung zwischen Südkorea und Japan sowie am 18.08.2023 zu einem trilateralen Gipfel mit den USA. In der Folge schlug auch China seinerseits Südkorea und Japan die Wiederaufnahme der zuletzt 2019 abgehaltenen trilateralen Gespräche vor, die am 26.11.2023 schließlich stattfanden. Mit der Aufwertung ihrer regionalen Sicherheitspartnerschaften vertiefen die USA auch die Polarisierung der intraregionalen Beziehungen.

Zu den Charakteristiken der Polarisierung zählen die Bündnisbildung und die Ideologie.

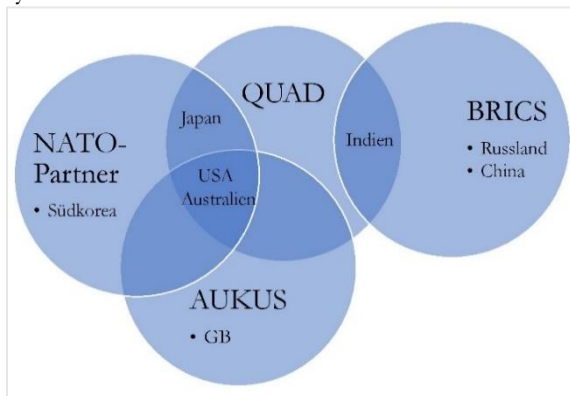
Südostasiens Einschätzung der strategischen Lage

Die südostasiatischen Länder etwa interpretieren die aufgewerteten NATO-Partnerschaften im Kontext mit den bereits bestehenden multilateralen Mechanismen AUKUS und Quad als weiteren Versuch der USA, die zentrale Position Südostasiens zu umgehen. Positiv bewertet werden hingegen einige Elemente der im Mai 2022 etablierten US-geführten Wirtschaftsinitiative IPEF (Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity). Dazu zählt das wirtschaftliche Commitment der USA in der Region, die Komplementarität mit bestehenden Initiativen und die Stärkung der bilateralen Beziehungen zu den USA. Kritisch betrachtet werden die konditionale Inklusivität, die Einschränkung der regionalen Handelsfreiheit und die mangelhafte Informationslage. Die von den USA im Rahmen des *De-riskings* und *Reshorings* propagierte Diversifizierung weg von China bringt in Südostasien, etwa Vietnam, einen kurzfristigen Investitionsanstieg, Produktionsverlagerungen und eine geopolitische Statuserhöhung. Wegen der Profitabilität und im Hinblick auf den chinesischen Absatzmarkt werden die bestehenden chinesischen Lieferketten jedoch häufig dennoch aufrechterhalten. Dies geht zu Lasten der wirtschaftlichen Produktivität und Effizienz und erhöht die strategische Bedeutung von multinationalen Unternehmen.

Im Falle eines potenziellen militärischen Taiwankonflikts befürchten die Länder Südostasiens die regionale Destabilisierung, den Zwang zur Parteinahme für die USA und die Reduktion der Wirtschaftskooperation mit China bzw. Taiwan. Als möglicher Vorteil gilt manchen die potenzielle industrielle Standortverlagerung nach Südostasien. Die Bedenken wegen des Ukrainekrieges betrafen in Südostasien vor allem den Preisanstieg von Erdöl und Lebensmitteln, resultierend aus der Importabhängigkeit von Russland und der Ukraine. Dies traf besonders auf Indonesien, die Philippinen und Thailand zu. Hinzu kam der Vertrauensverlust in die regelbasierte internationale Ordnung und die Sorge vor einer weiteren Vertiefung der bestehenden regionalen Polarisierung durch den Ukrainekrieg, insbesondere in Singapur, Vietnam und Brunei.

... versus inklusiver Multilateralismus im indopazifischen Raum

Für **China** stehen im globalen Großmachtkonflikt die internationale Ordnung und die Ausgestaltung seiner Beziehung mit dem Hegemon USA im Vordergrund. China charakterisiert sich selbst als „unwilliger Rivale“ des Westens. Seine grundsätzlichen Präferenzen gelten der Stabilisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen, wobei es jedoch die Verteidigung seines Rechts auf Entwicklung und Fortschritt als notwendig erachtet. Für die Einschätzung der künftigen Entwicklungen im globalen Systemwettbewerb spielen insbesondere die geostrategische Umgebung, die tatsächlichen und potenziellen Kapazitäten Chinas sowie Chinas Koordinationsfähigkeit zur Durchsetzung seiner Interessen eine wesentliche Rolle. Die Intensität des Systemwettbewerbs und die Komplexität der Lage werden auch durch das strategische Kalkül Chinas erhöht. China sieht die USA als existenzielle Bedrohung. Es geht davon aus, dass die USA ihre Eindämmungsmaßnahmen gegenüber China analog zur Verringerung des Machtgefälles zwischen China und den USA verstärken. Weil es seine bisherige Politik der Zurückhaltung als nicht mehr ausreichend beurteilte, wurde China proaktiver und konfrontativer. Ziel ist nun die Reduktion des regionalen und internationalen Einflusses der USA, in erster Linie über den systemischen Wettbewerb.



Beispiel für die Strategie der problembasierten Mehrfachausrichtung der Hauptakteure im Indopazifik

Zugleich strebt China nach der Erweiterung seiner eigenen strategischen Handlungsfreiheit im indopazifischen Raum. Zu diesem Zweck geht es strategische Kooperationen ein und prägt die sicherheitspolitische und wirtschaftliche Institutionalisierung der Region. Traditionellerweise sind die asiatischen Kooperationsmechanismen im Rahmen einer Strategie der problembasierten Mehrfachausrichtung mit inklusivem Ansatz deutlich multilateral, multikonzeptioneller und

multidimensionaler konzipiert als im Westen. Häufig existieren unterschiedliche Mechanismen, Interessen, Partner und Kapazitäten parallel oder überlappend. China verfolgt keine offizielle Bündnispolitik, unterhält jedoch strategische Kooperationen in unterschiedlichen Ausprägungen. Den Multilateralismus sieht China als Instrument zur gemeinsamen staatlichen Problemlösung und zur Förderung der Multipolarität als eigentliches, übergeordnetes Ziel. In der chinesischen Perspektive ist der Multilateralismus daher ein Prozess zur Erreichung der Multipolarität als erwünschter Status. Im Westen gilt der Multilateralismus hingegen zumeist als finales Ziel.

Chinas Sicht auf die globale Ordnung ...

Auf der globalen Ebene strebt China nach der symbolischen Ebenbürtigkeit mit den anderen Großmächten. Es unterstreicht seinen – strategisch und innenpolitisch motivierten – Gestaltungswillen sowie seine Kapazitäten zur Übernahme von globaler ordnungspolitischer Verantwortung. Als kostengünstige und risikoarme Mechanismen dienen Institutionen, denn sie prägen durch die Bereitstellung eines vorhersehbaren, aber dennoch flexiblen Rahmens die Kooperation und die Präferenzen. Angesichts der neuen globalen Machtdynamik etablierte Xi Jinping zudem ein neues Konzept der Großmächtebeziehung, auf das sich etwa auch die chinesisch-russische Beziehung stützt. China differenziert deutlich zwischen **internen und externen Normen**. Es spricht stets von der „internationalen Ordnung“ und nicht von der „Weltordnung“. Denn der Begriff „Weltordnung“ inkludiert sowohl interne Normen, etwa Demokratie und Menschenrechte, als auch externe Normen, etwa Souveränität. Die internationale Ordnung bezieht sich hingegen auf das Regelsystem zwischen souveränen Staaten, das sich vor allem auf das System der Vereinten Nationen und ausschließlich auf externe Normen stützt. Gemäß seinem außenpolitischen Prinzip der Nichteinmischung lehnt China die Übernahme von internen Normen und den liberalen Interventionismus ab. In der chinesischen Perspektive stellen Normen das Ziel dar, der Westen hingegen instrumentalisiert die aktive Verbreitung von internen und externen Normen zur Einflussnahme auf andere Länder.

Die chinesische Wahrnehmung des Weltgeschehens konzentriert sich grundsätzlich auf die **zwischenstaatlichen Beziehungen**. Die Aufrechterhaltung eines prinzipiellen Beziehungs-

gleichgewichts steht als Schlüsselkonzept im Mittelpunkt. Dies betrifft auch und insbesondere die USA. China bewertet alle Faktoren auf den unterschiedlichen Ebenen gemäß ihrer Relevanz für China und für die jeweilige zwischenstaatliche Beziehung. In diesem Blickwinkel ergänzt die relationale Macht, insbesondere auf der politischen Ebene, die akteursspezifische und die strukturelle Macht. In der Folge charakterisiert China andere Staaten gemäß ihrer nationalen Macht, ihrer Bedeutung für China und der Stärke der bilateralen Beziehung. Aus historischen und strukturellen Gründen spielt dabei zudem die geographische Nähe eine wesentliche Rolle. Dies betrifft beispielsweise Russland.

... und auf die sino-russischen Beziehungen

Chinas Hauptmotive für seine Kooperation mit Russland sind die nationale Sicherheit, wirtschaftliche und militärisch-technologische Interessen sowie das langfristige grundsätzliche Großmachtpotenzial Russlands. Verbindend wirkt insbesondere die ähnliche Weltsicht mit der Ablehnung der US-Vormachtstellung. Unterschiedlich ist jedoch die jeweilige Auffassung der eigenen **Rolle im internationalen System**. China ist stärker als Russland im internationalen System verwurzelt, das es zwar schrittweise von innen heraus anpassen, jedoch grundsätzlich aufrechterhalten will. Dies zeigt sich etwa auch in der institutionellen Brückenbildung, die China im Rahmen seiner institutionellen und normativen Reorganisation in den Mittelpunkt stellt. Dabei verbindet China bestehende und teils reformierte Institutionen mit neu gegründeten. Die Etablierung paralleler Strukturen sieht China nicht als Konkurrenz zu regionalen oder globalen Gremien, sondern als kooperative Ergänzung aufgrund des Bedarfs. In der von China als dysfunktional und als Steuerungsinstrument für das Verhalten der schwächeren Länder wahrgenommenen globalen Ordnungspolitik engagiert sich China insbesondere im Bereich der globalen Standardsetzung. Es stärkt seine Diskursmacht und präsentiert sich als Entwicklungsvorbild, jedoch ohne aktive Exportabsichten seines spezifischen Entwicklungsmodells. Chinas Denken ist langfristiger, systematischer und holistischer als das russische. China stützt sich in erster Linie auf seine wirtschaftliche Macht, Russland auf seine militärische Stärke. Mittelfristig sind die Wirtschaftsinteressen komplementär, wobei sich China durch eine Modernisierung Russlands, die jedoch Stabilität erfordert, einen eigenen Wachstumsschub erhofft. Langfristig wird sich die

(wirtschaftliche) Asymmetrie der Partnerschaft vermutlich verstärken. China strebt nach dem Erhalt des regionalen Machtgleichgewichts und möchte insbesondere einen potenziellen Systemzusammenbruch in Russland abwenden, denn dieser könnte eine Machtprojektion des Westens bis an die russische Peripherie und Chinas Grenzen ermöglichen. Eine regionale Instabilität und vor allem ein Zweifrontenkonflikt mit Russland im Norden sowie den USA im maritimen indopazifischen Raum im Süden möchte China auf jeden Fall vermeiden.

Stand in den westlichen Medien hauptsächlich die Charakterisierung der sino-russischen Beziehung als grenzenlos im Mittelpunkt, zeigt sich im politischen und wissenschaftlichen Diskurs in China ein weiterer relevanter **Ansatz der endogenen Antriebskräfte**. Er betont die inneren Beweggründe für die bilaterale Beziehung. China erwartet nicht für jede politische Frage eine perfekte Abstimmung zwischen den beiden strategisch autonomen Akteuren, dies betrifft auch das Engagement in oder mit Drittstaaten. Auf diese Weise verlagert sich der Fokus auf das Verständnis für Unterschiede zwischen China und Russland, wodurch eine Enttäuschung über zu wenig Unterstützung durch den anderen hintangehalten wird. Im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine vermied China sowohl eine deutliche Unterstützung als auch Kritisierung Russlands. Durch die Abkoppelung der chinesisch-russischen Partnerschaft vom äußeren Druck durch den Westen und insbesondere die USA stellt sie auf der Basis der endogenen Antriebskräfte ein solides Fundament für eine langfristige, pragmatische und rationale Partnerschaft als Wert an sich dar.

Systemischer Effekt auf die Außenpolitiken im indopazifischen Raum

Die Veränderungsdynamik der internationalen Ordnung beeinflusst die außenpolitische Entscheidungsfindung im indopazifischen Raum. Die Länder wirken gemäß ihren eigenen Präferenzen zunehmend aktiv, sowohl individuell als auch kollektiv, auf den Systemwandel ein, basierend auf der Kosten-Nutzen-Kalkulation der politischen Führung. Bisher galten vor allem der Machtausgleich über Bündnissysteme sowie die Absicherung, zumeist sicherheitspolitisch über die USA und wirtschaftlich über China, als die zwei wesentlichen Instrumente in den internationalen Beziehungen, um Sicherheit, Macht, Einfluss und Status zu erhöhen. Diese Ziele stellen die

staatlichen Kerninteressen des strukturellen Realismus dar.

Es zeigt sich ein systemischer Effekt auf das außenpolitische Verhalten der Länder des indopazifischen Raumes. Diese wirken gemäß ihren eigenen Präferenzen zunehmend aktiv auf die Veränderungsdynamik der internationalen Ordnung ein.

Singapur etwa wählt die bewährte doppelte Absicherung über die USA und China, Australien hingegen strebt seit einigen Jahren nach einem vielschichtigen Machtausgleich gegen China. Thailand entschied sich für eine Orientierung an China. Ähnlich handelt Neuseeland, entzieht sich jedoch zum Teil der eigenen Verantwortung. Diese kombinierte Strategie ermöglicht Neuseeland, seine Geschäfte mit China fortzusetzen und sich zugleich aus dem strategischen Wettbewerb zwischen China und den USA herauszuhalten. Australien, Japan und Südkorea betrachten die USA und ihr Bündnissystem als wichtigsten Sicherheitsgaranten. Für Südkorea gilt jedoch nicht China, sondern Nordkorea als größte Bedrohung, wobei die Gewichtung je nach konservativer bzw. progressiver Regierung differiert. Die Ansichten Indonesiens und Singapurs über den Aufstieg Chinas bzw. einen potenziellen Abstieg der USA sind gemischt. Der Wandel der internationalen Ordnung bringt für sie sowohl wirtschaftliche Chancen als auch sicherheitspolitische Bedrohungen, insbesondere durch den Großmachtkonflikt zwischen China und den USA, mit sich.

Indonesiens überregionale Machtambitionen

Angesichts des globalen Systemwettbewerbs und der regionalen Unsicherheiten erwägen manche Länder des indopazifischen Raumes für sich selbst eine aktivere oder größere Rolle. Für Indonesien etwa geht es um eine mittel- und langfristige strategisch vorteilhafte Positionierung. Beispielhaft war sein temporäres Interesse (neben rund 40 anderen Staaten) an einer BRICS-Mitgliedschaft vor dem BRICS-Gipfeltreffen Mitte August 2023 in Südafrika.

Indonesien ist eine von wenigen islamischen Mehrheitsdemokratien. Angesichts der Heterogenität des Landes und der historischen Entwicklung bleibt die Frage der nationalen Identität weiterhin von entscheidender Bedeutung. Seit der Unabhängigkeit ist die nationale Identität ein nationalistisches Projekt und beruht auf der Suche

nach Einheit, politischer Stabilität und wirtschaftlicher Stärke. Der Demokratisierungsprozess stärkte die Rolle des Islam in der nationalen Identität laufend. Parallel zur innenpolitischen Konsolidierung legt Indonesien mit doktrinären Innovationen eine übergreifende Richtung seiner zunehmend ambitionierten und selbstbewussten Außenpolitik fest. Mit dem Grundsatz einer freien und aktiven Außenpolitik unterstreicht es seine traditionelle Blockfreiheit und die Zentralität des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Die bisherige Ambiguität der indonesischen Außenpolitik ist auf die anhaltende Dominanz des personalisierten Charakters bzw. der geringen Institutionalisierung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses zurückzuführen. Die indonesische Weltanschauung schwankt zudem zwischen liberalem Institutionalismus und Realismus. Die strategischen und außenpolitischen Debatten Indonesiens konzentrieren sich im Hinblick auf die Herausforderungen der regionalen Geopolitik auf Kernaspekte der Staatskunst. Dazu zählt die Konzeptualisierung der nationalen Sicherheit und die Bedrohungswahrnehmung, der militärische und wirtschaftliche Machtzuwachs, die nationale Identitätsprojektion, der internationale Imageaufbau, innenpolitische Debatten über das Großmachtmanagement sowie ein Rahmenkonzept für seine räumliche Weltsicht. Die Statusprojektion als aufstrebende Regionalmacht betrifft den indopazifischen Raum, die maritime Domäne, die ASEAN-Plus bzw. Post-ASEAN Haltung sowie die Großmachtparität. Die militärischen, technologischen, institutionellen, sozialen und politischen Kapazitäten und Ressourcen sind jedoch limitiert.

Im Zuge seines G20-Vorsitzes 2022 erkannte Indonesien die Möglichkeit, dass es als Fürsprecher der Entwicklungsländer eine internationale Nische besetzen und aus der Teilnahme an multilateralen Organisationen konkrete Vorteile ziehen könnte. Für ein stärkeres globales Engagement besteht jedoch (noch) kein nationaler Konsens. Allerdings spiegeln die Aufforderungen nach einem BRICS-Beitritt Indonesiens die externe Wahrnehmung seines wachsenden wirtschaftlichen und geopolitischen Gewichts wider. Eine BRICS-Mitgliedschaft wäre in erster Linie eine taktische Entscheidung Indonesiens aufgrund der potenziellen wirtschaftlichen und handelspolitischen Vorteile und weniger Ausdruck einer umfassenderen strategischen Neuausrichtung der indonesischen Außenpolitik. Denn Indonesien ist sich der Dominanz Chinas innerhalb der BRICS-

Staatengemeinschaft bewusst. Zudem teilt es nicht die chinesische Vision zum Aufbau einer multilateralen Gruppierung, die zur Anfechtung der US-geführten Welt(wirtschafts)ordnung in der Lage wäre. Allerdings hält Indonesien BRICS angesichts des unsicheren strategischen Umfeldes für eine Gelegenheit zur Erweiterung der eigenen strategischen Optionen und für eine alternative Kooperationsplattform für gemeinsame Entwicklungsfragen. Zudem steht Indonesien seit einiger Zeit der westlichen Kontrolle über die Weltwirtschaft ambivalent gegenüber. Beispielhaft ist die Instrumentalisierung der westlichen Kontrolle über das SWIFT-Interbankenzahlungssystem im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, um russische Banken aus dem globalen Finanzsystem auszuschließen. Die BRICS-Staatengemeinschaft strebt nach einer Verringerung der Abhängigkeit vom US-Dollar sowie prinzipiell nach einer institutionellen Reform für eine ausgewogenere, inklusivere und innovativere Gestaltung der Weltwirtschaft. Gegen eine BRICS-Teilnahme Indonesiens sprechen vor allem institutionelle und technische Aspekte sowie die lokal eher negative öffentliche Wahrnehmung von China.

Chinas Führungsanspruch im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI)

Barbara Farkas

Im globalen KI-Wettbewerb (Künstliche Intelligenz, KI) spielt China mit seinem Führungsanspruch eine entscheidende Rolle. Daher ist die chinesische KI-Politik von großer Relevanz. Dazu zählen insbesondere die Charakteristiken der chinesischen KI-Strategie, die Verknüpfung des politischen KI-Diskurses mit der Sicherheit, der Zusammenhang zwischen KI und autoritärer Regierungsführung sowie die technische Normung. China ist sich der langfristigen strategischen Bedeutung der KI für das künftige militärische Gleichgewicht bewusst. Seine diesbezüglichen Hauptherausforderungen sieht es gegenwärtig in notwendigen institutionellen Reformen und in der Entwicklung grundlegender Kapazitäten für einen effektiven KI-Einsatz im militärischen Bereich.

Die KI gilt als treibende Kraft für die industrielle Modernisierung und die ökonomische Transformation Chinas. Seit 2017 verfolgt China ein ambitioniertes, breit angelegtes und **vielschichtiges Konzept**, um bis 2030 die Weltführung bei Theorien, Technologien und Anwendungen der künstlichen Intelligenz sowie anderer Zukunftstechnologien übernehmen zu können. Im Fokus der umfassenden Ziele für die Entwicklung und Normung der Hard- und Software steht die Verfügbarkeit, die Interoperabilität, die Nachvollziehbarkeit sowie die wirtschaftliche und soziale Sicherheit. Seinen offenkundigen Schwächen im Bereich der Hardware begegnet China mit Förderungen. Der Fortschritt der chinesischen KI-Industrie entstammt den inzwischen soliden Entwicklungsmechanismen sowie dem einzigartigen politischen und sozialen Umfeld. Als wesentlichen Erfolgsfaktor betrachtet China die Fähigkeit zur Produktion modernster KI-Chips.

In diesem Kontext nutzt China seine dynamische **zivile Wirtschaft** als Hebel für die Entwicklung der KI im Verteidigungsbereich. Der KI-Ansatz erfolgt jedoch nicht einfach von oben nach unten. Er ist keine direkte Umsetzung des Willens der Zentralbehörden zur Erreichung eines einheitlichen geopolitischen Zieles, sondern berücksichtigt die konkurrierenden Interessen der einheimischen Akteure. Denn der Ressourcenwettbewerb der in erster Linie wirtschaftlich motivierten lokalen, subnationalen und nichtstaatlichen Akteure in der chinesischen KI-Industrie prägte die Entwicklung der KI-Politik maßgeblich. Vielmehr ist der nationale KI-Plan eine Aufwertung bestehender lokaler KI-Initiativen auf die nationale Ebene. Darin zeigt sich einmal mehr, dass Chinas Gesamtstrategie zumeist aus einzelnen, aufeinander abgestimmten Teilstrategien besteht.

Sein starker Einfluss auf die **technische Normung** ist für China in wirtschaftlicher, rechtlicher, politischer und ideeller Hinsicht von Vorteil. Der im Entstehen begriffene KI-Normungsprozess mit Richtlinien für die Schlüsseltechnologien beschleunigt die technologische Innovation. Er fördert die Kommerzialisierung, die Qualitätsverbesserung von KI-Produkten und Dienstleistungen, die Nutzersicherheit und die Bildung eines offenen Branchenumfeldes. Die Verbesserung der Interoperabilität und die Erleichterung der Datenerfassung schaffen einen Mehrwert. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen steigt nicht zuletzt aufgrund der involvierten Patente und der entsprechenden Lizenzgebühren. Weil die KI-Standardsetzung zudem die Sicherheit und die Ethik betrifft, ermöglicht sie China eine von ihm aktiv angestrebte Mitsprache in der globalen Ordnungspolitik. Dies umfasst etwa die Transparenz der Algorithmen, die Verzerrung durch Algorithmen, die Verantwortlichkeit und den Datenschutz.

Zur Mobilisierung der einheimischen Akteure ging die chinesische Regierung zur **Definition der KI als Sicherheitsfrage** über. Dies intensiviert den Sicherheitsdiskurs über Chinas KI-Innovationen, der auf Elementen des Großmachtwettbewerbs, der Regierungssicherheit und der offiziellen Technologienarrative aufbaut. Zugleich hatte die thematische Einbindung der KI in die umfassende nationale Sicherheitsstrategie Konsequenzen für die KI-Industrie und die politischen Ziele Chinas.

Der proaktive Ansatz der chinesischen Regierung bezieht sich, angesichts ihrer kontinuierlichen Bemühungen zur Anpassung an das digitale Zeitalter und angesichts des KI-Potenzials, auch auf den KI-Einsatz in der Staatsführung. Digitale Technologien und insbesondere die KI dienen der Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen und ebenso zur **Festigung der autoritären Herrschaft**. Eine wesentliche Herausforderung liegt in der Auswirkung der KI auf die wichtigsten Quellen der politischen Legitimität, vor allem das Wirtschaftswachstum, die soziale Stabilität und die Ideologie. Eine gegenseitige Förderung von Autokratie und technologischer Innovation ist durchaus möglich. Voraussetzung ist etwa die Stärkung der autokratischen Macht durch die neue Technologie oder wenn die autokratische Nachfrage weitere technologische Innovationen in Anwendungen fördert, von der auch andere profitieren. Beispielhaft ist die chinesische KI für die Gesichtserkennung zur Unterdrückung von lokalen Unruhen. Die in der Folge von den KI-Unternehmen entwickelten Innovationen kamen sowohl der Regierung als auch kommerziellen Märkten zugute, wobei die Exporte der chinesischen Überwachungs-KI mit einer größeren Wahrscheinlichkeit in Autokratien oder schwache Demokratien erfolgen. Zudem können die Erkenntnisse aus der Überwachungssoftware auch in anderen Einsatzbereichen von KI-Technologie oder zur Verbesserung von Prozessen und Geschäftsmodellen genutzt werden.

Die weitere globale KI-Entwicklung beruht auf der Präzision und Geschwindigkeit der **Datenauswertung**. In China sind individuelle Daten in einem riesigen Volumen und in großer Bandbreite verfügbar, wodurch Skalen- und Netzwerkeffekte die Entwicklung beschleunigen. Die Datenauswertung unterstützt die Mustererkennung, beispielsweise von Gesichtern oder Sprachen, die Mustervorhersage, die Lösungssuche oder die Planung mittels Ziel- oder Problemformulierung. Eine automatische Analyse, Klassifizierung, Zusammenfassung und Beschreibung von Datentrends strebt China seit 2020 an. Die strategische staatliche Nutzung von Big Data zur Bedarfsvorhersage, zur Entscheidungsfindung in Echtzeit und zur Verbesserung des Risikomanagements realisiert China stufenweise seit 2015. Eine aktive, maßgeschneiderte staatliche Leistungserbringung, die (unvorhergesehene) technologische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklungen im Optimalfall vorwegnimmt, soll die bisherige passive bzw. reaktive ersetzen. Im Vergleich zum fragmentierten liberalen Westen sieht sich China dazu aufgrund des vorhandenen politischen Willens, der finanziellen Ressourcen und der technologischen Kapazitäten grundsätzlich besser in der Lage. Das übergeordnete Ziel sind soziale Stabilität, Wirtschaftswachstum sowie eine Effizienz- und Effektivitätssteigerung der staatlichen Administration. Beispielhaft sind Smart Cities, die Krisenmobilisierung oder die Organisation von Lieferketten. Die umfassende Big Data-Implementierung wird eher von organisatorischen als technischen Herausforderungen gehemmt. Es mangelt noch an Fachwissen für detaillierte Auswertungen und an der Datenqualität, denn wegen der Fragmentierung und des Wettbewerbs der chinesischen Behörden existieren unterschiedliche Datenbanken mit ungenauen, unvollständigen oder inkonsistenten Daten; denkbar sind zudem Datenmanipulationen.

Chinas standardisierte Landkarten und die zugrundeliegende Strategie

Barbara Farkas

Die aktuellen Versionen seiner über 1.600 standardisierten China-, Welt- und thematischen Landkarten publizierte China zuletzt Ende August 2023. Zahlreiche Länder artikulierten ihren Unmut über die ihrer Meinung nach nicht rechtmäßige Darstellung einiger und zum Teil umstrittener Gebiete. Kritik übten etwa Taiwan, Indien sowie die südostasiatischen Staaten Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Vietnam. Beispielsweise weist die offizielle Karte den indischen Bundesstaat Arunachal Pradesh als zu China zugehörig aus, ebenso das von China kontrollierte und von Indien beanspruchte Gebiet Aksai Chin im Kaschmir (das in den offiziellen Karten Indiens trotz der Kontrolle Chinas als indisches Territorium eingezeichnet ist) oder die an der chinesisch-russischen Grenze gelegene Insel Bolschoi Ussurijski (Heixiazi Dao). Bis zur sowjetischen Okkupation 1929 gehörte die Insel sogar in den ungleichen Verträgen von 1860 unbestritten zu China. Erst 2008 wurde ihre Teilung in einen chinesischen und einen russischen Teil vertraglich festgelegt. Zudem erweiterte China die bisher übliche 9-Striche-Linie zur Kennzeichnung seines territorialen Anspruchs im Südchinesischen Meer auf zehn Striche. In Bezug auf Nepal zeichnete China das Kalapanigebiet an der indo-tibetischen Grenze als indisch ein. Nepal beansprucht es jedoch aufgrund eines Vertrags von 1816 mit der Britischen Ostindien-Kompanie. Der trotz Verhandlungsversuchen ungelöste Konflikt zwischen Nepal und Indien entstand nach der Wiedereröffnung des Lipulekh-Passes 1992.

Der größere strategische Kontext erlaubt einen Blick auf die Kerndynamiken. Die Darstellung des Staatsgebietes steht in Zusammenhang mit den nationalen Souveränitäts-, Sicherheits- und Entwicklungsinteressen Chinas. Der Charakter der Karten ist politisch, wissenschaftlich und rechtlich. Der globale Systemwettbewerb zwischen den USA und China betrifft alle Machtdimensionen, wobei China einen Fokus auf die politische Ebene legt. Die grundlegende Strategie basiert auf Sunzis (Sun Tzus) Leitgedanken. Sie ist in die strategische Kultur eingebettet, fügt sich unmittelbar in Chinas gegenwärtige Grand Strategy ein und spiegelt Xi Jinpings holistisches nationales Sicherheitskonzept wider, das westliche Konzepte der Staatssicherheit mit der Regimesicherheit kombiniert. Sunzi formulierte als zentrales Element des chinesischen strategischen Denkens drei Arten der Kriegsführung. Sie konzentrieren sich zur Unterstützung der politisch-militärischen Ziele auf der psychologischen und der rechtlichen Ebene auf offene und verdeckte asymmetrische Maßnahmen sowie auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Auf diese Weise will China die gegnerische strategische Handlungsfreiheit einschränken und Legitimität für die eigene Sicht- und Vorgangsweise erlangen. Dabei verschwimmen im Rahmen von Grauzonenaktivitäten die Grenzen zwischen militärischen und zivilen Zielsetzungen sowie zwischen Friedens- und konventionellen Kriegszeiten. Die permanent fortgeführten Bemühungen sollen gemäß Sunzi Widerstand langfristig schwächen und die latenten Stärken in physische Stärken umwandeln. Die politische Kriegsführung kann gemäß Kennan als Fortführung des bewaffneten Konflikts mit anderen Mitteln betrachtet werden, analog zu Clausewitz' Leitgedanken, dass der Krieg die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln ist.

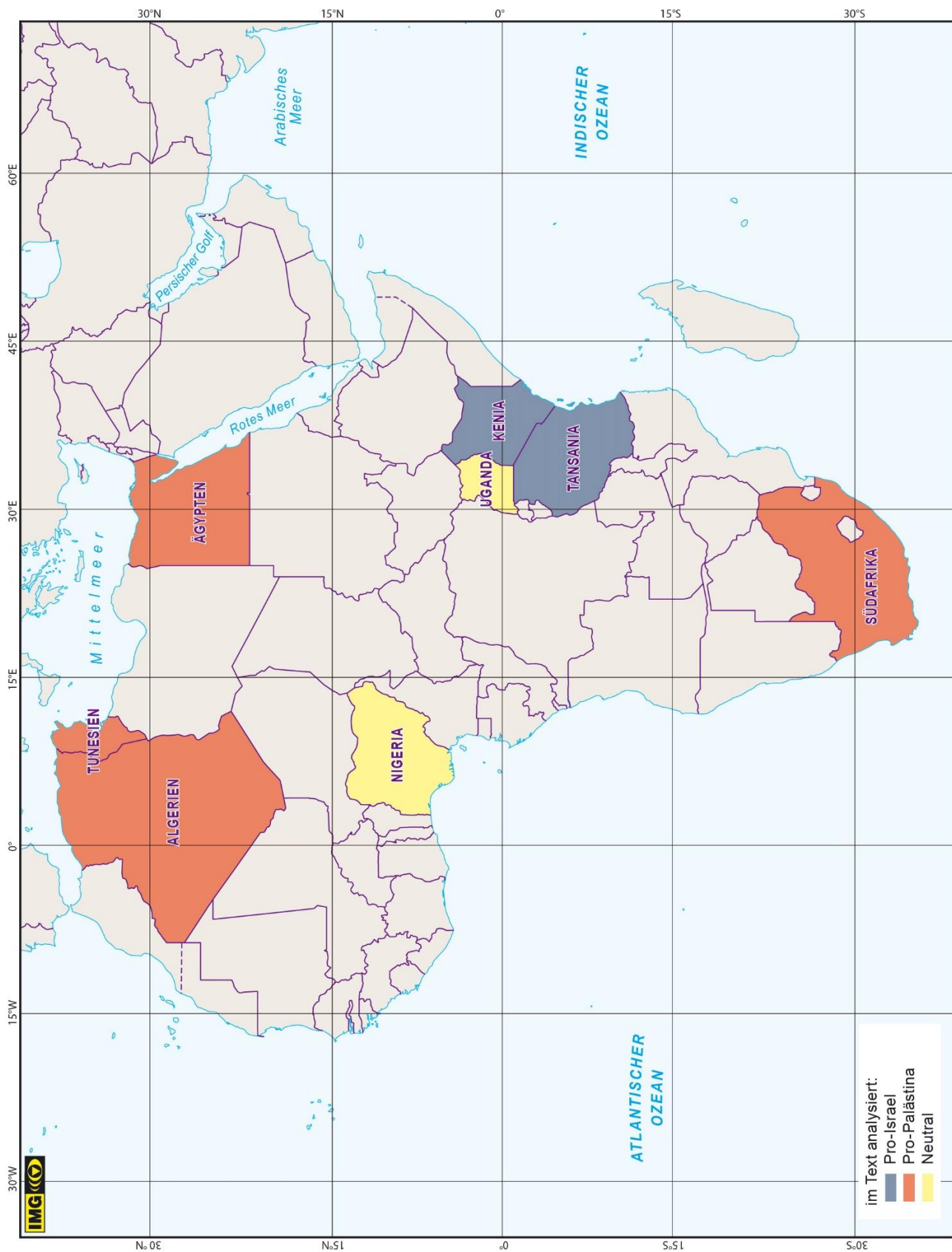
Die Zentralisierung der politischen Kriegsführung im strategischen Modus Operandi ist in der Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas als revolutionäre und geheime Bewegung verwurzelt. Denn der Zweck der Volksbefreiungsarmee geht über den bewaffneten Kampf hinaus. Sie dient in erster Linie der Regierungspartei – und nicht dem Staat – zur Schaffung von politischer Macht, um die Partei zu unterstützen. In den vergangenen Jahren integrierte China Sunzis drei Arten der Kriegsführung zunehmend systematisch in die militärstrategischen Konzepte. Sie dienen nicht nur einzelnen geostrategischen Zielen, sondern unterstützen vielmehr die nationalen Interessen Chinas im Rahmen der Grand Strategy grundlegend.

Zugleich wird durch den integrierten Ansatz eine Eskalation in einen konventionellen Konflikt vermieden. Der psychologische Effekt basiert auf der Einflussnahme oder der Prägung der Wahrnehmung, etwa über die Prioritäten Chinas. Die rechtliche Kriegsführung beinhaltet präemptive Rechtsauslegungen oder Gesetzeserlässe und prägt dadurch zudem die öffentliche Meinung.



Werbeplakat des Ministeriums für natürliche Ressourcen für die Nutzung von standardisierten Landkarten

Die kritisierten Einträge in den chinesischen Standardkarten befinden sich in den kontinentalen Randregionen Chinas. Seiner Peripherie widmete China aus historischen und strukturellen Gründen stets große Aufmerksamkeit, wobei es auch zu temporären bewaffneten Konflikten kam. Indien und Russland befinden sich als Nachbarländer in einem komplexen regionalen und globalen Machtverhältnis mit China. Die geopolitischen Umstände spielen insofern eine wesentliche Rolle, als China Indien und Russland im Rahmen seines präferierten Idealmodells für die internationale Ordnung nur eine untergeordnete Rolle zuschreibt. Denn in seiner langfristigen Vision einer ordnungspolitischen Bipolarität erhofft sich China eine Spitzenposition auf Augenhöhe mit den USA. Im multipolaren System auf der darunterliegenden Ebene sollen Indien, Russland, Japan oder auch Europa eine strategisch eigenständige Position mit interessensgeleiteter flexibler Parteinahme einnehmen. Von Russland, seinem in der asymmetrischen sino-russischen Beziehung unterlegenen strategischen Partner, könnte sich China gewisse Zugeständnisse erwarten. Denn der Verweis, dass die Insel Bolschoi traditionell zu China gehörte und die Darstellung in den aktuellen standardisierten Karten als chinesisches Territorium rühren an den Bedenken Russlands, dass der wirtschaftliche und politische Einfluss Chinas im russischen Fernen Osten stetig zunimmt. Bis zu den ungleichen Verträgen 1858 gehörte ein großes Gebiet der „äußeren“ Mandschurei zum chinesischen Kaiserreich.



Bewertung des israelisch-palästinensischen Konfliktes im afrikanischen Raum

Der Israel-Hamas Konflikt aus afrikanischer Perspektive

Lorenz Sack

Der Angriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 und die darauffolgende militärische Antwort der Israeli Defence Forces (IDF) im Gazastreifen bewogen auch afrikanische Staaten, Stellung zu beziehen. Im Laufe des Prozesses wurden tiefe politische Gräben in der Bewertung des Konfliktes zwischen den afrikanischen Ländern sichtbar. Staaten wie Kenia oder Tansania stellten sich klar an die Seite Israels, während sich Länder wie Algerien oder Tunesien auf Seiten der Palästinenser wiederfanden. So verurteilte beispielsweise der tunesische Präsident, Kais Saied, die militärische Operation Israels im Gazastreifen als Genozid. Auch der ägyptische Präsident Al-Sisi nutzt die öffentliche Empörung der ägyptischen Bevölkerung, um von innenpolitischen Problemen abzulenken. Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Akteur auf Seiten der Palästinenser stellt die Republik Südafrika dar. Bereits 1997 stellte der damalige Präsident Nelson Mandela fest, dass die Freiheit Südafrikas nur durch die Freiheit Palästinas komplettiert werden könne. Der jetzige Präsident Cyril Ramaphosa griff dieses Narrativ im aktuellen Konflikt erneut auf und verglich die aktuelle Auseinandersetzung zwischen Hamas und Israel mit der eigenen Geschichte Südafrikas im Kampf gegen das Apartheidregime.

Die Ressentiments gegen Israel gipfelten unter anderem im Aufruf der südafrikanischen Ministerin für Internationale Beziehungen, Naledi Pandor, vor den Vereinten Nationen, Israel als Apartheidstaat zu deklarieren. Weiters wurde ein klares Zeichen gesetzt, indem die gesamte diplomatische Mission Südafrikas aus Israel abgezogen wurde. Doch die Beziehungen zwischen Israel und Südafrika stellen sich bei genauerer Betrachtung als viel komplexer dar, als die anti-israelische Rhetorik der südafrikanischen Regierung vermuten ließe. So ist Südafrika paradoxerweise der größte Handelspartner Israels in Subsahara-Afrika mit einem Handelsvolumen von über knapp 500 Mio. USD (2022). Nicht außer Acht gelassen werden dürfen afrikanische Staaten, die sich weitestgehend neutral oder zurückhaltend zum aktuellen Konflikt positioniert haben, wie beispielsweise Nigeria oder Uganda. So rief die nigerianische Regierung beide Seiten dazu auf, die Feindseligkeiten einzustellen.

Abseits offizieller Positionen afrikanischer Staaten stellt sich die aktuelle bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Israel und Hamas zwar nicht als Ursache, aber wohl als Anlass dar, die Region um das Horn von Afrika und dem Roten Meer weiter zu destabilisieren. Laut Alex de Waal, Executive Director der World Peace Foundation, könnten sich Akteure wie Al-Shabaab, beflügelt durch die Aktionen der Hamas, bestärkt fühlen, ihre militärischen Aktionen in Somalia und Kenia zu intensivieren.

Südafrika und Israel – eine komplexe Beziehung auf dem Prüfstand

Die auch im aktuellen Konflikt klar geprägte pro-palästinensische Positionierung vieler nord-afrikanischer und Sahelanrainer Staaten dürfte wohl kaum überraschen. Bemerkenswerter ist, dass das offizielle Südafrika als einziger Staat in Afrika südlich der Sahara eindeutig eine antiisraelische Haltung einnimmt und die ANC-Regierung in Pretoria zu den schärfsten Kritikern Israels außerhalb der arabischen und muslimischen Welt zählt. Um die Ursprünge der antiisraelischen Haltung des ANC zu verstehen, lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit der israelisch-südafrikanischen Beziehungen. Im Mai 1949 erkannte die seit einem knappen Jahr regierende National-Party (NP), trotz anti-semitischer Tendenzen, unter Premierminister Daniël François Malan (1948-54) de iure den Staat Israel an. Damit folgte die National-Party dem Muster der Vorgängerregierung unter Jan Smuts, welche bereits 1947 den UN-Teilungsplan für Palästina (Resolution 181) unterstützte und den Staat Israel bereits zehn Tage nach seiner Proklamation im Mai 1948 de facto anerkannte. Die bilateralen Beziehungen zwischen Israel und der regierenden NP gestalteten sich weitgehend stabil, wenn auch nicht besonders herzlich. Anfang der 1960er verschlechterte sich die Beziehung jedoch zunehmend, da Israel nun bilateralen Kontakt mit anderen subsaharischen Staaten suchte und auch knüpfte. In dieser Zeit betrachteten auch der ANC und dessen Rivale im Kampf gegen die Apartheid, der Pan-Africanist Congress (PAC), Israel als potenziellen künftigen Partner. Diese neu entstandenen Beziehungen waren allerdings nicht von langer Dauer. Das aufgrund des Jom-Kippur-Krieges 1973 auferlegte Ölembargo arabischer OPEC-Staaten veranlasste die meisten afrikanischen Staaten, bis auf vier, darunter Südafrika und Rhodesien, die bilateralen Beziehungen zu Israel zu kappen. Infolgedessen wandte sich Israel wieder verstärkt Südafrika zu und ging nicht nur diplomatische, sondern auch

militärische Kooperationen ein. Nicht zuletzt wegen dieser Kollaboration von Israel mit der weißen Regierung in Pretoria in Verbindung mit der Perzeption, dass die Palästinenser unter apartheidähnlichen Bedingungen leben mussten, entstand im ANC eine ausgeprägte pro-palästinensische Haltung, welche letztlich in eine Partnerschaft mit der PLO mündete.

Paradoxerweise wurde Südafrika nach Aufhebung des Ölembargos 1974 in den 1970er- und 1980er-Jahren zu einem beliebten Handelspartner arabischer und muslimischer Staaten. Quellen zufolge beliefen sich die offiziellen und inoffiziellen Ölimporte arabischer Golfstaaten und des Ayatollah-Regimes in Teheran in den 1980er-Jahren auf insgesamt eine Milliarde USD. Die Verbindungen Israels zu anderen afrikanischen Staaten blieben zu jener Zeit jedoch aufgrund der Zusammenarbeit mit dem Apartheid-Regime angespannt. Zum Ende des Kalten Krieges unterhielten nur acht afrikanische Staaten diplomatische Beziehungen zu Israel. Laut Michael B. Bishku, Historiker an der Augusta University in Georgia, änderte sich dies grundlegend erst schrittweise, mit der 1992 neu gewählten „haAwoda“ (Israelische Arbeitspartei) Regierung Jitzchak Rabins und des im Jahr darauffolgenden Starts des Osloer Friedensprozesses mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO unter ihrem Anführer Yasser Arafat. Momentan unterhält Israel mit 46 von 55 Staaten der Afrikanischen Union (AU) diplomatische Beziehungen und erhielt 2021 einen Status als Beobachterstaat in der AU, der jedoch 2023, mutmaßlich auf Drängen Algeriens und Südafrikas, suspendiert wurde.

Nachdem Nelson Mandela mit dem ANC 1994 die ersten demokratischen Wahlen in Südafrika gewann, formalisierten sich zwar die Beziehungen zur PLO-dominierten Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), aber aufgrund Mandelas Unterstützung der Zwei-Staatenlösung wurden wider Erwarten die diplomatischen Beziehungen zu Israel nicht abgebrochen. Trotz der Vorbehalte des ANC gegenüber Israels historischen Verbindungen zum Apartheidregime vertrat Mandela eine nuancierte Haltung, indem er Israels Legitimität innerhalb sicherer Grenzen anerkannte und gleichzeitig mit Nachdruck für das Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung eintrat.

Dennoch blieben die Beziehungen zwischen den beiden Ländern eher unterkühlt. Dies änderte sich auch nicht grundlegend unter Mandelas Nachfolger Thabo Mbeki, der 1999 die Macht in

Südafrika übernahm. Bis zum heutigen Tag besuchte kein südafrikanisches Staatsoberhaupt Israel, auch umgekehrt kein israelischer Premier Südafrika. Besuche der Palästinenserpräsidenten Yasser Arafat 1998 und dessen Nachfolger Mahmoud Abbas 2006 in Südafrika zeigten hingegen ein anderes Bild diplomatischer Beziehungen. Auch als im Jänner 2006 die Hamas als stärkste Partei in den palästinensischen Autonomiegebieten hervorging, bestätigte die Regierung Mbekis deren Legitimität und bezeichnete die Hamas mehr als Nationale Befreiungsorganisation denn als terroristische Bewegung. Trotz dieser für Israel eskalativen Rhetorik blieb Mbeki der Ansicht seines Vorgängers Mandela, dass eine Zwei-Staatenlösung erarbeitet werden und die Hamas – ähnlich der PLO – der Gewalt abschwören und das Existenzrecht Israels anerkennen müsse, treu. Ein Besuch von Vertretern der Hamas wurde letztlich abgesagt, um die potenzielle Vermittlerrolle Südafrikas im Nahostkonflikt nicht zu gefährden. Während die antiisraelische Rhetorik unter Mbeki merklich anstieg, verschärfte sich diese unter dessen Nachfolger Jacob Zuma (2009-18) eindeutig und es wurden erstmalig bilaterale Maßnahmen gegen Israel gesetzt.



Die BDS-Kampagne (Boycott, Divestment, Sanctions) ruft zum Boykott von Unternehmen, Produkten und kulturellen sowie wissenschaftlichen Kooperationen auf, basierend auf ihren Verbindungen zu Israel. Die BDS-Kampagne geht nicht ausschließlich auf ein zivilgesellschaftliches Engagement der Palästinenser zurück, sondern ist im Kontext einer NGO- und UN-Konferenz gegen Rassismus 2001 im südafrikanischen Durban auf Initiative der damaligen UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Mary Robinson entstanden. Diese Konferenz wurde maßgeblich von OIC (Organisation für Islamische Zusammenarbeit) - Staaten und antiisraelischen NGOs beeinflusst.

Die BDS-Kampagne wird als dämonisierend und delegitimierend für Israel angesehen. Darüber hinaus wurde sie von der österreichischen Bundesregierung als antisemitisch eingestuft. Der Kampagne werden auch Verbindungen zu Terrororganisationen wie Hamas, Palästinensischer Islamischer Jihad und Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) vorgeworfen.

Zuma verurteilte die „Besetzung“ palästinensischer Gebiete und forderte unter anderem die Aufnahme eines Staates „Palästina“ in die UNO als Bedingung für dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Maßnahmen wie beispielsweise die Kennzeichnung israelischer Produkte aus dem Westjordanland sowie die Einschränkung der Kontakte zwischen hochrangigen Staatsoffiziellen beider Länder wurden gesetzt. Der ANC übernahm darüber hinaus die Forderungen der BDS-Kampagne (Boycott, Divestment, Sanctions) in sein offizielles Parteiprogramm.

In Zumas Regierungszeit bezeichnete die damalige Ministerin für Entwicklung und Kooperation, Maite Nkoana-Mashabane, Israel erstmalig als Apartheidstaat, ein Narrativ, das bis heute von südafrikanischen Regierungsvertretern getragen wird. Weitere Beispiele für die graduelle Verschlechterung der Beziehungen zwischen Israel und Südafrika waren unter anderem die Beendigung der Zusammenarbeit zwischen der Universität Kapstadt und der Ben-Gurion-Universität in Be'er Sheva oder etwa das Zusammentreffen Zumas mit dem damaligen Hamas Führer Khaled Meshal bei einer 2015 vom ANC veranstalteten antiisraelischen Kundgebung. Einen absoluten Tiefpunkt der Beziehungen beider Länder bis zum aktuellen Konflikt stellte allerdings die signifikante Verkleinerung der südafrikanischen Botschaft als Reaktion auf die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die USA dar. Letztlich wurde der südafrikanische Botschafter in Israel 2018 auf Anordnung der ANC-Regierung abgezogen und der Posten ist seit nunmehr über fünf Jahren bis heute unbesetzt geblieben. Im Zuge des aktuellen Krieges zwischen Israel und der Hamas beantragte im November 2023 die im südafrikanischen Parlament vertretene oppositionelle Partei Economic Freedom Fighters (EFF) eine Abstimmung über den Abbruch sämtlicher diplomatischen Beziehungen mit Israel, solange bis ein dauerhafter Waffenstillstand zwischen den beiden Konfliktparteien zustande gekommen ist. Die Abstimmung ging mit 248 zu 91 abgegebenen Stimmen mehrheitlich, auch dank der Unterstützung des ANC, zugunsten des eingebrachten Antrages aus. Als Reaktion darauf wurde der israelische Botschafter in Pretoria, Elias Belotserkovsky, zu Beratungen nach Israel zurückbeordert. Es ist jedoch davon auszugehen, dass diese Abstimmung eher symbolischer Natur zuzuordnen ist. Ob und wann die diplomatischen beziehungsweise bilateralen Beziehungen eingestellt werden, obliegt nun der ANC-Regierung Ramaphosas. Einen neuen Höhepunkt

in der Eskalationsspirale zwischen Südafrika und Israel stellte die im Dezember 2023 seitens Südafrika eingebrachte, 84 Seiten umfassende Klage am Internationalen Gerichtshof (IGH) gegen Israel dar. Südafrika wirft Israel vor, mit seinem Vorgehen gegen die Hamas, Genozid an den Palästinensern zu verüben. Die Grundlage hierfür bildet nach Ansicht Südafrikas die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, welche beide Staaten unterzeichnet haben. Artikel neun der Konvention besagt, dass Streitigkeiten zwischen Signatarstaaten bezüglich Genozids dem IGH vorgelegt werden können. Israel wies diese Vorwürfe energisch zurück und bezichtigte Südafrika, eine „verachtenswerte Ausnutzung“ des IGH zu betreiben, um den Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 „politisch und rechtlich“ zu decken. Dennoch entschloss sich Israel, eine juristische Abordnung nach Den Haag zu entsenden, um die Vorwürfe zu widerlegen. Der IGH hat schlussendlich über den eingebrachten Eilantrag Südafrikas entschieden und Israel kein Ende der Kampfhandlungen vorgeschrieben. Der IGH hat Israel aber aufgefordert, den Schutz der Zivilbevölkerung und humanitäre Hilfe sicherzustellen. Eine finale Entscheidung des IGH über den seitens Südafrika eingebrachten Antrag wird ohnehin erst in Jahren erwartet.

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Israel und Südafrika

Während die diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Südafrika nicht erst seit dem Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 von Spannungen geprägt sind, zeichnet sich in Hinblick auf das ökonomische Geflecht beider Staaten ein differenzierteres Bild ab.

Der Handel zwischen den beiden Ländern erreichte im Jahre 2012 mit knapp 1,2 Mrd. USD seinen Höhepunkt. Bis Ende 2022 hat sich diese Zahl jedoch halbiert. Ausschlaggebend hierfür dürfte die unter Jacob Zumas Präsidentschaft verschärfte politische Gangart Südafrikas gegenüber Israel sein. Wie bereits erwähnt, schloss sich 2012 der regierende ANC der BDS-Kampagne an und israelische Produkte mussten seitdem auch deutlich als solche gekennzeichnet werden. Der absolute Tiefpunkt der Handelsbeziehungen wurde 2020 erreicht, wobei auch die Auswirkungen der COVID 19-Pandemie mutmaßlich daran beteiligt waren. Seit 2021 ist allerdings ein Aufwärtstrend in der südafrikanischen Exportleistung nach Israel erkennbar. Für 2022 konnte Südafrika einen deutlichen Zuwachs in der Höhe von rund knapp

44 % gegenüber 2020 verzeichnen. Zu den größten Exporten aus Südafrika nach Israel gehören mineralische Brennstoffe und Öle, gefolgt von Edelsteinen und Metallen. Auch bei den Obstausfuhren nach Israel ist seit 2020 ein Anstieg zu verzeichnen. Daten des Observatory of Economic Complexity (OEC) zeigen, dass Kohle, Diamanten und Weintrauben mit einem Gesamthandelswert von 189 Mio. USD im Jahr 2021 die wichtigsten Exportgüter nach Israel waren.¹ Die rezenten politischen Ereignisse, allen voran der bereits erwähnte Gang vor den IGH und der Antrag des südafrikanischen Parlaments, alle diplomatischen Beziehungen mit Israel einzustellen, könnten den Aufwärtstrend der Handelsbeziehungen jäh beenden, sollte dies von Südafrika tatsächlich umgesetzt werden. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Unterstützung des Antrags durch den ANC unter anderem darauf abzielt, sich die Stimmen der muslimischen Gemeinschaft im Westkap für die bevorstehenden Parlaments- und Kommunalwahlen im Frühjahr 2024 zu sichern. Außerdem gibt es Bedenken, dass ein diplomatischer Bruch mit Israel, negative Auswirkungen auf die weitere Teilnahme Südafrikas am African Growth and Opportunity Act (AGOA) haben könnte. Bereits frühere Drohungen Washingtons, Südafrikas AGOA-Status aufgrund seiner Haltung zu Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zu reevaluieren, verstärken diese Bedenken zusätzlich.



Der African Growth and Opportunity Act (AGOA) ist ein Zollprogramm der US-Regierung, welches einem Großteil subsaharischer Staaten unilateral Zollerleichterungen gewährt. Ziele dieses Programms sind zum einen die Förderung von Entwicklungs- und Schwellenländern und zum anderen die Versorgung der US-amerikanischen Industrie mit Rohstoffen und industriellen Vorprodukten. Führender Exporteur im Rahmen des AGOA-Programms ist Südafrika mit einem Gesamtexportvolumen von über 2,7 Mrd. USD in die USA.

Einen heiklen Aspekt der Handelsbeziehungen beider Länder stellen mögliche Waffenexporte von Südafrika nach Israel dar. Im November 2023 gab der südafrikanische ANC-Abgeordnete Zwelivelile "Mandla" Mandela eine Medien-erklärung ab, in der er einen sofortigen Stopp aller Waffen- und Munitionsverkäufe an das "Apartheid-Israel" forderte. Er appellierte insbesondere an den Minister für Staatsbetriebe Pravin Gordhan und den Vorsitzenden der staatlichen Waffenbeschaffungsagentur Armaments Corporation of South Africa (Armscor), ein sofortiges Waffenembargo zu verhängen. Darüber hinaus forderte er die Führung des staatlichen Rüstungsunternehmens Denel auf, den Verkauf von Militärgütern an Israel einzustellen. Grund für diese Erklärung waren Diskrepanzen bei den Berichten über den Export von militärischer Ausrüstung und Munition aus Südafrika und der Verdacht, die strengen Exportregeln für südafrikanische Rüstungsgüter, insbesondere nach Israel, zu umgehen.

Laut dem National Conventional Arms Control Committee (NCACC), das sämtliche Waffenverkäufe Südafrikas genehmigen und überwachen muss, stieg der Gesamtwert der weltweit exportierten südafrikanischen Militärhardware und Munition im Kalenderjahr 2022 auf 4,679 Mrd. Rand, im Vergleich zu 3,353 Mrd. Rand im Jahr 2021. Der Bericht des NCACC zeigt jedoch keine Verkäufe nach Israel. Auch Armscor hat angegeben, dass keine Waffen aus Südafrika nach Israel verkauft wurden.

Es zeigte sich jedoch, dass diese Angaben nicht mit den aktuellen Exportzahlen des Südafrikanischen Zollamts (South African Revenue Service) oder mit der UN Comtrade-Datenbank für den internationalen Handel korrelieren. Das NCACC erklärte daraufhin, dass Südafrika keine Waffen an Israel liefere. Ezra Jele, Leiter des Sekretariats des NCACC, betonte, dass das NCACC das nationale Waffenkontrollgesetz (National Arms Control Act) von 2002 befolgt und sich streng an die Vorschriften hält. Das Waffenkontrollgesetz schreibt vor, dass der NCACC die Weitergabe von konventionellen Waffen vermeiden muss, die regionale militärische Konflikte eskalieren oder zu regionaler Instabilität beitragen könnten. Das Gesetz verbietet auch die Weitergabe von Waffen an Länder, die Menschenrechte missachten oder Krieg gegen eigene Bürger

¹ Gesamtexportvolumen Südafrika nach Israel 2021: 255 Mio. USD; Gesamthandelsvolumen Südafrika-Israel: 498 Mio. USD (© OEC).

führen. Jele betonte, dass alle Waffenexporte nach Israel oder in ein anderes Land ein strenges Genehmigungsverfahren durch den NCACC durchlaufen müssten. Der Generaldirektor des Ministeriums für Internationale Beziehungen und Kooperation Zane Dangor hat jedoch bereits angekündigt, dass die Regierung diesbezüglich Untersuchungen aufnehmen würde.

Bemerkenswert ist, dass der größte südafrikanische Waffenhersteller Paramount ebenfalls bestätigt hat, keine Waffen nach Israel verkauft zu haben. Die Eröffnung einer Niederlassung der Firma in Tel Aviv 2021, nach Darstellung Paramounts ein reines „Technical Liaison Office“ ohne Verkaufsfunktion, lassen dennoch andere Vermutungen zu.

Ausblick

Die kritische Haltung gegenüber Israel des seit 1994 durchgehend mit absoluter Mehrheit regierenden ANC ist aufgrund historischer Ereignisse tief in der DNA der Partei verwurzelt. Während aber die Beziehungen zu Israel unter Mandela und Mbeki zwar nicht als herzlich, im besten Fall als stabil zu bezeichnen waren, änderte sich dies grundlegend mit der Präsidentschaft Zumas ab dem Jahr 2009. Wie bereits erwähnt, fielen in seine Regierungszeit durchaus als israelfeindlich zu bezeichnende Maßnahmen. Auch wurde erstmals das Narrativ, welches Israel als Apartheidstaat brandmarkt und bis heute Bestand hat, von offizieller Regierungsseite bedient. Es drängt sich allerdings der Verdacht auf, dass die Maßnahmen und Anschuldigungen gegenüber Israel als Vehikel gedient haben, um innenpolitisch Kapital daraus zu schlagen. So war die Präsidentschaft Zumas von einer veritablen Wirtschaftskrise, grassierender Korruption und einer dementsprechenden Unzufriedenheit in der südafrikanischen Gesellschaft geprägt.

Auch im aktuellen Konflikt versucht der ANC möglicherweise, die eigene Apartheidvergangenheit im Zusammenhang mit Israel zu instrumentalisieren, um die Gunst der Wählerschaft zu gewinnen und diese an die Wahlurne zu locken. Die aktuellen außenpolitischen Maßnahmen und die scharfe Rhetorik gegen Israel im Zuge des aktuellen Gaza-Konflikts könnten als Teil dieses Versuchs gedeutet werden.

Zwar konnte sich der ANC unter Ramaphosa bei den Parlamentswahlen 2019 mit knapp 58 Prozent durchsetzen, die Zahlen einer im März 2023 durchgeführten Umfrage der Social Research Foundation (SRF) zeigen allerdings mittlerweile ein anderes Bild. Die Umfrage weist deutlich auf einen Rückgang der Unterstützung des ANC hin.

Der potenzielle Stimmenanteil des ANC würde demgemäß nur bei 45 Prozent liegen. Das würde den erstmaligen Verlust der absoluten Mehrheit im Parlament bedeuten und der ANC wäre auf einen oder mehrere Koalitionspartner angewiesen. Vorboten eines potenziellen Wahldebakels im kommenden Frühjahr waren bereits die Kommunalwahlen von 2021, bei der der ANC erstmals die absolute Mehrheit verlor. Die Gründe für das schwache Abschneiden bei den Kommunalwahlen und die schlechten Wahlprognosen sind vielfältig.

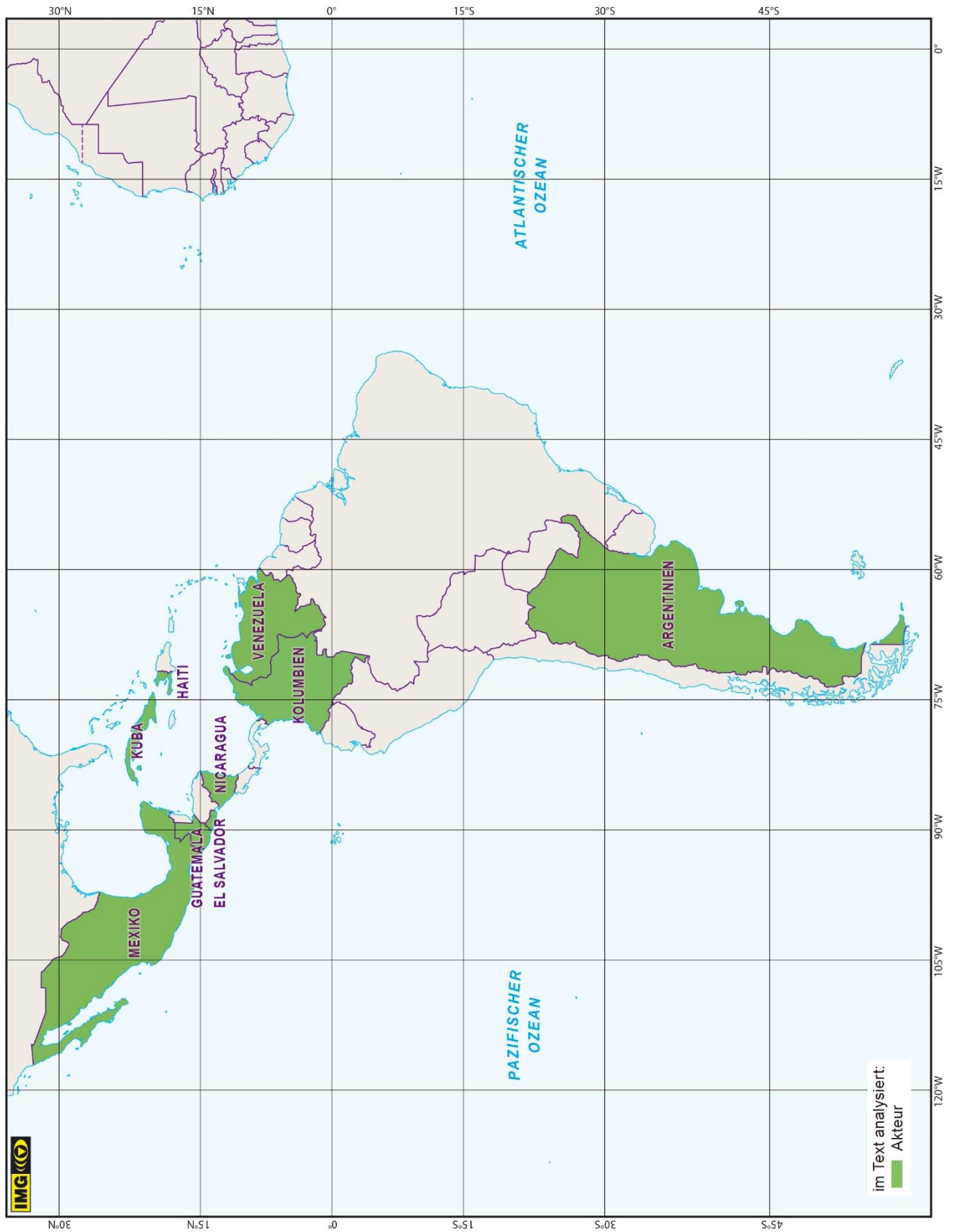
Galt Ramaphosa bei seiner Wahl 2019 noch als Hoffnungsträger in weiten Teilen der Bevölkerung, trat schon bald Ernüchterung ein. Ramaphosa sah sich nicht nur mit einem eigenen Korruptionsskandal konfrontiert, der als "Farmgate" bekannt wurde und trotz der Entlastung seitens der Antikorruptionsbehörde sein selbstaufgelegtes Image als Kämpfer gegen Korruption beschädigt hat. Auswirkungen der erratischen Politik seines Vorgängers Jacob Zuma, die zu einem Jahrzehnt mit geringem Wachstum und anhaltender politischer Unsicherheit geführt haben, sind ebenso ausschlaggebend. Darüber hinaus sind weiterhin die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie zu spüren.

Nach wie vor ist Südafrika mit multidimensionalen Herausforderungen seiner Wirtschaft konfrontiert. Darunter fallen unter anderem wiederkehrende Stromausfälle, steigende Arbeitslosigkeit und der negative Ausblick auf seine Investment-Grade Bewertungen. Das in Johannesburg ansässige Beratungsunternehmen für politische und wirtschaftliche Risiken, Eunomix Business & Economics Ltd., prognostiziert für Südafrika bis 2030 einen möglichen wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch, wenn das Land sein Wirtschaftsmodell nicht ändert und keine wachstumsfreundliche Politik umsetzt.

Das könnte ein Grund dafür sein, dass trotz diplomatischer bis dato noch keine wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Israel gesetzt wurden, um den seit drei Jahren kontinuierlich wachsenden Handel nicht zu gefährden. Zwar ist das Handelsvolumen mit Israel im Vergleich zu anderen Ländern noch relativ gering, allerdings wäre es nach Einschätzung südafrikanischer Wirtschaftsexperten dennoch ein Fehler, Handelsbeziehungen mit einem hochtechnologischen und diversifizierten israelischen Markt einzustellen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die israelisch-südafrikanischen Beziehungen nach den Wahlen in

Südafrika entwickeln werden. Es ist aber davon auszugehen, dass es vor den richtungsweisenden Parlamentswahlen keine Entspannung geben wird. Zu sehr benötigt der ANC das antiisraelische Narrativ, um die eigene und potenzielle Wählerschaft zu mobilisieren. Da die größte Oppositionspartei Democratic Alliance (DA), die vor allem in den afrikaans- und englischsprachigen Bevölkerungsanteilen ihre Kernwählerschaft hat und sich zudem eher proisraelisch positioniert, in Umfragen aufholt, verwundert das kaum.



Latinamerika

Schwieriger Anlauf für Lateinamerikas neue Präsidenten

Alexander Panzhof

Javier Milei will Argentinien „zerlegen“

Am 1. Dezember 2023 trat der neue argentinische Präsident Javier Milei sein Amt an. Mit der Wahl des libertären und konservativen Rechtspolitikers hat in **Argentinien** eine neue politische Ära begonnen, die höchstwahrscheinlich mit einem radikalen politischen Umschwung einhergehen wird. Die Ex-Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner, die als politische „Strippenzieherin“ in der Regierung von Präsident Alberto Fernández galt, wurde Ende 2023 wegen Korruption, nicht rechtskräftig, zu sechs Jahren Haft verurteilt. Der überwältigende Sieg von Javier Milei mit 55 % bei den Stichwahlen gegen den amtierenden Wirtschaftsminister Sergio Massa kann im Allgemeinen auf die Wut der Bevölkerung auf das korrupte System, die ökonomische Dauerkrise und die wachsende Armut im Land zurückgeführt werden. Mit einer Inflationsrate von 140 % verschlechterte sich fortdauernd auch die soziale Lage der Mehrheit der Wähler in der vergangenen Dekade. Das politische Programm des neuen argentinischen Staatsoberhauptes richtet sich daher primär auf einen marktwirtschaftlichen Umbau, der insbesondere den Abbau staatlicher Betriebe und deren Privatisierung vorsieht.

Eine weitere Absicht von Javier Milei ist die Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Medien, die er als Propagandawerkzeuge hinstellt. Auch außenpolitisch ist eine Richtungsänderung vorgesehen. Besucht ein neu gewähltes argentinisches Staatsoberhaupt traditionell das Nachbarland Brasilien, kündigte Milei bereits an, dass seine erste Auslandsreise in die USA und im Anschluss nach Israel führen wird. Bis dato fruchteten seine Ankündigungen, den Staat radikal umzuändern, allerdings nicht – ganz im Gegenteil. Die Inflation sollte mit einer radikalen Marktoffnung bekämpft werden, tatsächlich stiegen jedoch innerhalb einer Woche die Benzin- und Lebensmittelpreise um 30 %, die Transportkosten um 600 %. Die Absicht, keine politischen Eingriffe und Regulierungsmaßnahmen einzuleiten, zielte darauf ab, die Preise „ehrlich zu machen“. Eine immense Kostensteigerung war zwar erwartet worden, ob sich die Hoffnung des neuen Staatsoberhauptes jedoch erfüllt, dass die Preise in den kommenden Wochen wieder sinken, wird sich zeigen.

Zudem bleibt abzuwarten, ob Mileis eingeschlagener Wirtschaftskurs rechtlich überhaupt abgesichert ist. Die Gerichte könnten nach Überprüfung seiner Maßnahmen zum Entschluss kommen, dass diese nicht verfassungskonform sind und sein Prestigeprojekt zu Fall bringen. Aber nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch gesellschaftspolitisch soll es Änderungen geben. So sollen künftig das Demonstrationsrecht, aber auch das Recht auf vorzeitigen Abbruch einer Schwangerschaft stark beschränkt werden. Der neue argentinische Präsident hat einen wirtschaftlichen Totalschaden geerbt, welchen er mit einer Entstaatlichung und somit mit einer Überführung von Staatseigentum in Privatbesitz sowie mehr Marktwirtschaft bekämpfen möchte.

Angesichts der massiv ausufernden Inflation im Land reagiert die argentinische Zentralbank mit der Ausgabe neuer Geldscheine, um die zunehmend anwachsende Geldentwertung in den Griff zu bekommen. Im Dezember 2023 stiegen die Verbraucherpreise um über 200 % im Vergleich zum Vorjahresmonat. Dies veranlasste die Notenbank, die bis dato größte Banknote, den 2000-Peso-Schein, der erst voriges Jahr eingeführt wurde, abzulösen. Noch heuer sollen 10.000- und 20.000-Peso-Scheine in Umlauf gebracht werden, um die Inflation einigermaßen abzufedern. Obwohl der neu amtierende Präsident einräumte, dass sich die wirtschaftliche Lage im Land erst einmal verschlechtern werde, bevor eine Besserung eintritt, nimmt schon etwas mehr als einen Monat nach seinem Amtsantritt der Widerstand in der Bevölkerung zu. Ob die Kernsanierung der argentinischen Wirtschaft unter anderem mit harten Sparmaßnahmen gelingen wird oder zu einem Regierungskollaps und Staatsbankrott führt, bleibt noch abzuwarten.

Bernardo Arevalo ist Guatemalas neues Staatsoberhaupt

Zum ersten Mal in der Geschichte wurden in **Guatemala** indigene Repräsentanten des Landes als politischer Faktor wahrgenommen. Nicht nur Wirtschaftsträger und Botschaftsangehörige, sondern auch der guatemaltekeische Präsident Alejandro Giammattei setzten sich im Oktober des Vorjahrs an einen Tisch, um zu verhandeln. Giammattei, der wohl als korruptester Präsident in die Geschichte Guatemalas eingehen wird, gelang es jedoch nicht mehr, die Macht an sich zu reißen. Nach einer turbulenten Präsidentenwahl im größten mittelamerikanischen Land traf sich der

Amtsinhaber erstmals mit dem designierten Staatsoberhaupt Bernardo Arevalo. Dieser hatte von einem versuchten Staatsstreich durch korrupte und antidemokratische Akteure aus Justiz und Politik gesprochen, da sie vehement versuchten, seine Vereidigung als neuen Präsidenten Guatemalas zu verhindern. Arevalo bekräftigte bei seinem Treffen mit Giammattei seine Zuversicht, dass dieser dazu beitragen werde, die Versuche der Justiz zu stoppen, die verfassungsmäßige Ordnung beim Übergangsprozess zum Amtsantritt des neu gewählten Präsidenten zu untergraben. Trotz des massiven Widerstands mächtiger Akteure und Verzögerungen in letzter Minute wurde dem Wählerwillen entsprochen. Am 15. Jänner 2024 legte der Sozialdemokrat Bernardo Arevalo seinen Amtseid ab und löste den konservativen Staatschef Alejandro Giammattei ab. Der Versuch einer korrupten Elite, ein demokratisch gewähltes Staatsoberhaupt an seiner Amtsübernahme zu hindern, ist somit gescheitert. Dies verdankt er der indigenen Bevölkerung und internationalen Sanktionen.

Bandengewalt breitet sich in Lateinamerika immer rasanter aus

Ein weiterer und sich immer stärker ausdehnender Konflikt besteht auf der Karibikinsel Hispaniola, die sich die stabile Dominikanische Republik und das zunehmend anarchistische **Haiti** teilen. Angesichts der immer stärkeren Bandengewalt auf Haiti, die mittlerweile schon in dominikanisches Territorium eindringt, wurde der Grenzschutz der Dominikanischen Republik verstärkt. Die andauernde instabile Lage des Landes, deren Hauptursache in der Gewaltausübung krimineller Banden liegt, veranlasste im vorangegangenen Jahr Haitis Ministerpräsident Ariel Henry, den UN-Sicherheitsrat aufzurufen. Insbesondere in der Hauptstadt Port-au-Prince wird die Bevölkerung von den Banden terrorisiert. Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden im ersten Halbjahr 2023 beinahe 2.500 Menschen in Haiti getötet und über 950 entführt. Zudem verschärft die Gewalt die ohnehin schon schwierige Versorgungslage des Inselstaates, in dem die Hälfte der elf Millionen Einwohner an Hunger leiden und ein Großteil der Menschen in behelfsmäßigen Quartieren unter desaströsen hygienischen Verhältnissen lebt. Die Sicherheitskräfte des Landes gelten als überfordert und sind schon seit Längerem nicht mehr in der Lage, die Bandengewalt unter ihre Kontrolle zu bringen.

Der UN-Sicherheitsrat hat daher für eine internationale Polizeimission unter der Führung Kenias zugestimmt. Der internationale Einsatz soll die haitianische Regierung in ihren Bemühungen, gegen die kriminellen Banden vorzugehen, unterstützen. Die Mission ist für ein Jahr anberaumt, und allein Kenia stellt 1.000 Polizisten zur Verfügung. Die USA kündigten indessen an, die internationale Truppe logistisch und mit 100 Mio. USD zu unterstützen. Haitis Außenminister Jean Victor Génésus betonte die hohe Bedeutung einer bewaffneten ausländischen Truppe in dem kleinen Inselstaat, die wesentlich bei der Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit im Land behilflich sein wird. Dennoch gab er zu bedenken, dass auch die sozioökonomische Entwicklung berücksichtigt werden muss, um der extremen Armut zu begegnen.

Eine ausländische bewaffnete Intervention zur Bekämpfung der Bandengewalt bleibt jedoch sowohl für das haitianische Volk als auch für die internationale Gemeinschaft umstritten.

Auch das ehemals stabile und wirtschaftlich aufstrebende **Ecuador** befindet sich gegenwärtig in einem Sog von Gewalt und Korruption, nachdem Drogenkartelle Ecuador als lukratives Transitland erkannt hatten. Als im August 2023 der ecuadorianische Journalist und Präsidentschaftskandidat Fernando Alcibiades Villavicencio Valencia ermordet wurde, ging die Bevölkerung davon aus, dass die Gewalt in dem Andenstaat ihren Zenit erreicht hat.

Doch schon im darauffolgenden Monat haben in sechs Gefängnissen im Land Häftlinge mehrere Wachbeamte und Polizisten in ihre Gewalt gebracht. Die Geiselnahmen galten als Vergeltungsmaßnahme für großangelegte Gefängnisdurchsuchungen. Zur gleichen Zeit explodierten in der Hauptstadt Quito zwei Autobomben. Angesichts der auswuchernden Bandenkämpfe zwischen Organisationen mit Verbindungen zu den mexikanischen und kolumbianischen Drogenkartellen verhängte die ecuadorianische Regierung für 60 Tage den Ausnahmezustand für alle Haftanstalten des Landes.

Im Jänner 2024 entkam ein hochrangiges Mitglied eines Drogenkartells aus einem ecuadorianischen Gefängnis, worauf ein landesweiter Ausnahmezustand verhängt und das Militär auf den Straßen eingesetzt wurde. Nach dieser Ankündigung kam es zur Entführung mehrerer Polizisten, und bewaffnete Bandenmitglieder nahmen während einer Liveübertragung des staatlichen Fernseh-

senders TC Television mehrere Journalisten und Mitarbeiter als Geiseln, um zu demonstrieren, wie mächtig die Mafia sei.

Aufgrund der nicht aufzuhaltenden Bandengewalt hat der erst seit zwei Monaten amtierende Präsident Daniel Noboa die Streitkräfte des Landes angewiesen, gegen mehr als 20 kriminelle Organisationen militärisch vorzugehen. Ecuador befindet sich in seinem Kampf gegen mächtige Gangs und das organisierte Verbrechen mittlerweile in einem internen bewaffneten Konflikt. Mehrere Banden, die den mächtigen mexikanischen Kartellen zuzuordnen sind, kämpfen um die Kontrolle der „Drogen-Transitrouten“ durch Ecuador. Die Gruppierungen wurden seitens der Regierung als terroristische Organisationen eingestuft und als militärische Ziele definiert. Mit bewaffneten Angriffen auf Krankenhäuser, Gefängnisaufständen und Entführungen von Polizisten hat die Gewalt auf den Straßen inzwischen solch ein Ausmaß erreicht, dass alle Schulen des Landes geschlossen bleiben.

Schon vor einigen Jahren wurde Ecuador vom internationalen Verbrechen als logistisches Zentrum bestimmt. Insbesondere die beiden mexikanischen Mafiaorganisationen Sinaloa-Kartell und das Jalisco-neue-Generation-Kartell, aber auch die albanische Mafia ringen um die Kontrolle von „Kokain-Routen“ nach Europa und in die USA. Vor allem die Lage zwischen den beiden „Koka-Ländern“ Kolumbien und Peru, seine dollarbasierte Wirtschaft und einer der größten Häfen Lateinamerikas machen das Land für die Verbrechersyndikate attraktiv. Obwohl schwer bewaffnete Soldaten in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito patrouillieren, werden dort von Jugendlichen Autos angezündet und Menschen in Panik versetzt.

Örtliche Banden werden von internationalen Verbrechersyndikaten für ihre Zwecke eingesetzt, die untereinander immer gewaltsamere Konflikte austragen. In den vergangenen Jahren wurden in den Gefängnissen Ecuadors Hunderte Menschen ermordet. Viele junge Ecuadorianer verlassen mangels wirtschaftlicher Perspektiven das Land oder schließen sich kriminellen Banden an. Der neue, erst 36 Jahre alte ecuadorianische Präsident, Daniel Noboa, hat sich und seiner Regierung den Kampf gegen das organisierte Verbrechen als oberstes Ziel gesetzt. Er will mit Zustimmung der Bevölkerung Reformen, wie die Erhöhung von Haftstrafen bei Kapitalverbrechen, einleiten und den gesamten Sicherheitsbereich erneuern. Wie

bereits erwähnt, wird auch das ecuadorianische Militär vermehrt zur Verbrechensbekämpfung eingesetzt.

Hierbei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die vorangegangene Regierung eine gültige Vereinbarung mit den USA hinterlässt, welche die Präsenz von US-Militär auf ecuadorianischem Territorium ermöglicht. Das Abkommen, welches der Bekämpfung der mexikanischen Drogenkartelle dient, berechtigt 20 Jahre nach der Schließung einer US-Militärbasis in Manta durch eine Volksabstimmung, die US-Streitkräfte künftig sowohl an Land als auch vor der Küste Ecuadors aktiv zu werden. Erst in jüngster Vergangenheit wurde die tiefe Sicherheitskrise im Land noch einmal mehr verdeutlicht. Ein Staatsanwalt, der die Ermittlungen rund um die Geiselnahme des staatlichen Fernsehsenders geleitet hat, wurde auf offener Straße erschossen. Der Kampf krimineller Banden untereinander und gegen den Staat führte nunmehr dazu, dass der ecuadorianische Präsident mittlerweile die USA und andere Länder um Unterstützung zur Beseitigung der inneren Krise gebeten hat. Der von ihm verhängte Ausnahmezustand und die nächtlichen Ausgangssperren gefährden mittlerweile nämlich auch den Handel und die Wirtschaft des einst wirtschaftlich blühenden Andenstaats.

Auch Kolumbien hat angesichts der Drogen- und Bandenkrise im Nachbarland seine Grenzen verstärkt, um eine Durchreise von Flüchtlingen und Kriminellen aus Ecuador zu verhindern. Insbesondere in der südwestlichen Gemeinde Nariño in Kolumbien wurden die Kontrollen verschärft, um die Einreise von vorbestraften Personen oder solchen, die mit Straftaten und Drogenhandel in Verbindung stehen, zu verwehren. Ermittlungen zufolge gibt es in dieser Grenzregion Kokainschmuggelrouten, auf denen ecuadorianische Banden mit kolumbianischen Drogenkartellen zusammenarbeiten.

Lateinamerikas autoritäre Führer blühen auf

Sicherheit gegen Freiheit

Ein ganz anderes Bild – betreffend Banden-kriminalität – ergibt sich hingegen in **El Salvador**. Anfang Februar möchte der salvadorianische Staatspräsident Nayib Bukele für seine Wiederwahl kandidieren, obwohl die Verfassung zwei aufeinanderfolgende Kandidaturen verbietet. Mit seinem harten Durchgreifen gegen die Banden-

riminalität erreichte Bukele über 90 % Zustimmung aus der Bevölkerung und ebnete den Weg für eine neue Art von Populismus, der sich zwischen Autoritarismus und Demokratie wiederfindet. Sein autoritärer Kurs, der unter anderem Massenverhaftungen ermöglichte, findet in anderen Ländern immer mehr Nachahmer, und El Salvador befindet sich mittlerweile auf dem Weg in eine Diktatur.

Einst galt das Land mit seinen 6 Millionen Einwohnern als das gefährlichste der Welt und zählte bis zu 100 Morde pro Tag. Zum Vergleich: In Österreich gibt es rund 40 Tötungsdelikte pro Jahr.

Die hohe Anzahl an Mordopfern konnte Großteils den Straßenbanden zugeordnet werden, die in den 1960er-Jahren in den USA entstanden. Nach dem amerikanischen Vorbild hatten salvadorianische Immigranten in Los Angeles Gangs gegründet, aus denen später die beiden größten und zugleich gefährlichsten Banden entstanden, die „Mara Salvatrucha“ und die „Mara 18“. Als US-Behörden begannen, Mitglieder der beiden Gruppen zu inhaftieren und in ihre Herkunftsländer abzuschicken, musste sich die Politik in El Salvador einer neuen Herausforderung stellen. Innerhalb kürzester Zeit übernahmen die Kriminellen die „Straßen“ und entwickelten sich zu einem Staat im Staat und Streitigkeiten – auch mit der Staatsmacht – endeten oft tödlich.

Heutzutage ist die Mordrate nach salvadorianischen Regierungsangaben auf 154 gesunken, was bedeutet, dass das Land die niedrigste Mordrate in Lateinamerika und die zweitniedrigste, hinter Kanada, am gesamten amerikanischen Kontinent aufweist. El Salvadors Justizminister Gustavo Villatoro begründet den starken Rückgang mit der rigorosen Politik der Regierung von Präsident Bukele gegen die Bandenriminalität.

Ortega-Familie geht gegen katholische Kirche vor

In **Nicaragua** ist ein immer härteres Vorgehen gegen Regierungsgegner beobachtbar. Der ehemalige linke Guerillero Daniel Ortega ließ bereits etliche Oppositionelle aus dem mittelamerikanischen Land ausweisen und zahlreiche NGOs schließen. Gegenwärtig geht Nicaraguas Langzeitherrscher gegen die katholische Kirche vor und verbietet den Jesuiten-Orden im Land.

Als fadenscheinige Begründung gibt die Regierung vor, dass die Gesellschaft Jesu seit drei Jahren keinen Finanzbericht vorgelegt hat, zu dem sie als

gemeinnützige Organisation aber verpflichtet sei. Durch das scharfe Vorgehen gegen die Kirche wurden bereits das kirchliche Hilfswerk Caritas, mehrere katholische Radiosender sowie private Universitäten aufgelöst. Ein Bischof, welcher der behördlichen Ausweisung aus dem Land nicht folgte, wurde wegen Untergrabung der nationalen Integrität zu über 25 Jahren Haft verurteilt.

Der sandinistische Diktator hat um die Weihnachtsfeiertage des vergangenen Jahres regelrecht eine Jagd auf katholische Priester entfesselt. Die Wut Ortegas gegen die Kirche zeichnete sich schon 2018 ab, als Studierende aufgrund einer von der Regierung geduldeten Brandrodung in einem Naturschutzgebiet einen landesweiten Protest auslösten. Die Demonstration wurde seitens des Ortega-Clans brutal niedergeschlagen. Zu dieser Zeit öffnete die Kirche ihre Türen, um Demonstranten Schutz vor der Willkür der nicaraguanischen Sicherheitskräfte zu gewähren.

Die jüngste Verhaftungswelle erfolgte aufgrund einer Verbalattacke von Vizepräsidentin Rosario Murillo, der Ehefrau von Daniel Ortega, indem sie den Kirchenvertretern in den vom Ortega-Regime kontrollierten staatlichen Medien vorwarf, Hass in der nicaraguanischen Gesellschaft zu schüren.

Zuletzt hatte die Polizei einen Bischof und zwölf Priester verhaftet, die sich angeblich mit dem seit mehr als 500 Tagen inhaftierten nicaraguanischen Bischof Rolando Álvarez verbündet haben. Álvarez wurde wegen Hochverrats zu mehreren Jahren Haftstrafe verurteilt. Mittlerweile sind der Bischof, 13 Priester und 3 Seminaristen aufgrund einer Intervention von Papst Franziskus freigelassen und nach Rom abgeschoben worden.

65 Jahre Einparteindiktatur

Kuba feierte am 1. Jänner 2024 zum 65. Mal den Jahrestag seiner Revolution. Am 1. Jänner 1959 zogen die erfolgreichen Guerilleros unter der Führung von Fidel Castro und Che Guevara in Havanna ein und stürzten den US-freundlichen Diktator Fulgencio Batista y Zaldívar. Seit diesem Zeitpunkt unterliegt das erste sozialistische Land auf dem amerikanischen Kontinent der längsten und umfangreichsten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die je gegen ein Volk verhängt wurde. Dennoch, oder vielleicht genau deswegen, herrscht auf der Zuckerinsel das politisch stabilste System in der Region vor. In vielen Ländern Lateinamerikas litt die Bevölkerung unter meist US-

freundlichen Diktatoren, die ihre Macht oftmals mit Todesschwadronen, Folter, „Verschwinden lassen“ und Morden an Oppositionellen zementieren wollten. Kuba hingegen ging den Zielen der Revolution nach und verstand es, in kurzer Zeit die Insel zum ersten vom Analphabetismus überwundenen Land der Region zu machen. Kuba weist weltweit eines der besten Gesundheitssysteme auf und verfügt über die größte Anzahl von medizinischen Fachkräften und Gesundheitseinrichtungen in Lateinamerika.

Migrations- und Drogenprobleme bleiben weiter ungelöst

Mexiko und die USA führen Krisengespräche

Um die irreguläre Migration einzudämmen, wollen die USA und Mexiko künftig wieder enger zusammenarbeiten. **Mexiko** liegt auf der Migrationsroute von Menschen, die hauptsächlich aus El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Nicaragua und vor allem Venezuela flüchten. Da die illegale Einwanderung ein dominierendes Thema im US-Wahlkampf 2024 sein wird, trafen sich Ende Dezember 2023 US-Außenminister Antony Blinken und Mexikos Staatschef Andrés Manuel López Obrador zu einem Krisengespräch. Zum Zeitpunkt des Treffens war im Süden Mexikos eine Migrantenkarawane von 7.000 Personen zu Fuß Richtung USA unterwegs.

Der mexikanische Präsident kündigte zwar die Verstärkung des Grenzschutzes zu Guatemala an, forderte aber zugleich Änderungen in der amerikanischen Außenpolitik. Damit war insbesondere die wirtschaftliche Förderung in der Region gemeint, indirekt verwies Obrador aber auch auf das US-Embargo gegen Kuba und die Wirtschaftssanktionen gegen Venezuela, die seiner Meinung nach all diese Migrationsbewegungen nur verstärken.

Da die Grenzpolitik in den USA ein besonders heikles Thema ist und die Republikaner den Demokraten vorwerfen, ungehindert tausende Ausländer ins Land einreisen zu lassen und dadurch eine Zunahme der Kriminalität und Drogenprobleme zu fördern, wird es für US-Präsident Joe Biden außenpolitisch äußerst schwierig sein, einen Konsens mit dem mexikanischen Präsidenten zu erzielen. Allein im November und Dezember 2023 wurden an der US-Grenze täglich rund 10.000 irreguläre Grenzübertritte aufgezeichnet. Mehr als zwei Millionen Migranten wanderten 2023 in die USA ein.

Kolumbiens Präsident legt neue Drogenstrategie fest

Als Gustavo Petro im August 2022 als erster linksgerichteter Präsident die politischen Agenden **Kolumbiens** übernahm, galt er als Hoffnungsträger für Erneuerungen in einer durch jahrzehntelange Guerilla-umkämpften, leidgeprüften Nation. Eine seiner Hauptanliegen war die Beendigung eines jahrelangen Drogenkrieges, die mit einer nun aufliegenden Zehn-Jahres-Drogenstrategie auch umgesetzt werden soll.

Obwohl laut dem jüngsten Bericht des UN-Büros zur Drogen- und Kriminalitätsbekämpfung die Nachfrage und das Angebot für Kokain leicht im Steigen sind und Kolumbien der größte Hersteller dafür ist, wird seitens der Regierung nicht versucht, die Herstellung von Kokain gewaltsam zu beenden. Der Schwerpunkt der neuen Strategie liegt vielmehr in der Einschränkung des Koka-Anbaus. Dies soll allerdings nicht durch eine zwangsläufige Zerstörung der Koka-Felder oder durch die Kriminalisierung der Erzeuger geschehen. Vielmehr versucht die kolumbianische Regierung, ein ländliches Entwicklungsprogramm einzuführen, zu dem eine schrittweise Anbausubstitution gehört.

Der Anbau von Kokapflanzen soll somit ersetzt, aber dennoch mit öffentlichen Mitteln für Koka-Gebiete verbunden sein. Auch die Legalisierung des Cannabiskonsums für Erwachsene sowie die Regulierung des Anbaus von Mohnsamen, Cannabis und Koka für Zwecke der Medizin, Wissenschaft, Industrie und Forschung wird angedacht. Noch fehlen für die Umsetzung der neuen Drogenstrategie ein Durchführungsplan, ein klar definiertes Budget und Tools zur Überwachung und Bewertung von Fortschritten. Sollte die Strategie jedoch greifen, könnte sich Kolumbien als weltweit wichtigster Kokain-Produzent an die Spitze einer globalen Reform der Drogenpolitik katapultieren.

Grenzstreit zwischen Venezuela und Guyana

Seit der amerikanische Ölgigant Exxon 2015 in Essequibo große Vorkommen an Erdöl entdeckte und die kleine Republik Guyana dadurch in eine boomende Petro-Republik verwandelte, verstärken sich in Venezuela wieder Ansprüche auf dieses Gebiet, deren Zugehörigkeit lang umstritten ist. 1899 war dieses Gebiet zwar dem Vereinigten Königreich zugesprochen worden, jedoch beanspruchte **Venezuela** schon damals dieses Territorium für sich und protestierte gegen diese Entscheidung. In alten venezolanischen Schul-

büchern waren Landkarten abgebildet, auf denen dieses Gebiet indigener Bewohner als Teil des Staatsterritoriums eingezeichnet ist.

Ein beachtlicher Ölfund im Oktober 2023 hat den jahrzehntelangen Grenzstreit mit dem benachbarten Venezuela wieder angeheizt. Das unter einer Wirtschaftskrise leidende sozialistisch regierte Venezuela drängt seit dem Fund mit Vehemenz auf die „Eingliederung“ der guyanischen Region Essequibo, worauf Guyanas Staatsoberhaupt Irfaan Ali von einer „direkten Bedrohung“ für sein Land sprach.

Nach einer umstrittenen Volksabstimmung über die Grenzziehung zu Guyana, an der sich über 10 Millionen Venezolaner beteiligt haben, rief der venezolanische Präsident Nicolás Maduro dazu auf, das ölreiche Gebiet per Gesetz zu einer venezolanischen Provinz zu erklären und Lizenzen für die Ölförderung auszugeben.

Bevor 1966 die damalige Kolonie Britisch-Guayana unabhängig wurde, wurde zwischen dem Vereinigten Königreich und Venezuela ein Abkommen geschlossen, welches eine Verhandlungslösung der mittlerweile 125 Jahre alten Gebietsansprüche Venezuelas vorsah.

Der Internationale Gerichtshof (IGH) der Vereinten Nationen hatte Venezuela unterdessen angewiesen, jegliche territorialen Gebietsansprüche zu unterlassen, was durch das vorangegangene Referendum allerdings abgelehnt wurde. Für Caracas ist das umstrittene Territorium seit jeher Venezuela zuzuordnen und bereits 2006 ließ der damalige Präsident Hugo Chávez auf die Fahne des Landes einen achten Stern für die beanspruchte Provinz hinzufügen. Dennoch interessierte sich Venezuela zu diesem Zeitpunkt schon jahrzehntelang nicht besonders für die Dschungelregion. Überhaupt war der sozialistische Expräsident Hugo Chávez mehr an guten nachbarschaftlichen Beziehungen interessiert, um seinen regionalen Führungsanspruch zu zementieren und exportierte verbilligtes Erdöl nach Guyana, welches zu dieser Zeit eines der ärmsten Länder am Halbkontinent war. Erst unter Maduro und dem wirtschaftlichen Abstieg Venezuelas gab es wieder – ergebnislose – Gespräche über die Region Essequibo.

Im Zuge des Grenzstreites zwischen Venezuela und Guyana wies das britische Verteidigungsministerium seine Streitkräfte an, das Patrouillenschiff „HMS Trent“ der Royal Navy vor Guyana zu

stationieren, um regionale Verbündete zu besuchen. Auch die USA kündigten eine Militärübung mit Guyana an. Angesichts der venezolanischen Drohkulisse beorderte auch Brasilien sein Militär in die Grenzregion zu den beiden nördlichen Nachbarn. Guyana hätte mit seiner Freiwilligenarmee mit rund 3.400 aktiven Soldaten einem militärischen Angriff Venezuelas wenig entgegenzusetzen. Die venezolanischen Streitkräfte sind – insbesondere mit russischen Waffen – hochgerüstet und mit ihren 123.000 Soldaten nach Brasilien, Kolumbien und Mexiko die viertstärksten in Lateinamerika.

Die Ölreserven Guyanas werden auf 10 Milliarden Barrel geschätzt, womit das winzige Land die größten Pro-Kopf-Ölreserven der Welt aufweist. Mehr als die der Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait zusammen. Mittlerweile haben sich beide Staaten darauf geeinigt, im Konflikt um das umstrittene Gebiet die Spannungen nicht zu verschärfen und keine Gewalt anzuwenden. Beide Länder verkündeten zudem in einer gemeinsamen Erklärung, keine gegenseitigen Gewaltandrohungen auszusprechen, die eine Eskalation von Konflikten oder Meinungsverschiedenheiten herbeiführen könnten.

Trotz des Konflikts mit seinem kleinen Nachbarland werden die Lockerungen der umfassenden Sanktionen, welche die US-Regierung zwischen 2017 und 2019 gegen den venezolanischen Erdölsektor verhängt hat, grundsätzlich nicht zurückgezogen. Allerdings zeigen die USA seit dem Krieg in der Ukraine wieder vermehrt Interesse an venezolanischem Öl. Bereits im November 2022 genehmigte die US-Regierung dem Energiekonzern Chevron, venezolanisches Erdöl in die USA einzuführen.

Nach der Teilaufhebung der Sanktionen sind der Handel und die Investitionen in Erdöl wieder erlaubt, weshalb internationale Unternehmen nach Venezuela zurückkehren. So wurden Ende des Vorjahrs wieder Handelsverträge mit großen Energiekonzernen geschlossen.

Rechte über Förderungen von venezolanischem Öl und venezolanischer Erdgasgewinnung werden insbesondere der spanische Energiekonzern Repsol, der Staatskonzern National Gas Company aus Trinidad und Tobago sowie der Privatkonzern Shell, die Kòrsou-Raffinerie in Curaçao sowie das schwedische Ölundunternehmen Maha Energy erlangen. Weitere Handelsbeziehungen auf dem Erdölsektor sind auch mit chinesischen, indischen,

japanischen, mexikanischen, kolumbianischen und brasilianischen Unternehmen geplant. Venezuela erwartet sich in der Folge für das Wahljahr 2024 eine Steigerung der Staatseinnahmen.

Die desolote Wirtschaftslage Venezuelas hat bereits mehr als sieben Millionen Menschen dazu bewegt, das Land zu verlassen. Das ist die größte Fluchtbewegung in Lateinamerika, und weltweit gibt es kaum eine andere Region, wo so viele Menschen ihre Heimat verlassen.

Israels Krieg gegen die Hamas spaltet den Subkontinent

Im Hinblick auf die weltweiten Konfliktherde nimmt Lateinamerika eine Sonderstellung ein, die der geografischen Lage des Halbkontinents geschuldet ist. An der Peripherie der westlichen Welt gelegen und sein kultureller Abstand von Kriegen außerhalb der Region lässt dem Subkontinent eine eher geringe militärstrategische Bedeutung zukommen. Die Entfernung von den vordergründigen Konfliktzentren der internationalen Geopolitik lässt Lateinamerikas Friedensinitiativen in den Hintergrund rücken.

Und dennoch polarisiert der Gaza-Israel-Krieg die Region, von der sich mehrere Länder mit dem palästinensischen Volk solidarisiert haben. Mit Blick auf den Konflikt im Nahen Osten ist ein gegenseitiges Unverständnis zwischen westlichen Akteuren und Lateinamerika zu beobachten. Insbesondere die Tatsache, dass die USA die militärische Reaktion Israels unterstützten, lässt am Halbkontinent eine ablehnende Haltung entstehen.

Mit einer halben Million Chilenen palästinensischer Herkunft lebt in Chile die größte palästinensische Gruppe außerhalb der arabischen Welt. Mit 180.000 Menschen bildet die jüdische Gemeinschaft in Argentinien die viertgrößte Diaspora der Welt. In Brasilien leben rund 60.000 palästinensische Migranten und 120.000 Menschen jüdischen Glaubens. In Kolumbien leben etwa 2.000 Juden und 100.000 Palästinenser und auch in Mexiko gibt es eine kleine Gemeinde mit Menschen palästinensischer Herkunft. Ebenso haben sich 67.000 Israelis in Mexiko angesiedelt.

Die kubanische Regierung kritisiert den Schutz der USA gegenüber Israel, das dadurch vollkommen straffrei handele, und Chile begrüßt die Aufforderung des Internationalen Gerichtshofes, dass Israel unverzüglich seine Militäroperationen im

und gegen den Gazastreifen einzustellen hätte. Die Regierungen von Brasilien und Kolumbien haben sich der Klage Südafrikas gegen Israel wegen Völkermordes in Gaza vor dem Internationalen Gerichtshof angeschlossen. Nicaragua unterstrich, dass sich Israel vor der internationalen Gemeinschaft verantworten müsse und Venezuelas Regierung rief dazu auf, Südafrikas Einsatz für das internationale Recht zu unterstützen. Bolivien hat mittlerweile seine Beziehungen zu Israel abgebrochen, und die Regierungen Kolumbiens und Chiles haben ihre Botschafter aus Tel Aviv zurückgerufen.

Mit Brasilien als Vorsitzendem im Sicherheitsrat und Ecuador als zweitem „rotierenden“ Vertreter der Region wurde ein Zeichen für das Engagement Lateinamerikas für einen aktiven Multilateralismus gesetzt. Die Region teilt im Allgemeinen die oftmals in Abstimmungen vor dem UN-Sicherheitsrat zum Ausdruck gebrachte Zweistaatenlösung, die auch die Schaffung eines palästinensischen Staates vorsieht.

Inzwischen hat auch Chile angekündigt, den Internationalen Strafgerichtshof aufzurufen, um „eine Untersuchung der in den besetzten Gebieten begangenen internationalen Verbrechen“ zu beantragen.

Der Gaza-Konflikt forderte bisher das Leben von drei Israelis chilenischer Herkunft und eine Geisel wird von der Hamas weiterhin festgehalten. Acht Argentinier wurden getötet und 22 Geiseln werden von der Hamas festgehalten. Auch Brasilien hat den Tod von drei brasilianischen Staatsbürgern zu beklagen, und die Regierung bemüht sich um die Freilassung von 29 Geiseln, die im Gazastreifen festgehalten werden. Zudem wurden zwei Kolumbianer getötet und zwei mexikanische Geiseln werden von der Hamas festgehalten.

Resümee

Mit großen Ambitionen, Argentinien zu reformieren, führte das neue Staatsoberhaupt Javier Milei einen lautstarken, erfolgreichen Wahlkampf. Milei, der den Staat eher als Problem denn als Lösung sieht, meinte erst kürzlich, dass der Kapitalismus nachweislich Wohlstand und Wachstum schaffe. Indirekt ging er dabei auf die ersten drei Jahrzehnte Argentinien nach seiner Staatsgründung ein, in welchen das lateinamerikanische Land zu einem der reichsten der Welt aufstieg. Danach wurden in Argentinien sozialistische Irrwege eingeschlagen, welche die

Nation, gemessen an ihrem Bruttosozialprodukt, weltweit auf den 140. Platz hinabstürzen ließen. Nach seiner Meinung funktioniere der Staat nur durch Zwang, je höher die Steuern, desto niedriger der Grad der Freiheit. Einer Umverteilung und sozialem Ausgleich kann der neu gewählte Präsident nichts abgewinnen. Vom kommunistischen China, dem zweitwichtigsten Handelspartner und Kreditgeber Argentiniens, hält Milei gar nichts. Dennoch kann er sein großes Reformvorhaben mit über 300 Gesetzesänderungen (darunter v.a. Staatssanierung und geopolitische Neuausrichtung) nur mithilfe des Parlaments durchbringen. Da seine Partei dort aber keine Mehrheit besitzt, wird sich der neue argentinische Präsident künftig wohl eher in Diplomatie üben müssen. Ansonsten könnte sein radikales Auftreten einen Streik im Land provozieren.

Während die Regierung in Haiti aufgrund der desolaten Sicherheitslage die USA und den UN-Sicherheitsrat um Unterstützung bittet, gegen die vorherrschende Bandengewalt einzuschreiten, wird in Ecuador das Militär gegen die ausufernde Gewalt unterschiedlicher (Jugend-) Gangs eingesetzt. Die seit mehreren Wochen andauernden Ausschreitungen in Ecuador zwingt den jungen Präsidenten Daniel Noboa dazu, die Armee einzusetzen, um die öffentliche Sicherheit wiederherzustellen. Lokale Banden, die zumeist von Drogenkartellen benutzt werden, um ihre illegalen Machenschaften durchzusetzen, erklärten der ecuadorianischen Staatsgewalt unverhohlen den Krieg. Nicht zuletzt wegen chaotischer Zustände in den Gefängnissen und der Flucht der beiden Drogenbosse Adolfo Macías alias «Fito» und Fabricio Colón Pico hat sich die Sicherheitslage in Ecuador zuletzt dramatisch verschlechtert. Mit 46,5 Tötungsdelikten pro 100.000 Einwohner im vorangegangenen Jahr erreichte der einst friedliche Andenstaat die höchste Mordrate seiner Geschichte und eine der höchsten Lateinamerikas. Präsidentschaftskandidat Fernando Villavicencio, der gegen die Korruption zu kämpfen versprach, wurde im August 2023 nach einer Wahlkampfveranstaltung erschossen. Es wird sich zeigen, ob der unerfahrene Noboa denselben Weg wie sein junger salvadorianischer Amtskollege Nayib Bukele einschlagen wird, um die Bandengewalt unter Kontrolle zu bringen. Der erbarmungslose Krieg Bukeles gegen Kriminelle in El Salvador und das harte Durchgreifen steigerte seine Beliebtheit beim Volk, und es ist praktisch sicher, dass Noboa sein Vorgehen kopieren wird. Ecuador könnte damit das

nächste lateinamerikanische Land sein, das sich einer Diktatur nähert.

In Guatemala wurde der historisch korrupteste Präsident abgewählt und die Bevölkerung des Landes kann nur abwarten, ob sowie auf Kuba endlich Stabilität einkehrt. Die Zuckerinsel feierte zum 65. Mal die Einführung der Politik des Sozialismus. Trotz jahrelanger Konflikte und Divergenzen mit den USA kann Kuba politisch als stabil eingestuft werden. In Kolumbien wird gegenwärtig versucht, mit einer neuen Drogenstrategie die Drogenkriminalität zu reduzieren. Die Maßnahmen, die dafür vorgesehen sind, können als zu schwach angesehen werden. Es ist nämlich eher zu bezweifeln, dass durch die Einschränkung des Koka-Anbaus oder durch die partielle Legalisierung von Cannabiskonsum dieses Ziel erreicht wird.

Mexiko hat sein Drogen- und Migrationsproblem weiterhin nicht unter Kontrolle und Einschüchterungsversuche seitens der USA gegenüber dem größten mittelamerikanischen Land werden nicht fruchten. Vielmehr müssten die USA Lateinamerika mehr Aufmerksamkeit schenken und den Versuch starten, Migrationshotspots wie Venezuela, Honduras, El Salvador, Guatemala, Nicaragua oder Haiti zu „demokratisieren“ oder wirtschaftlich zu unterstützen. Unentwegt Sanktionen oder andere Zwangsmaßnahmen zu setzen, werden die täglichen „Migranten-Karawanen“ Richtung USA jedenfalls nicht stoppen.

In Nicaragua wird zurzeit scharf gegen Würdenträger der katholischen Kirche vorgegangen, die seitens des Ortega-Regimes als Regierungsgegner wahrgenommen werden. Mehrere Priester und Pfarrer wurden in Haft genommen, weil sie Demonstranten Unterschlupf gewährten, um sie vor den örtlichen Sicherheitskräften zu schützen. Erst durch die Intervention durch das katholische Oberhaupt Papst Franziskus konnte die Lage zwar etwas entschärft, aber nicht verbessert werden. Nicaragua wird seit 1985, mit einer Unterbrechung von 1990 bis 2007, diktatorisch vom links gerichteten sandinistischen Ortega-Clan regiert.

Venezuela führt gegenwärtig einen Gebietsstreit mit seinem kleinen Nachbarland, um die neu entdeckten riesigen Erdölvorkommen Guyanas für sich zu beanspruchen. Großbritannien hat zur Unterstützung des Commonwealth-Partners angekündigt, ein Kriegsschiff in die Region zu schicken, weswegen der venezolanische Präsident

eine Militärübung angeordnet hat. Aktuell ist allerdings eine Beruhigung der Lage zu erkennen.

Der israelische Militäreinsatz im Gazastreifen spaltet die Welt, aber nicht Lateinamerika. Beinahe alle Länder der Region kritisieren das Vorgehen Israels gegen die zivile Infrastruktur in den palästinensischen Gebieten. Brasilien rief alle Parteien auf, maximale Zurückhaltung zu üben, während Argentinien die Wahrung des humanitären Völkerrechts von Israel einforderte. Absehbar war die Kritik der linksgerichteten autoritären Regime von Kuba, Nicaragua und Venezuela gegenüber der Vorgangsweise Israels. Bolivien hat seine diplomatischen Beziehungen abgebrochen und Chile sowie auch Kolumbien beorderten ihre Botschafter zurück. Hier muss allerdings angemerkt werden, dass in Chile die größte palästinensische Gruppe außerhalb des Nahen Ostens lebt. Die Solidarisierung der Länder des Globalen Südens mit dem palästinensischen Volk ist eine nicht zu unterschätzende politische Niederlage für Israels Versuch, seine Beziehungen nicht nur zur arabischen Welt zu verbessern. Vor Beginn des Gaza-Konfliktes konnte Israel erste Erfolge erzielen, sich islamischen Ländern wie Marokko, Saudi-Arabien oder den Arabischen Emiraten anzunähern, um eine politische Normalisierung herbeizuführen. Dieser Versuch hat auch in Lateinamerika einen schweren Rückschlag erlitten.

Cyberlage

Walter Unger
Daniel Hikes-Wurm

Die Cyberlage war im zweiten Halbjahr 2023 geprägt von den Cyberoperationen im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine. Zwar stand der jeweilige Kriegsgegner im Fokus, darüber hinaus richteten sich russische Cyberattacken auch gegen die Unterstützer und Sympathisanten der Ukraine. Besonders ins Auge springen die zahlreichen Angriffe gegen Kritische Infrastrukturen, die globalen Spionageoperationen der Volksrepublik China und die Aktivitäten nordkoreanischer Hacker. Die Aktionen rund um den Krieg in Gaza sind als hacktivistisch einzustufen.

Auf europäischer Ebene wurden weitere Meilensteine zur digitalen Transformation Europas gesetzt. International sind besonders bemerkenswert die neue Cyber-Strategie des US-Verteidigungsministeriums und die Dynamik rund um das Thema Künstliche Intelligenz

UKRAINE – anhaltende Gefechte im Cyberraum

Die Operation zur Unterwerfung der Ukraine wurde zunächst mit hybriden Methoden, einschließlich der Nutzung des Cyberraumes, lange vor der Okkupation der Krim begonnen (erste Phase). Als zweite Phase ist die Periode von der Entscheidung des russischen Präsidenten, vermutlich bereits 2020, den Konflikt mit militärischen Mitteln zu lösen, bis zur konkreten Anordnung des Angriffsbeginns Mitte Februar 2022 zu bezeichnen. Phase 3 beginnt mit der Invasion der Ukraine und endet mit dem Scheitern des Blitzkrieges rund um den 7. April 2022. Als Phase 4 ist die Verlagerung des russischen Schwergewichtes nach Südosten vom 7. April bis Ende August zu bezeichnen. Phase 5 stellt die erfolgreiche ukrainische Offensive im Nordosten bis Oktober 2022 dar. Die Phase 6 bis Juni 2023 wurde von russischer Seite für die Einrichtung zur nachhaltigen Verteidigung im Süden und von ukrainischer Seite für die Vorbereitung einer weiteren Offensive genutzt. Derzeit befinden wir uns in der Phase 7, die zunächst von der ukrainischen Offensive an mehreren Frontabschnitten gekennzeichnet wurde. Seit dem Herbst ist Russland im Nordosten wieder zur Offensive

gegen die sich hartnäckig verteidigende Ukraine übergegangen. Im Süden operiert die Ukraine zur Ausweitung der bisherigen Erfolge gegen ebenso hartnäckig verteidigende Russen. Strategisch wurde und wird mittels Raketen und Drohnen gegen die Infrastrukturen in der Tiefe operiert. Informationsoperationen begleiteten alle Phasen und zielen strategisch auf die Positionierung der Kriegsparteien und auf deren Unterstützer und Sympathisanten ab; auf taktischer Ebene geht es darum, die Zustimmung und Unterstützung durch die eigene Bevölkerung hochzuhalten, den Feind einzuschüchtern und den Wehrwillen zu beeinflussen.

Mit Cybermitteln und -methoden werden seit Phase 1 massiv Informationsoperationen und Sabotageangriffe unterstützt bzw. durchgeführt. Ab Phase 3 wurden mutmaßlich nach langer und sorgfältiger Vorbereitung großflächige Cyberangriffe zur Störung und Behinderung der ukrainischen Regierung und der ukrainischen militärischen Verteidigungsvorbereitungen durchgeführt. Der Einmarsch selbst wurde durch wirkungsvolle Sabotageangriffe gegen das KA-Satellitensystem und andere Ziele unterstützt. Ab der Phase 4 ist eine Koordination der Cyberoperationen mit der Gesamtoperation zwar nicht mehr erkennbar, dennoch ist eine Vielzahl an Cyberoperationen zur Ausspähung und Sabotage der Gegenseite zu beobachten. Einige Beispiele aus dem zweiten Halbjahr 2023 sollen die Intensität russischer und ukrainischer Angriffe veranschaulichen.

Russische Cyberangriffe

Im Juni soll „APT28“ (auch „Sofacy“), eine Hackereinheit der russischen militärischen Nachrichtendienstes GRU, mehrere ukrainische Regierungsstellen gehackt haben. Ziel der Kampagne war der Diebstahl militärischer Informationen, um Russlands Kriegsführung in der Ukraine zu unterstützen. Die APT „Turla“, eine Hackereinheit des russischen Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB), attackierte den ukrainischen Verteidigungssektor und andere osteuropäische Einrichtungen mit schon bekannter und neuer Spionagesoftware. Das *Kazuar*-Backdoor kam schon bei zahlreichen Angriffen zum Einsatz und ist mit rund 40 Funktionen ein mächtiges Angriffstool. Eine neue Schadsoftware soll sogar private Signal-Konversationen sowie Dokumente, Bilder und Archivdateien auf den Zielsystemen exfiltrieren können. Im August soll „Sandworm“, eine Hackereinheit der GRU, ukrainische Führungsinformationssysteme, auf die mit ANDROID-Geräten vom Gefechtsfeld aus zugegriffen wird,

aufgeklärt und Zugriff erlangt haben. Laut dem ukrainischen Nachrichtendienst SBU wollten die Angreifer sensible Informationen über die Operationen der ukrainischen Streitkräfte ausspähen und verschiedene Schadprogramme im Gefechtsinformationssystem der ukrainischen Streitkräfte verbreiten. Ebenfalls im August wurde bekannt, dass „**Gamaredon**“, eine Hackereinheit des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, seine Cyberspionageaktivitäten vor und während der Gegenoffensive der Ukraine gegen Militär- und Regierungseinrichtungen intensiviert habe. Von Mai bis September soll „**UAC-0165**“, vermutlich eine bisher unbekannte Hackereinheit der GRU, mindestens elf ukrainische Telekomunternehmen ausspioniert und sabotiert haben. Am 12. Dezember ist durch eine **unbekannte Hackereinheit**, mutmaßlich der GRU, das Netz des größten ukrainischen Mobilfunkanbieters „**Kyivstar**“ (hat nach eigenen Angaben gut 24 Mio. Abonnenten) lahmgelegt worden. Landesweit fielen Telefon- und Internetverbindungen im Netz des Anbieters aus. Die Unternehmenswebsite war ebenfalls nicht erreichbar. Der Ausfall des mobilen Internets ist beispiellos in der Geschichte des Landes. Die Cyberattacke unterbrach Berichten zufolge auch den Luftalarm und sorgte für Störungen bei Banken und Geldautomaten. Laut Konzernchef werde die Wiederherstellung aller Dienste mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Gleichzeitig wurde von der Hackergruppe „**Killnet**“ die ukrainische Monobank, eine online-Bank und Zahlungsabwickler, angegriffen; auch der zweitgrößte Mobilfunkanbieter Vodafone berichtete von technischen Problemen. Die Angriffe ereigneten sich zeitgleich mit dem Treffen des ukrainischen und dem US-amerikanischen Präsidenten in Washington. Am 18. Dezember behauptete die pro-russische Hacktivistengruppe „**NoName057(16)**“ eine Reihe prominenter ukrainischer Unternehmen wie die „National Securities and Stock Market Commission“, die Accordbank, die Unex Bank, die Energy Community und die VELTA offline genommen zu haben. Laut eines Berichts der Cybersicherheitsfirma Check Point habe „**NoName057(16)**“ jüngst wiederholt polnische, deutsche und tschechische Webseiten angegriffen. Jedoch kam es zu keinen nennenswerten Ausfällen, da die Unternehmen auf solche Angriffe gut vorbereitet gewesen seien. Unter den polnischen Zielen waren u.a. die Warschauer U-Bahn, die Raiffeisen Bank, Plus Bank, Pekao, KGHM und das Polskie Radio.

Ukrainische Cyberangriffe

Eine pro-ukrainische Hackergruppe hat Anfang Juni den russischen Telekommunikationsanbieter Infotel JSC attackiert. JSC ist ein in Moskau ansässiger Anbieter, der für die Verbindungen der Zentralbank von Russland mit anderen juristischen Personen in Russland (Banken, Online-Shops, Kreditinstitute, etc.) verantwortlich ist. Aufgrund des Cyber-Angriffs hatten die wichtigsten Banken Russlands und Kreditinstitute in der gesamten Russischen Föderation keinen Zugang zu Bankensystemen und konnten keine Zahlungen leisten. Anfang Juli war die Webseite und die mobile App der staatlichen russischen Eisenbahngesellschaft RZD aufgrund eines „massiven“ Cyberangriffs der ukrainischen „**IT Army**“ für mehrere Stunden lang nicht verfügbar. Im August behauptete die ukrainische Hackergruppe „**Cyber Resistance**“ vom E-Mail-Konto des stellvertretenden Vorsitzenden der Duma 11 GB Daten gestohlen zu haben. Eine internationale Freiwilligengemeinschaft namens „**InformNapalm**“ soll die Daten ausgewertet und festgestellt haben, dass der stellvertretende Duma-Vorsitzende Geld gewaschen und Bestechungsgelder angenommen haben soll.

Im September sind die Internetdienstleister auf der Halbinsel Krim das Ziel einer vermutlich ukrainischen Cyberattacke geworden. Ein Zusammenhang zum zeitgleichen ukrainischen Raketenangriff auf das russische Marinehauptquartier auf der Krim ist nicht belegt. Im November berichtete der ukrainische **Geheimdienst SBU** von einer erfolgreichen Cyberoperation gegen die russische Bundesluftfahrtbehörde. Nach Angaben der Direktion wurde bei der Operation eine große Menge an geheimen Dokumenten über den schlechten Zustand der zivilen Luftfahrt in Russland erbeutet.

Im Dezember informierte der ukrainische **Militärnachrichtendienst HUR** über eine erfolgreiche Cyberoperation gegen die russische Verwaltungsinfrastruktur. Datenbanken und Backups der Bundes- und regionaler Steuerbehörden Russlands sollen in großem Umfang gelöscht worden sein. Schätzungsweise soll es mindestens einen Monat dauern, bis die russischen Server wieder laufen.

Ausblick

Die bisherigen russischen Cyberoperationen haben trotz der Vervielfachung der Anzahl, insbesondere der destruktiven Cyberangriffe, keinen entscheidenden Einfluss auf den Verlauf des Krieges gezeigt. Die Kombination aus kinetischen-

und Cyberangriffen kann jedoch die Wirkung im Ziel erhöhen. Mit Masse richten sich die russischen Angriffe gegen die ukrainische Regierung, militärische Einrichtungen, kritische Infrastrukturen, Versorgungs-, Telekom- und Medienunternehmen. Mutmaßlich werden Cyberoperationen vom russischen Generalstab nicht als entscheidender Faktor für den militärischen Erfolg in der Ukraine gesehen. Es gibt derzeit weder ein russisches militärisches Cyberkommando noch entsprechende Cybertruppen. Die offensiven Cyberfähigkeiten sind bis dato ausschließlich bei den russischen Geheimdiensten ausgeprägt und grundsätzlich für die Nachrichtengewinnung ausgelegt.

Es ist davon auszugehen, dass auch zukünftig das Schwergewicht der russischen Cyberangriffe auf der Kernaufgabe der Geheimdienste, nämlich der Nachrichtengewinnung und der Unterstützung von Informationsoperationen liegen wird, insbesondere nach der Ausweisung hunderter Agenten aus zahlreichen Staaten Europas. Neben der Ukraine werden auch deren Unterstützer mit Schwergewicht betroffen sein. Zusätzlich ist mit Sabotageattacken gegen ukrainische Infrastrukturen zu rechnen. Ukrainische Cyberangriffe werden sich mit Schwergewicht gegen russische Kritische Infrastrukturen richten.

Cyberattacken auf Kritische Infrastrukturen

Die zahlreichen potenziellen Angriffsmöglichkeiten machen Kritische Infrastrukturen (KRITIS) zu einem vorrangigen Ziel für Aggressoren, wie man am Kriegsschauplatz Ukraine beobachten kann. Als „kritisch“ werden Infrastrukturen mit Bedeutung für den Gesamtstaat oder zumindest für große Teile der Bevölkerung bezeichnet. Die KRITIS haben strategische Relevanz, sind zu einem erheblichen Teil digitalisiert, eng vernetzt und dadurch verwundbar auch gegenüber Cyberangriffen. Aber auch für Erpresser sind diese Infrastrukturen ein attraktives Ziel. Ein Erpressungsangriff mit Ransomware oder ein Überlastungsangriff kann ebenso zur Störung oder sogar zum Ausfall einer KRITIS führen. Von besonderer Bedeutung für das globale Funktionieren der digitalen Welt sind Infrastrukturen wie Internet Exchange points, Internet Service Provider (ISP), Content delivery networks (CDN) und Datenzentren (Cloud Provider, Data center providers), Unterseekabel, Kommunikationslinien und Weltraum gestützte digitale Infrastrukturen zur Positionsbestimmung, Navigation und Zeitdienste.

Die Anzahl der Angriffe auf KRITIS hat seit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine weltweit stark

zugenommen, vor allem gegen Unterstützerstaaten der Ukraine. Beispielsweise erfolgten Angriffe mit Cybermittel und -methoden gegen die dänische Zentralbank, die kanadische Laurentian Bank, die Häfen von Lissabon, Halifax, Montreal und Québec, diverse Zahlungssysteme, Luft- und Bahninfrastruktur, Ölfirmen, die Webseiten von Regierungen, Flughäfen und Behörden, ein Dutzend US-Strom- und Gasanlagen, das estnische Wahlsystem, zentrale Systeme für die Zeitungsproduktion der Neuen Zürcher Zeitung, Kontrollsysteme von Bewässerungs- und Abwasserreinigungsanlagen in Israel, den Energieversorger von Quebec, mehrere Krankenhäuser und Kliniken in mehreren US-Bundesstaaten, polnische Bahninfrastruktur, Israels größte Ö raffinerie, zahlreiche italienische Webseiten, zehn italienische Banken, darunter die Mailänder Großbank Intesa Sanpaolo, die Verkehrsbetriebe und Stadtverwaltung von Palermo, das Portal der Mailänder Tageszeitung „Corriere della Sera“ und der staatliche serbische Energieversorger Elektroprivreda Srbije (EPS).

Zusammenfassend gilt für viele Staaten, was der britische „Gemeinsame Ausschuss für die nationale Sicherheitsstrategie“, für das Vereinigte Königreich im Herbst festgestellt hat: ein hohes Risiko eines katastrophalen Cybererpressungsangriffs, der ein Land zum Stillstand bringen könnte.

Chinesische Cyberspionage

Am häufigsten wurde im Berichtszeitraum über Cyberspionageattacken aus China berichtet. Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz hat im Juli Politiker und Behörden vor der ansteigenden chinesischen Einflussnahme und Spionage gewarnt. Verantwortlich dafür sei insbesondere die Internationale Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei als Teil des chinesischen Geheimdienstes. Diese Abteilung sei der chinesischen Führung um den Staatschef direkt untergeordnet, soll weltweit Kontakte zu Politikern und Parteien knüpfen und sie im Sinne der chinesischen Regierung beeinflussen. Ziel sei es, die chinesische Führung über die politische Lage anderer Staaten und deren militärisches und wirtschaftliches Potenzial aufzuklären, heißt es in dem Sicherheitshinweis.

Erkannte chinesische Cyber-Spionageangriffe

Als Beispiele sollen einige erkannte Cyber-Spionageangriffe von mutmaßlich chinesischen Einheiten aufgelistet werden. Die Hackereinheit „**Mustang Panda**“ (auch „*Earth Preta*“, „*Bronze President*“, ua.) spioniert seit März weltweit Regierungen, Behörden, Universitäten, Stiftungen

und Forschungseinrichtungen aus. Aktuell werden auch See-, Schifffahrts-, Grenzkontroll- und Einwanderungsbehörden ins Visier genommen. Früher waren bereits akademische Einrichtungen, Erz- und Materialraffinerien, spezialisierte Fertigungsbetriebe, Finanzinstitute sowie Energieerzeugungs- und -verteilungsunternehmen ausgespäht worden. Die chinesische Hackereinheit „**UNC4841**“ wurde in zumindest 16 Ländern gegen öffentliche und private Institutionen aktiv. Der Schwerpunkt lag auf Themen von hoher politischer Bedeutung für die chinesische Regierung. Von den betroffenen Organisationen entfielen 55 % auf Nord- und Südamerika, 22 % auf den asiatisch-pazifischen Raum, 24 % auf Europa, den Nahen Osten und Afrika, darunter auch Außenministerien in Südostasien, Außenhandelsbüros und akademische Organisationen in Taiwan und Hongkong. Die Hackereinheit „**RedHotel**“ (auch „*Aquatic Panda*“, „*Bronze University*“, „*Charcoal Typhoon*“, „*Earth Lusca*“, „*Red Scylla*“ und „*TAG22*“), mutmaßlich Teil des Chinesischen Ministeriums für Staatssicherheit (MSS), soll zwischen 2021 und 2023 in mehr als 30 verschiedenen Ländern in Asien, Europa und Nordamerika Cyberspionageangriffe durchgeführt haben. Seit 2019 soll sich „**RedHotel**“ auf Ziele in Wissenschaft, Luft- und Raumfahrt, Regierungen, Medien, Telekommunikation und Forschung konzentriert haben.

Die chinesische Hackereinheit „**Volt Typhoon**“ ist seit Mitte 2021 aktiv und hat es auf kritische Infrastrukturen in Guam und anderen Teilen der Vereinigten Staaten abgesehen. Diese Einheit soll Organisationen aus den Bereichen Kommunikation, Fertigung, Versorgung, Transport, Bauwesen, Schifffahrt, Regierung, Informationstechnologie und Bildung ausgespäht haben. Die chinesische Hackereinheit „**APT-41**“ (auch „*Axiom*“, „*Wicked Panda*“ oder „*Winniti*“) setzt innovative Programme zur Cyberspionage gegen Android-Geräte ein. Die Hacker nehmen seit Jahren ein breites Spektrum von Organisationen des öffentlichen und privaten Sektors ins Visier. Darunter staatliche Einrichtungen, Think Tanks, Telekomanbieter und Social-Media-Unternehmen unter anderem in den USA, Australien, Japan, Indien, Südkorea und Taiwan. Die vermutlich chinesische Hackereinheit „**Storm-0558**“ hat im Juli tausende E-Mails einzelner US-Regierungsmitglieder vom Konto des US-Botschafters in Peking ausgespäht. Auch der stellvertretende US-Außenminister für Ostasien soll im Rahmen der Operation gehackt worden sein. Bei den Angriffen wurde eine bis dahin unbekannte SW-Schwachstelle ausgenutzt. Im **August 2023** wurde bekannt, dass mutmaßlich chinesische Hacker über

neun Monate lang Zugriff auf sensible Daten des japanischen „National Center of Incident Readiness and Strategy for Cybersecurity (NISC)“ hatten und Daten exfiltriert haben. Die mutmaßlich chinesische Hackereinheit „**APT-15**“ (auch „*Gref*“, „*Ke3chang*“, „*Nylon Typhoon*“, ua.) soll Android-Geräte in Australien, Brasilien, Dänemark, der Demokratischen Republik Kongo, Deutschland, Hongkong, Ungarn, Litauen, den Niederlanden, Polen, Portugal, Singapur, Spanien, der Ukraine, den USA und dem Jemen ausgespäht haben. Die Schadsoftware wurde über den Google Play und Samsung Galaxy Store verbreitet.

Im September wurde in einem gemeinsamen Bericht des FBI, der NSA, der CISA und japanischen Behörden, NISC (Cybersicherheit) und NPA (Polizei), vor der chinesischen Hackereinheit „**BlackTech**“ (auch „*Palmerworm*“, „*Circuit Panda*“, „*Radio Panda*“) gewarnt. „**BlackTech**“ dringe in Netzwerkgeräte internationaler Unternehmen ein, um sich Zugang zu den Netzwerken der Unternehmenszentrale zu verschaffen. „**BlackTech**“ sei eine staatlich geförderte chinesische APT-Gruppe (Advanced Persistent Threat) und spionierte seit mindestens 2010 gegen japanische, taiwanische und in Hongkong ansässige Unternehmen. Die mutmaßlich chinesische Hackereinheit „**APT27**“ (auch „*Budworm*“, „*Bronze Union*“, „*Emissary Panda*“, „*Iron Tiger*“, „*Lucky Mouse*“, „*Red Phoenix*“) späht schon seit mindestens 2013 Verteidigungs-, Sicherheits- und politische Informationen im Interesse Chinas aus. Im August 2023 sollen eine Telekomfirma im Nahen Osten sowie eine asiatische Regierung ausgespäht worden sein.

Zusammenfassung

Dieser Auszug von Cyberspionageangriffen zeigt den globalen und umfassenden chinesischen Ansatz. Die Spionageaktivitäten dienen dem Staatsinteresse und sollen mit Informationen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Technologie die Erreichung der Staatsziele unterstützen. Die Angriffsmethoden und -werkzeuge zeigen, dass die chinesischen Hacker hervorragend ausgebildet sind, sich in den letzten zehn Jahren stetig weiterentwickelt haben und ihre Operationen zunehmend agiler, klandestiner und komplexer geworden sind. Die durch die chinesischen Hacker ausgehende Bedrohung muss als sehr hoch eingestuft werden.

Nordkorea – ein äußerst gefährlicher Cyberakteur

Seit vielen Jahren stellen nordkoreanische Cyberangriffe eine erhebliche Bedrohung nicht nur für deren Hauptfeinde Südkorea, die USA und Japan, sondern auch für die Staaten der EU und den Rest der Welt dar. Anfang Juni veröffentlichten Südkorea und die USA gemeinsam eine Warnung über Aktivitäten der nordkoreanischen Cyber-spionagegruppe APT (Advanced Persistent Threat) „Kimsuky“. Im November 2023 warnten das „National Cyber Security Center“ des Vereinigten Königreichs und der südkoreanische Nachrichtendienst NIS vor Hackerangriffen gegen Software-Lieferketten durch staatsnahe nordkoreanische Hacker, mit dem Ziel, Spionage und Diebstahl von Technologien zu betreiben. Im Folgenden soll ein Überblick über die nordkoreanischen Cyberaktivitäten gegeben werden.

Hauptmotivation der nordkoreanischen Cyberaktivitäten sind die Erbeutung von Finanzmittel für die Finanzierung des nationalen Atom- und Raketenprogramms, die Umgehung der UN-Sanktionen, die Gewinnung von politischen und militärischen Informationen zur Stützung des Regimes und des Militärs sowie die Verfolgung von Regimegegnern. Das nordkoreanische Cyberrepertoire umfasst Spionage, Erpressungsangriffe, sonstige Finanzkriminalität und die Disruption von Systemen und Netzwerken. Nordkoreanische Cyberattacken zielen auf die Ausspähung von Informationen aus Regierungseinrichtungen, Nukleareinrichtungen und Forschungsstätten, aus der Verteidigungsindustrie, der Gesundheitsvorsorge, Ausbildung, dem Weltall, auf Cryptowährungsbörsen, -händler und -nutzer sowie von kleinen und großen Unternehmen.

Ressourcen und Organisation

Rund 6.000 – 7.000 speziell trainierte Hacker von Top-Universitäten Nordkoreas sollen in Cybereinheiten der Armee, des Auslandsnachrichtendienstes (Reconnaissance General Bureau (RGB)) und dem Ministerium für Staatssicherheit (MSS) arbeiten, teilweise vermutlich unter direkter Leitung durch den nordkoreanischen Präsidenten Kim Jong-Un. Die nordkoreanischen Hackereinheiten nutzen ausgefeilte, maßgeschneiderte Methoden des Social Engineering, des Spearphishing, Exploits, Wiper und andere selbst entwickelte Schadprogramme. Backdoors, Drive-by- und Watering-hole-Angriffe werden ebenso eingesetzt. Zwischen den Cybereinheiten scheint ein reger Austausch von Code, Infrastruktur und Schadprogrammen zu erfolgen. Teilweise soll es

eine enge Zusammenarbeit mit China geben. Die am häufigsten in Erscheinung tretenden Cybereinheiten sind dabei die „Lazarusgruppe“, „Kimsuky“, „Reaper“ und „APT43“.

Lazarusgruppe (APT38)

Seit 2009 sind die „Lazarusgruppe“, eine Hackereinheit des Reconnaissance General Bureau (RGB), und deren mutmaßliche Subgruppen wie „Hidden Cobra“, „Andariel“, „Temp.Hermit“, „Applejeus“, „BlueNoroff“, „Zinc“, „Labirinth Chollima“, „Cryptocore“ und „Tradertraiter“ aktiv. Die „Lazarusgruppe“ späht politische, militärische und ökonomische Ziele aus und ist auch sehr aktiv beim Beschaffen von Devisen. Der „Lazarusgruppe“ werden der Sony Hack 2014, die WannaCry-Attacke 2017 und der Diebstahl von Kryptowährung im Wert von rund 100 Millionen Dollar beim Horizon Bridge-Angriff 2022 angelastet. Zwischen März 2023 und August 2023 soll „APT38“ verschiedene Softwarehersteller, zwischen April 2023 und Mai 2023 Rüstungsbetriebe und von Juli 2023 bis September 2023 Entitäten im Krypto-Währungssektor angegriffen haben. Auch der Spionageangriff auf ein spanisches Luft- und Raumfahrtunternehmen im Oktober 2023 wurde vermutlich von „APT38“ ausgeführt. „Andariel“ scheint auf die Beschaffung von Finanzmittel durch Erpressungen spezialisiert zu sein. „Temp.Hermit“ ist zumindest seit 2013 aktiv und beschafft weltweit Informationen aus den Sektoren Regierung, Verteidigung, Telekommunikation und Finanz. „Applejeus“ ist seit zumindest 2018 tätig und auf den Diebstahl von digitalen Vermögenswerten spezialisiert.

Kimsuky

„Kimsuky“ ist seit 2012 bekannt und vermutlich ebenfalls eine Einheit innerhalb des RGB. „Kimsuky“ späht die südkoreanische Regierung, diverse Think-Tanks, Diplomaten und (Sicherheits-)experten aus den Bereichen Verteidigung sowie Technologien zur Waffenentwicklung, Satelliten und Raumfahrttechnik in den USA, Russland, der EU und den Vereinten Nationen aus.

Reaper (APT37)

„Reaper“ ist eine Einheit des MSS und wurde 2012 erstmals beobachtet. Reaper unterstützt primär das Regime durch Aufklärung von Regimegegnern und Menschenrechtsorganisationen in Südkorea, Japan, Vietnam, Russland, Nepal, China, Indien, Kuwait, Staaten des Mittleren Ostens und der EU aus. „Reaper“ werden auch Angriffe gegen Stromnetze, Medien, Banken und Spitäler angelastet. 2016 wurde die Bank von Bangladesch um Millionen USD

erleichtert. 2019 wurden beim Kryptowährungshändler Upbit 49 Mio. USD, 2020 von KuCoin (Singapur) 281 Mio. USD erbeutet. Weitere Opfer waren 2022 die vietnamesische Computerspielfirma Sky Mavis, 2022 etliche Pharmafirmen und der UN-Sicherheitsrat.

APT43

„APT43“ ist seit 2018 aktiv, vermutlich ebenfalls eine Einheit innerhalb des RGB, und beschafft Informationen aus Südkorea, Japan, Europa und den Vereinigten Staaten, insbesondere aus Regierungsorganisationen, Unternehmen und Produktion sowie Bildung, Forschung und Think-Tanks, die sich auf geopolitische und nukleare Politik konzentrieren. Im Laufe des Jahres 2021 verlagerte die Gruppe ihren Schwerpunkt auf gesundheitsbezogene Branchen, wahrscheinlich zur Unterstützung der Pandemiebekämpfung.

Ausblick

Es ist damit zu rechnen, dass die Schwergewichte, - Erbeutung von Geld und Informationen über Kryptobörsen und Länder, die digitale Währungen als Zahlungsmittel zulassen (wollen) sowie Spionage zur Stützung des Regimes und zur Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit, auch zukünftig das Handeln der nordkoreanischen Hacker bestimmen werden. Die Bedrohung für die EU-Staaten bleibt hoch, weil hier viel Geld erbeutet und Wissen ausspioniert werden kann. Disruptive Attacks sind eher unwahrscheinlich. Südkorea, die USA und Japan bleiben die Hauptziele. Angriffe gegen deren Kritische Infrastrukturen sind im Falle einer Eskalation auf der koreanischen Halbinsel sehr wahrscheinlich.

Cyberlage im Krieg gegen die Hamas

Beginnend mit dem Terroranschlag der Hamas gegen Israel am 7. Oktober haben sich 17 Hackergruppen pro-israelisch, mehr als 100 pro-Hamas und drei neutral positioniert. Die Aufmerksamkeit konzentrierte sich anfangs auf den unmittelbaren Kriegsgegner, wobei es Angriffsversuche ohne wesentliche Auswirkungen gab. Die Fähigkeiten der meisten dieser hacktivistischen Gruppen sind beschränkt, und es zählt, wie bei hacktivistischen Gruppen charakteristisch, das Erreichen medialer Aufmerksamkeit durch Postings in Sozialen Medien, Defacement von Webseiten und behaupteten Datenleaks. Angriffe mit größeren Auswirkungen sind dabei die Ausnahme. Beispielsweise ist es der Gruppierung „*Anonymous Sudan*“ gelungen, zwei Unternehmen mit DDoS-Angriffen zu überlasten.

Bisher gab es weder Drohungen noch Aktivitäten gegen ranghohe Ziele bzw. keine Auswirkungen auf Kritische Infrastrukturen von Verbündeten Israels (u. a. in Europa). Tendenziell ist, nachdem zu Beginn v.a. Israel im Fokus der pro-Hamas Hacker stand, eine Trendänderung auch Richtung Europa erkennbar.

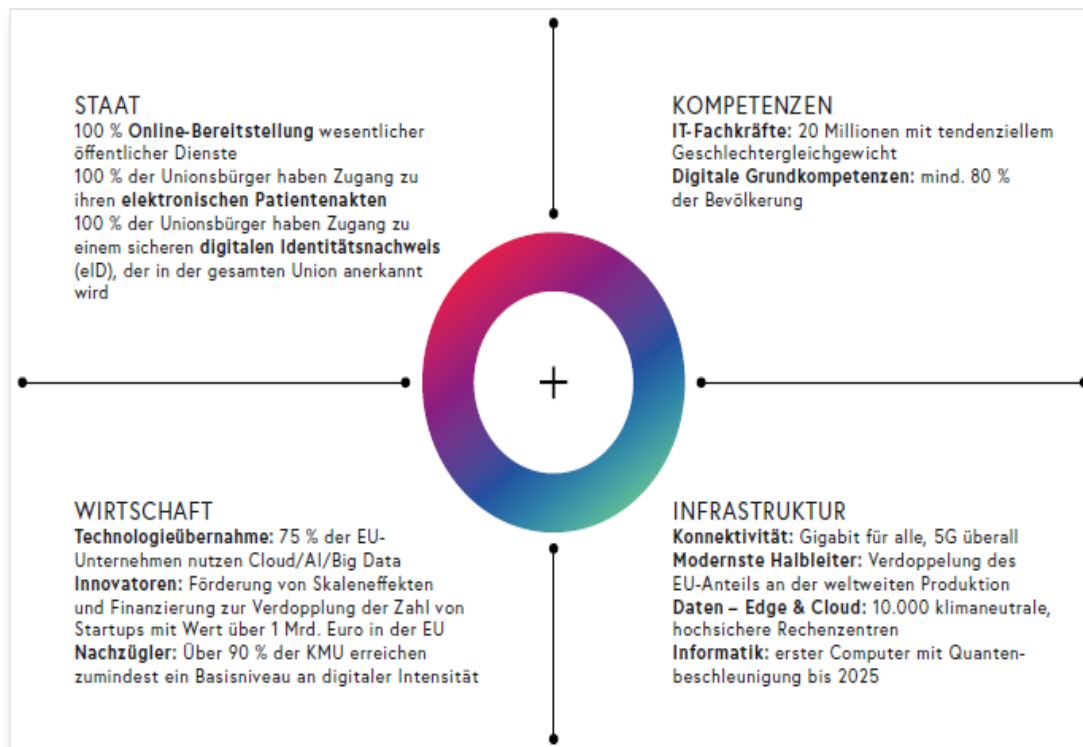
Europäische und globale Entwicklungen im Cyberraum

Auf europäischer Ebene wurden mit dem European Media Freedom Act, mit dem Politikprogramm für die digitale Dekade und dem European Chips Act weitere Meilensteine zur digitalen Transformation Europas gesetzt. International sind besonders bemerkenswert die neue Cyber-Strategie des US-Verteidigungsministeriums und die Dynamik rund um das Thema Künstliche Intelligenz.

European Media Freedom Act

Im Dezember 2023 wurde das Medienfreiheitsgesetz (**European Media Freedom Act** (EMFA)) beschlossen, das den **Digital Services Act** (DSA) und den **Digital Markets Act** (DMA) der EU ergänzen soll. Es zielt vor allem auf den Schutz der Presse- bzw. Medienfreiheit, des Medienpluralismus und der redaktionellen Unabhängigkeit und gewährleistet somit Mindeststandards in allen EU-Mitgliedsstaaten. Zudem wird durch die nunmehr angestrebte Transparenz der Finanzierungsquellen der Medien selbst und die Stärkung der Unabhängigkeit die Voraussetzung geschaffen, die Anforderungen aus dem DSA, wie z.B. die Inhaltsmoderation oder den Schutz vor Entfernung aus den großen Suchmaschinen adäquat

umzusetzen. Der European Media Freedom Act ist ein wichtiger Eckpfeiler in der Bewältigung hybrider Bedrohungen und soll wesentliche Werte und Prinzipien der demokratisch verfassten EU-Mitgliedsstaaten schützen. Dies ist angesichts der Herausforderungen, die sich aus den Desinformationskampagnen und weiteren hybriden Bedrohungen ergeben, ein positives Signal zum Schutz der Demokratie. Inwieweit diese Intentionen angesichts der Entwicklungen in den vergangenen Jahren realisiert werden, bleibt jedoch abzuwarten. In diesem Zusammenhang soll auch noch einmal auf die Anfang 2023 in Kraft getretene Erklärung über „Digitale Rechte und Grundsätze für die digitale Dekade“ hingewiesen werden, die in sechs Kapiteln die Themen (1) der Mensch im Mittelpunkt des digitalen Wandels, (2) Solidarität und Inklusion, (3) Wahlfreiheit, (4) Teilhabe im digitalen öffentlichen Raum, (5) Sicherheit, Schutz und Befähigung sowie (6) Nachhaltigkeit behandelt und als globaler Maßstab für neue gesellschaftliche und ethische Fragen dienen soll. Die Erklärung soll Menschenrechte im digitalen Raum fördern und so den Menschen im Sinne des „Digitalen Humanismus“ ins Zentrum technologischer Entwicklungen stellen.



Digitale Dekade 2030 – Nationale Umsetzung

Digitale Dekade 2030 – Nationale Umsetzung

Mit dem Politikprogramm für die digitale Dekade wurde der Rahmen für die digitale Transformation Europas gesetzt, der sich entlang von vier Achsen orientiert: Staat, Kompetenzen, Wirtschaft und Infrastruktur. Im November 2023 wurde die nationale Implementierungsstrategie unter dem Titel „Digitale Dekade: Der österreichische Weg“ veröffentlicht, in der die Zielpfade und Leitmaßnahmen festgelegt wurden. Sie bietet einen holistischen Zugang zu Digitalisierung und vereint die bisher recht fragmentierte Strategielandschaft unter einem Dach. Dazu zählen etwa der Digital Austria Act, die KI-Strategie des Bundes, die Österreichische Strategie für Cybersicherheit und die 5G-Strategie. Die beschriebenen Leitmaßnahmen sind zum Teil sehr allgemein gehalten und fassen die schon existierenden Maßnahmen zusammen. In einigen Bereichen werden jedoch auch konkrete und messbare Ziele formuliert, wie z.B. die Investition von drei Milliarden Euro bis 2031 in Initiativen, Strategien, Vorhaben usw., die eine Abstimmung und Priorisierung erleichtern könnten.

EU Chips Act

Das Europäische Chips Gesetz wurde im EU-Parlament sowie im Rat der EU im Juli 2023 beschlossen und ist mit September in Kraft getreten. Dabei soll der EU-Anteil an der globalen Chips-Produktion von aktuell unter 10 Prozent bis 2030 auf 20 Prozent verdoppelt werden. Der Rechtsakt basiert auf einem Drei-Säulen-Ansatz:

Die erste Säule (Chips for Europe Initiative) dient der Förderung des Aufbaus groß angelegter technologischer Kapazitäten und Innovationen im Ökosystem der EU-Halbleiterhersteller und soll den Übergang vom Labor zur Fertigung verbessern. Realisiert werden soll dies über das gemeinsame Chipunternehmen (Chips-JU), bei dem es sich um ein Großforschungsprogramm handelt. Österreich, das zu den Gründungsmitgliedern dieser Initiativen zählt, hat sich seit Anbeginn an den Aktivitäten der JUs aktiv beteiligt. Das gesamte österreichische Projektvolumen, das von 2009 bis heute im Rahmen der JU-Ausschreibungen ausgelobt wurde, beträgt über 530 Millionen Euro (davon waren rund 114 Millionen nationale Förderung, 110 Millionen Europäische Kofinanzierung und 308 Millionen industrielle Eigenmittel).

Die zweite Säule schafft einen Rahmen zur Verbesserung der Versorgungssicherheit mit Chips in der EU, indem in- und ausländische Investitionen

angezogen und der Aufbau neuer Produktionskapazitäten unterstützt werden. Sie wird aus nationalen Mitteln umgesetzt und bietet den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zur Deckung der Finanzierungslücke neuer Produktionsanlagen der Unternehmen.

Die dritte Säule schließlich dient dem Aufbau eines Mechanismus für die Überwachung und Krisenreaktion entlang der gesamten Lieferkette. In engem Austausch mit den relevanten Unternehmen wird auf Basis von Frühwarnindikatoren die Resilienz der Wertschöpfungskette überwacht und ein Werkzeugkasten zur Krisenreaktion etabliert.

Wie bereits in früheren Beiträgen erwähnt, wird es in der Umsetzung ganz wesentlich auf die gezielte Förderung EUropäischer Unternehmen ankommen. Diese aktive Bevorzugung könnte aber entsprechende Reaktionen vor allem durch die USA auslösen, die ihrerseits hohe Investitionen in den Halbleitermarkt tätigen und vor allem US-Firmen fördern.

Internationale Entwicklungen im Cyber-Bereich

Im September 2023 wurde durch das US-Verteidigungsministerium eine neue Cyber-Strategie verfügt, die als eine pragmatische und konservative Evolution der bisherigen Strategie gelesen werden kann. Es gibt keine größeren konzeptionellen Entwicklungen, kein neues Branding für emergente Ideen rund um digitale Operationen und keine radikal reaktionären Antworten auf den Krieg in der Ukraine. Ziel ist ein gewisses Maß an Stabilität in die nationale Cybersicherheitspolitik zu bringen und einen Spielraum für eine Balance des zivilen Sektors, der Industrie und Regierung zu ermöglichen, die in den öffentlich-privaten Beziehungen bis dato gefehlt haben. Ein wesentlicher Unterschied liegt in der Erkenntnis, dass es sich bei Cyber-Angelegenheiten nie um reine Cyber-Angelegenheiten handelt, sowie das Eingeständnis, dass eine Führungsrolle der Bundesebene bei der Cybersicherheit kontraproduktiv sein könnte. Eine „Führungsrolle“ in einem Bereich, der mit anderen Dimensionen der Staatsführung und der gesellschaftlichen Funktion zusammenhängt, überbetont oft die Bedeutung dieses Bereichs. Dabei wird das Konzept der integrierten Abschreckung in den Vordergrund gerückt. Cyber-Fähigkeiten müssen mithin mit „anderen Instrumenten der nationalen Macht“ verbunden werden, um eine „Abschreckung zu schaffen, die größer ist als die Summe ihrer Teile“.

Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz

Künstliche Intelligenz (KI) war eines der Schlagwörter im Jahr 2023 und wird auch noch 2024 zahlreiche Diskurse bestimmen. Nach langwierigen Verhandlungen hat sich die EU Ende 2023 schließlich auf eine umfassende Regelung von Anwendungen der KI geeinigt, wobei militärische Anwendungen ausgenommen bleiben. Die EU hofft, damit einerseits ihren selbst gesteckten Zielen im Kontext der digitalen Menschenrechte gerecht zu werden und andererseits einen globalen Standard zu setzen, der als Referenzrahmen für internationale Regulierungen dient. Neben den Bemühungen der EU gibt es aber noch zahlreiche weitere Initiativen, die Standards für die Entwicklung von KI setzen, wobei sich darin auch das jeweilige Wirtschafts- und Gesellschaftsverständnis widerspiegelt. So hat etwa die Biden-Administration mit Ende Oktober 2023 die sogenannte ***Executive Order on Safe, Secure, and Trustworthy Artificial Intelligence*** erlassen. Darin wird insbesondere auf eine verstärkte Transparenz in der Entwicklungs- und Einsatzphase von KI-Modellen und der Standardisierung gesetzt. Sie konzentriert sich vor allem auf Hochrisikobereiche, wie Cyber-Sicherheit und Biotechnologie. Ziel ist u. a. ein entsprechender Zugang der Regierung zu Testergebnissen von KI-Modellen. Zudem soll mit der Executive Order der globale Führungsanspruch der USA verfolgt werden, weshalb ein starker Fokus auf internationaler Zusammenarbeit liegt.

Im November 2023 hat das Vereinigte Königreich einen hochrangig besetzten KI-Gipfel organisiert und dabei die ***Bletchley Park Declaration*** vorgestellt, an der sich aktuell 28 Staaten beteiligen. Ihr Fokus liegt auf der Entwicklung von menschenzentrierten, vertrauenswürdigen und verantwortungsvollen KI-Modellen. Die Deklaration soll ihre Fortsetzung im Jahr 2024 durch einen inklusiven globalen Dialog erfahren. Daneben wurde noch eine weitere, exklusive Initiative unterzeichnet, die gleichgesinnte Staaten, Organisationen und Unternehmen zu einer freiwilligen Selbstverpflichtung zu umfassenden Tests vor einer Markteinführung bewegen soll – China wurde dabei nicht berücksichtigt. Mit dieser Initiative setzt das Vereinigte Königreich auf ein alternatives Modell zur EU im Bereich der Regulierung, das insgesamt weniger verbindlich und weniger strikt angelegt ist und möchte sich damit als globaler Akteur positionieren.

Bewertung

Die seit 2020 auf den Weg gebrachten umfassenden strategischen Bemühungen der EU zur Stärkung der digitalen und technologischen Souveränität und der damit verbundenen Cyber-Sicherheit kommen nunmehr in ihre Implementierungs- und Wirkungsphase. Dabei sind trotz der angespannten geopolitischen Lage substanzielle Fortschritte auf EU-Ebene, aber auch internationaler Ebene erkennbar. Dies trifft vor allem auf die Bereiche der technologiebezogenen Regulierungen und der Autonomiebestrebungen im Cyber-Sicherheitsbereich zu. Deutlich wird dies u. a. an den Investitionen im Rahmen des EU-Chip-Gesetz (*Chips Act*), den Fortschritten im Bereich der Quantencomputer, der Verfügbarkeit digitaler öffentlicher Dienste oder der im Dezember 2023 beschlossenen KI-Regulierung (*AI Act*). Weiter angespannt bleibt die Situation vor allem im Kontext von demokratieschützenden Faktoren, wie der sorgsam Bewältigung von gezielten Desinformationskampagnen z.B. im Zuge von Wahlprozessen, aber auch im Bereich der IKT-Fachkräfteverfügbarkeit.

Bildnachweis

S. 6: Screenshot: Fox News (2024): *Trump mocks Biden with 'White House Senior Living' video*- In Twitter, 13.01.2024, URL: <https://twitter.com/FoxNews/status/1746162716396409307?s=20>, zuletzt eingesehen am 13.01.2024.

S. 7: Grafik: Wenzel, Andreas; *Umfrage zu den Präsidentschaftswahlen 2024 in den Swing States im Okt. u. Nov. 2023*, Wien 2024; Daten: New York Times, Siena College Research Institute-SCRI (2023): *Cross-Tabs: October 2023 Times/Siena Poll of the 2024 Battlegrounds*; URL: <https://www.nytimes.com/interactive/2023/11/07/us/elections/times-siena-battlegrounds-registered-voters.html>, zuletzt eingesehen am 13.01.2024.

S. 20: Foto: U.S. Air Force, *Airman 1st Class Zachary Jakel*; NATO; *Exercise Steadfast Noon vom 17.10.2023*. URL: https://www.nato.int/cps/en/natohq/photos_219488.htm, zuletzt eingesehen am 25.01.2024.

S. 21: Foto: NATO; *Exercise Strong Balkan sees NATO Special Forces train together*. URL: https://www.nato.int/cps/en/natohq/photos_220239.htm, zuletzt eingesehen am 25.01.2024.

S. 26: Foto: IFK, Christoph Bilban; *Tiflis – Eine europäische Stadt*

S. 29: Foto: *Azərbaycan Respublikası Prezidentinin rəsmi internet saytı*; İlham Əliyev Xocalı şəhərində Azərbaycanın Dövlət Bayrağını ucaldıb, licensed under the Creative Commons Attribution 4.0 International license. URL: <https://president.az/az/articles/view/61590/images>, zuletzt eingesehen am 15.01.2024.

S. 32: Foto: Ministry of Defense of Ukraine; *Anti-terrorist operation in eastern Ukraine (War Ukraine)*; licensed under the CC BY-SA 2.0 DEED Attribution-ShareAlike 2.0 Generic. URL: <https://www.flickr.com/photos/ministryofdefencena/26920250611>, zuletzt eingesehen am 15.01.2024.

S. 34: Grafik: *Air Targets destroyed in 2023*, <https://vadymklymenko.com/blog/air-forces-destroyed-in-2023/>, zuletzt eingesehen am 15.01.2024.

S. 36: Foto: U.S. Government Image, *President awarded Ukrainian defenders and presented battle flags to military units*; licensed under the CC0 1.0 DEED CC0 1.0 Universal. URL: <https://www.rawpixel.com/image/11072851/photo-image-face-person-blue>, zuletzt eingesehen am 15.01.2024.

S. 42: Grafik: Farkas, Barbara; *Beispiel für die Strategie der problembasierten Mehrfachausrichtung der Hauptakteure im Indopazifik*

S. 49: Grafik: **中华人民共和国自然资源部** (Ministerium für natürliche Ressourcen der VR China), *规范使用地图，一点都不能错！* (Werbeplakat zur Nutzung der standardisierten Karten); https://www.mnr.gov.cn/dt/tpxcw/202308/t20230830_2798522.html (zuletzt eingesehen am: 12.01.2024).

S. 52: Logo: *BDS Campaign South Africa*. URL: <https://www.bdssouthafrica.com/>, zuletzt eingesehen am 10.01.2024

S. 54: Foto: *20th annual Agoa Forum*. URL: <https://agoa.info/news/article/16385-prosper-africa-coordinates-17-us-agencies-to-help-boost-africa-s-low-participation-in-agoa.html>, zuletzt eingesehen am 10.01.2024

S. 73: Grafik: Bundesministerium für Finanzen; *Digitale Dekade. Der österreichische Weg*, Wien 2023, 4. URL: <C:\Users\user0001\Downloads\DAA Digitale Dekade EU 2023-28112023.pdf>, zuletzt eingesehen am 26.01.2024.

Kartenmaterial

erstellt vom Institut für Militärisches Geowesen (IMG)

Vereinigte Staaten von Amerika	Seite 4
Europa	Seite 11
North Atlantic Treaty Organization (NATO)	Seite 18
Postsowjetischer Raum	Seite 23
Der Ukrainekrieg	Seite 31
Indo-Pazifischer Raum.....	Seite 38
Bewertung des israelisch-palästinensischen Konfliktes im indopazifischen Raum	Seite 40
Bewertung des israelisch-palästinensischen Konfliktes im afrikanischen Raum	Seite 50
Lateinamerika.....	Seite 57

Autoren

Dr. Rastislav BÁCHORA, eMA	Strategische Positionierung der EU im Vorfeld der Wahlen 2024
Christoph BILBAN, MA	Der postsowjetische Raum
Mag. Barbara FARKAS	Der indopazifische Raum
	Chinas Führungsanspruch im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI)
	Chinas standardisierte Landkarten und die zugrundeliegende Strategie
Dr. Otto NADERER	Die NATO und die transatlantischen Beziehungen
Mag. Alexander PANZHOF	Schwieriger Anlauf für Lateinamerikas neue Präsidenten
MMag. Albin RENTENBERGER, BA MA	Militärstrategische Analyse des russisch-ukrainischen Krieges
Lorenz SACK, BA	Afrikanische Perspektiven auf den Israel-Hamas Konflikt
Mag. Walter UNGER	Cyberlage
Mag. (FH) Daniel HIKES-WURM, MA	EUropäische und globale Entwicklungen im Cyberraum
Mag. Andreas WENZEL	Weltmacht USA – Vorwahlkampf in einer Welt im Umbruch

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an lvak.iss@bmlv.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

Landesverteidigungsakademie Wien

ISBN: 978-3-903359-87-1

